



WIR SIND DIE ZUKUNFT

WIR SIND DIE TAT



BEZIRKSDELEGIERTENKONFERENZ 2023

Tagesordnung der Juso Bezirksdelegiertenkonferenz

Beginn der Konferenz um 11:00 Uhr

1. Begrüßung und Eröffnung der Konferenz durch den KV Verden
2. Wahl des Präsidiums
3. Vorstellung des Awareness-Teams
4. Beschluss über die Geschäftsordnung
5. Beschluss über die Tagesordnung
6. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
7. Grußworte
8. Rechenschaftsbericht und Aussprache
9. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
10. Beratung und Beschluss über das Arbeitsprogramm
11. Wahlen
 - a. Wahl der Vorsitzenden
 - b. Wahl einer*s Geschäftsführer*in
 - c. Beschluss über die Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 - d. Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 - e. Wahl der Vertretung im Bundesausschuss
 - f. Wahl der Delegierten für den Juso-Bundeskongress
 - g. Beschluss über das AWT der Jusos Nord-Niedersachsen
 - h. Nominierung der Juso-Europawahlkandidierenden

12. Antragsberatung

13. Verschiedenes

14. Schlusswort der*des Vorsitzenden

Geschäftsordnung der Bezirksdelegiertenkonferenz

1. Stimmberechtigt sind die in den sechs Unterbezirken und Kreisverbänden gewählten Delegierten und der Juso-Bezirksvorstand. Die Delegationen der UBs und KVs müssen quotiert gewählt sein.
2. Rederecht auf der Bezirksdelegiertenkonferenz (BDK) haben die ordentlichen Delegierten, die Gäste, die vom Bezirksvorstand eingeladen wurden, sowie alle anwesenden Jusos.
3. Die BDK ist beschlussfähig, wenn mindestens 24 der 48 stimmberechtigten Delegierten anwesend sind.
4. Soweit die Satzung der SPD und das Bezirksstatut nicht etwas anderes vorsehen, werden die Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefasst.
5. Die BDK gibt sich ein dreiköpfiges Präsidium. Ein Präsidiumsmitglied führt das Protokoll. Das Präsidium muss quotiert sein. Die Präsidiumsmitglieder dürfen nicht auf der BDK kandidieren.
6. Die BDK wählt eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Die MPZK muss quotiert sein.
7. Die Redeliste wird nach dem Reißverschlussverfahren geführt. Das heißt, dass grundsätzlich eine Frau* und ein Mann zu Wort kommen. Liegen keine Wortmeldungen eines Geschlechts mehr vor, werden Redner*innen des anderen Geschlechts so lange aufgerufen, bis wieder eine Wortmeldung des anderen Geschlechts vorliegt. Nach fünf Wortmeldungen eines Geschlechtes wird die Redeliste geschlossen und kann auf Antrag erneut einmalig für fünf Redner*innen geöffnet werden.

8. Während der Debatte um den Rechenschaftsbericht erhalten die gewählten Mitglieder des Bezirksvorstandes, die diesen einbringen, auch außerhalb der Reihenfolge das Wort.
9. Die Redezeit ist außer für Referate, Berichte und Antragsbegründungen auf drei Minuten begrenzt.
10. Initiativanträge müssen von mindestens elf Delegierten aus mindestens zwei Unterbezirken unterstützt werden.
11. Anträge zur Geschäftsordnung werden außer der Reihe behandelt. Es ist nur eine Gegenrede zulässig
12. Personalvorschläge müssen dem Präsidium am Konferenztag bis um 12.00 Uhr vorliegen.
13. Initiativanträge müssen ebenfalls am Konferenztag bis um 12.30 Uhr beim Präsidium vorliegen.
14. Ein Veto zum Awareness-Team muss dem Präsidium bis 12.00 Uhr vorliegen.
15. Persönliche Erklärungen zur Sache können ausschließlich nach der Debatte und der Abstimmung abgegeben werden.
16. Änderungsanträge müssen beim Präsidium in digitaler Form eingereicht werden und vorab per Mail.
17. Anträge werden nur behandelt, wenn sie in gegendeter Form vorliegen

Gewählte

Bezirksvorstand

Bezirksvorsitz:

Kirsti Elle, UB Cuxhaven

Belana Schwarz, UB Heidekreis

Bezirksgeschäftsführer:

Franz Neuhaus, UB Rotenburg

Stellvertretende Bezirksvorsitzende:

Nils Nikisch, UB Cuxhaven

Fabio Lindhorst, UB Heidekreis

Charlotte Brunzema, KV Osterholz

Fynn Hinck, UB Stade

Vanessa Knuth, UB Stade

Nominierungen

Bezirksvorsitz:

Kirsti Elle	UB Cuxhaven, UB Heidekreis, KV Osterholz, UB Rotenburg, KV Verden
Belana Schwarz	UB Cuxhaven, UB Heidekreis, KV Osterholz, UB Rotenburg, KV Verden

Bezirksgeschäftsführung:

Franz Neuhaus	UB Cuxhaven, UB Heidekreis, UB Rotenburg
---------------	--

Stellvertretende Bezirksvorsitzende

Nils Nickisch	UB Cuxhaven
Fabio Lindhorst	UB Heidekreis
Charlotte Brunzema	KV Osterholz, KV Verden
Fynn Hinck	UB Stade
Vanessa Knuth	UB Stade

Bundeskongress

Kirsti Elle (D)	UB Cuxhaven
Belana Schwarz (D)	UB Heidekreis
Fabio Lindhorst (D)	UB Heidekreis
Charlotte Brunzema (D)	KV Osterholz
Kenneth Meyer (E)	KV Osterholz
Franz Neuhaus (D)	UB Rotenburg
Fynn Hinck (D)	UB Stade
Vanessa Knuth (E)	UB Stade
Matti Rappenhöner(E)	KV Verden

Bundesausschuss

Kirsti Elle	UB Cuxhaven
Belana Schwarz	UB Heidekreis

Awareness-Team

Yanik Möller	UB Heidekreis
Charlotte Brunzema	UB Heidekreis, (KV Osterholz)

Inhalt

1	A01: Arbeitsprogramm Bezirksvorstand 2023/2024 der Jusos Nord-Niedersachsen	10
2	A02: Jin, Jiyan, Azadí - Unsere Lehren aus der feministischen Revolution im Iran	21
3	A03: Grenzenlose Solidarität mit allen Kurd*innen!	25
4	A04: Mehr Respekt für Pflegebedürftige und Pfleger*innen - In der Kranken- und Altenpflege muss	
5	sich etwas ändern!	29
6	A05: Für eine tolerante und offene Gesellschaft - Queerfeministische Realitäten anerkennen	40
7	A06: Seenotrettung ist kein Verbrechen! Für eine Geflüchtetenpolitik, in der Humanität an erster	
8	Stelle steht	51
9	A07: Antrag: Leaderregionen reformieren!	56
10	A08: ÖPNV- „Nachtlücke“ schließen!	59
11	A09: Rekommunalisierung des ÖPNV	61
12	A10: Angriffen auf Schiedsrichter*innen entgegenzutreten	64
13	A11: Zurück auf die Schiene	66
14	A12: Öffentliche Solaroffensive	68
15	A13: Sport gehört den Menschen	70
16	A14: Sportvereinen den Rücken stärken!	72
17	A15: Weinanbau im Norden	74
18	A17: "Niedersachsenverbot für Markus Söder"	76
19	A18: Der Wert der Arbeit hängt nicht vom Alter ab – Auch Minderjährige verdienen den	
20	Mindestlohn!	78
21	A19: Die Wissenschaft muss feministischer werden – Mehr Forschung für und durch FINTA	80
22	A20: Erweiterung des dritten Artikels des Grundgesetzes um den Aspekt der sexuellen Orientierung	
23		84
24	A21: Atommüllendlager in Markus Söders Vorgarten	86
25	A22: Geldautomaten gegen Sprengungen absichern	88
26	A23: Deutschlandticket am Automaten in Bar kaufen können	90
27	A24: Elternschutz bei Fehlgeburt(en)	93
28	A25: Feedback verpflichtend - Schüler*innen müssen anonymes Feedback geben können	95
29	A26: Verpflichtende Nutzung aller Netzbetreiber von Mobilfunkmasten“ durch „Mobilfunk für alle	
30	zugänglich machen	97
31	A27: Den Nutzen von Straßenlaternen vielseitiger ausschöpfen - Wahrheit unter das Licht bringen	99
32	A28: Verbot der Anbringung von Wahlplakaten an Bäumen	100
33	A29: Rettet die Kommunen!	101

34	A30: Antizionismus und Antisemitismus: eine untrennbare Realität	106
35	A32: Kein Comeback von Assad! Wir stellen uns gegen die Rückkehr von Assad auf die internationale	
36	Bühne	109
37	A33: Landesschulmittelförderung - für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit	112
38	A34: Preiswerte Mobilität darf an keinen Grenzen halt machen– wir fordern die Einführung eines	
39	Europatickets!	114

A01

**Bezirksdelegierten-
konferenz 08.07.2023**

Antragsteller:
Bezirksvorstand

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

40 **A01: Arbeitsprogramm Bezirksvorstand 2023/2024 der Jusos Nord-**
41 **Niedersachsen**

42

43 **Einleitung:**

44

45 **„Wir sind die Zukunft**

46 **und sind wir die Tat!“**

47

48 Unsere Rolle als verbandstragender Bezirk der Jusos und als linke Stimme der SPD,
49 als welche wir uns verstehen, möchten wir auch im kommenden Jahr entsprechen und
50 gerecht werden. Für die Arbeit des BeVos bedeutet das konkret, dass wir aktiv auf die
51 politische Ausgestaltung auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene Einfluss nehmen
52 werden. Uns ist es wichtig, die Positionen Nord-Niedersachsens einzubringen und
53 dafür zu sorgen, dass auf den Ebenen der SPD auch die Interessen der Jusos
54 vertreten werden.

55 Des Weiteren bewegen wir uns auf die Europawahl zu. Wir sind bereits jetzt motiviert
56 den Wahlkampf durchzuführen und werden uns besonders für die Juso
57 Kandidierenden aus dem Bezirk einsetzen. Wir möchten so viele Menschen wie
58 möglich dazu mobilisieren, sich selbst aktiv am Wahlkampf zu beteiligen und sich für
59 unsere Kandidierenden einzusetzen.
60 Die Europawahl ist eine gute Gelegenheit, uns dafür einzusetzen, dass unsere
61 Interessen und Themen auch auf europäischer Ebene Gehör finden. Ein engagierter
62 Wahlkampf ist für uns daher unerlässlich!

63 Wir sind außerdem motiviert, inhaltlich mit und für euch zu arbeiten! Unsere
64 Grundwerte “Internationalismus”, “Antifaschismus”, “Feminismus” und “Sozialismus”
65 spielen dabei natürlich wieder eine große Rolle und sollen stets mitbearbeitet werden.
66 Wir haben uns allerdings auch 4 Themenschwerpunkte überlegt, zu denen wir darüber
67 hinaus arbeiten möchten.

68 “Feminismus & Queer” und “Internationalismus & Europa” werden auch in diesem Jahr
69 schwerpunktmäßig behandelt werden. Wir möchten außerdem zu den
70 Themen “Sozialer und ökologischer Wandel in der Arbeit & Wirtschaft” und “Für eine
71 soziale und tolerante Gesellschaft” arbeiten. Für uns ist klar: Es gibt noch viele soziale
72 Frage, die beantwortet werden müssen. Diesen Prozess wollen wir in Gang bringen
73 und uns bei der inhaltlichen Ausgestaltung aktiv einbringen. Daher wird zu unseren
74 vier Grundwerten, unseren vier Themenschwerpunkten und natürlich auch zum
75 aktuellen Weltgeschehen über verschiedene Wege gearbeitet werden. Wir möchten
76 Online- und Präsenzveranstaltungen anbieten, über verschiedene Wege Aufklären
77 und Aufmerksamkeit schaffen, unsere Standpunkte auf den verschiedenen Ebenen
78 einbringen und Beschlusslagen vorantreiben, um schließlich aktiv politisch teilzuhaben
79 und Antworten auf die sozialen Fragen zu finden.

80

81 Inhaltliche Themenschwerpunkte

82

83 Feminismus & Queer

84 Ein großer Teil unserer inhaltlichen Arbeit im kommenden Bevo-Jahr wird sich erneut
85 auf feministische und queere Perspektiven konzentrieren. Unser Feminismus ist
86 selbstverständlich intersektional und inklusiv.

87 Es handelt sich hierbei nach wie vor um ein aktuelles Thema, es herrschen weiterhin
88 große Missstände vor und immer mehr Probleme kommen hinzu. Die Gewalt gegen
89 FINTA nimmt weiter zu. Die Anzahl an Femiziden in den letzten Jahren war
90 alarmierend hoch und auch bis zum jetzigen Zeitpunkt im Jahr 2023 fanden bereits
91 viele Femizide und versuchte Femizide statt. Auch die Zahlen häuslicher Gewalt, von
92 der FINTA übermäßig häufig betroffen sind, steigen weiter. Gleichmaßen reichen

93 Hilfs- und Schutzangebote nicht aus, um allen Betroffenen die Hilfe zukommen zu
94 lassen, die nötig wäre - von Präventionsangeboten ganz zu schweigen. Auch die
95 Gewalttaten, die sich gezielt gegen queere Menschen richten, nehmen immer weiter
96 zu. Diesen erschreckenden Entwicklungen und auch dem Alltagssexismus und der
97 Alltagsqueerfeindlichkeit muss endlich entgegengewirkt werden. Mit der Abschaffung
98 des Transsexuellengesetzes und der Ankündigung des Selbstbestimmungsgesetzes
99 haben wir scheinbar einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Doch auch beim
100 aktuellen Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes muss noch deutlich nachjustiert
101 werden. Hier gibt es noch zu viele Spielräume, die Diskriminierungen ermöglichen. Die
102 Liste ist lang. Fest steht: Es gibt noch viel zu tun. Daher möchten wir auch in diesem
103 Jahr schwerpunktmäßig zu "Feminismus&Queer" arbeiten. Wir wollen unsere
104 Beschlusslagen erweitern und die Probleme auch in anderen Gremien und auf
105 anderen Ebenen thematisieren, um politische Entwicklungen, die FINTA und queeren
106 Menschen helfen werden, mitzugestalten und voranzutreiben.

107 Daher soll sich natürlich auch unsere Bildungsarbeit im kommenden BeVo-Jahr unter
108 anderem auf feministische und queere Themen konzentrieren. Grundlegende
109 Missstände und aktuelle Entwicklungen werden wir in unseren Seminaren und über
110 unsere verschiedenen Kanäle thematisieren.

111 Insbesondere möchten wir hierbei die Mitarbeit und Mitwirkung von FINTA fördern. Wir
112 freuen uns über alle FINTA, die sich engagieren und ihre Expertise einbringen
113 möchten.

114 Um faire Ausgangsbedingungen zu garantieren, werden wir selbstverständlich dafür
115 Sorge tragen, dass die Quoten in unseren Gremien erfüllt sind.

116

117 Internationalismus & Europa

118

119 Europa ist wichtiger denn je! Der Zusammenhalt der Länder der europäischen Union
120 ist in diesen Krisenzeiten von großer Bedeutung. Gemeinsam wollen wir im
121 kommenden Europawahljahr deshalb deutlich machen, was unsere Vision für eine
122 zukunftsfähige EU ist. Unsere Vorstellungen zur Europäischen Union sollen dabei
123 einen Schwerpunkt in der Bevo Arbeit im kommenden Jahr bilden. Wir werden unser

124 Bestes geben, diese jungsozialistischen Ideen und Vorstellungen in Seminaren und
125 sonstigen Formaten zu vertiefen.

126 Eine zentrale Frage ist dabei, welche Rolle Europa in der sicherheitspolitischen
127 Zeitenwende einnehmen wird, die seit 1 ½ Jahren die öffentliche Debatte bestimmt.
128 Wir Jusos bleiben bei der Haltung, dass diese Zeitenwende einem breiteren
129 Verständnis unterliegen muss als nur einem militärischen. Wir werden auch im
130 kommenden Jahr nicht müde zu betonen, dass Investitionen in unsere Sicherheit mit
131 einer verantwortungsvollen deutschen Außenpolitik einhergehen müssen. Dazu gehört
132 auch unsere weitere ungebrochene Solidarität mit der Ukraine. Es ist für uns von
133 besonderer Wichtigkeit, die osteuropäischen Perspektiven in der Sicherheitspolitik
134 ernst zu nehmen und in unsere Arbeit einfließen zu lassen- sie wurden in den letzten
135 Jahren viel zu oft überhört

136 Neben dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den Russland in der Ukraine führt,
137 dürfen auch andere globale Herausforderungen und Krisengebiete nicht untergehen.
138 Wenn wir als Jusos auch international solidarisch sein wollen, ist das zwingend
139 notwendig. Deshalb möchten wir in dem kommenden Vorstandsjahr auch weiterhin die
140 Revolution im Iran in unsere Arbeit intensiv einfließen lassen und uns damit
141 beschäftigen, wie eine demokratische Perspektive für das Land aussehen kann. Uns
142 ist dabei wichtig zu betonen, dass das iranische Terrorregime, welches seine eigene
143 Bevölkerung tyrannisiert, keinen Erfolg haben darf. Hoch die internationale Solidarität!

144 Für uns als Jusos im Bezirk Nord-Niedersachsen ist sehr klar, dass unser Verständnis
145 von Außen- und Sicherheitspolitik auch immer die intersektional-feministische
146 Perspektive explizit mitdenkt. Uns ist bewusst, dass FINTA und andere marginalisierte
147 Gruppen in Krisengebieten, im Krieg und anderen Extremsituationen vor ganz
148 besonderen Herausforderungen stehen. Patriarchale Machtstrukturen und
149 geschlechtsspezifische Diskriminierung wurden durch Krieg und Krisen nicht
150 aufgebrochen, sondern werden viel mehr noch verstärkt. Unser Verständnis einer
151 wirksamen Außen- und Sicherheitspolitik ist also ein Verständnis einer feministischen
152 Außen- und Sicherheitspolitik, die Teilhabe am sozialen, politischen und politischen
153 Leben für alle ermöglicht. In unserer inhaltlichen Arbeit wird dieses Bewusstsein eine
154 besondere Rolle spielen, um den Perspektiven von FINTA und anderen

155 marginalisierten Gruppen endlich ein klares Gewicht in den entsprechenden Debatten
156 zu geben und ihre geschlechtsspezifischen Herausforderungen anzuerkennen.

157 Wir werden im kommenden Arbeitsjahr auch die Auswirkungen des Klimawandels auf
158 schon heute mit verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen
159 besonders konfrontierte Regionen beleuchten. Uns ist bewusst, dass
160 Naturkatastrophen durch die Erderwärmung in vielen Regionen der Welt immer
161 häufiger und härter auftreten. Diese menschengemachte Problematik sorgt schon
162 heute immer häufiger dafür, dass der Klimawandel zur Fluchtursache wird und trifft
163 FINTA und Kinder dabei besonders. Wir wollen uns dieser Herausforderung inhaltlich
164 annehmen und deutlich machen, dass wir als globaler Norden die Verursacher*innen
165 für Klimaflucht sind.

166 Ein weiteres Thema, welches auch mit Blick auf unsere europapolitischen
167 Vorstellungen von enormer Relevanz ist, ist die Migrationspolitik. Hierbei wollen wir
168 einen Schwerpunkt auf die Frage setzen, wie wir endlich hin zu einer humanen
169 Geflüchtetenpolitik gelangen. Dazu gehört eine umfangreiche europäisch koordinierte
170 Seenotrettung von staatlicher und ziviler Ebene. Die Rettung von Menschenleben
171 muss immer oberste Priorität haben! Um einen besseres Verständnis für diese
172 globalen Zusammenhänge und die Dimensionen des politischen Versagens, eine
173 menschliche Geflüchtetenpolitik zu gestalten, zu bekommen,, wollen wir
174 Bildungsveranstaltungen mit Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft organisieren

175 Internationalismus ist einer unserer Grundwerte. Dementsprechend werden wir einen
176 bedeutsamen Teil unserer Arbeit den genannten Fragen und weiteren internationalen
177 Konflikten widmen. Wir machen die Relevanz von internationaler Solidarität und
178 internationaler Zusammenarbeit deutlich. Deshalb sind wir nord-niedersächsischen
179 Jusos insbesondere solidarisch mit dem Staat Israel, der als einziger demokratischer
180 Staat im Nahen Osten ein Safe Space für Jüdinnen* und Juden ist.

181

182 Sozialer und ökologischer Wandel in der Arbeit & Wirtschaft

183

184 Unsere Arbeit und Wirtschaft befinden sich in einem dauerhaften Wandel. Dennoch
185 standen wir lange nicht mehr an einem Punkt, an dem Reformen so dringend
186 notwendig waren, wie sie es heute sind. Es ist bekannt, dass, wenn wir nicht
187 schnellstmöglich radikale Reformen in der Art wie wir wirtschaften umsetzen, die
188 ökologischen Folgen die bisherige soziale Ordnung nicht nur bei uns in Europa,
189 sondern auf der gesamten Welt sprengen wird. Gleichzeitig führt eben jene Situation
190 zusammen mit der krisenhaften außenpolitischen Situation dazu, dass enorme
191 ökologische und soziale Kosten hauptsächlich auf den Schultern der
192 Arbeiter*innenklasse abgeladen werden.

193 Wir als sozialistischer Richtungsverband sind also in der Verantwortung, klar zu
194 benennen, wie ernst die Situation ist und welche Folgen sie haben wird. Gleichzeitig
195 ist es unsere Aufgabe, auf diese zu reagieren. Im Bereich der sozial-ökologischen
196 Transformation sehen wir es als unsere Aufgabe an unsere Aufgabe an den
197 Forderungen, die die Lasten und Chancen des Wandels gerecht verteilen wollen, mehr
198 Nachdruck zu verleihen, denn ist bereits viel bekannt, aber zu wenig getan. Je mehr
199 Zeit verstreicht, umso radikalere Maßnahmen müssten ergriffen werden, um die uns
200 erwartenden Folgen abzufedern. Dies kann nicht das Ziel sein. Deshalb wollen wir in
201 eine aktive Auseinandersetzung mit der Frage von Transformationsprozessen in der
202 Wirtschaft gehen. Wir wollen noch stärker beleuchten, wie wir einen Erhalt des
203 Wohlstands im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation ermöglichen und
204 gleichzeitig dem Umstand einer sich durch menschliches Handeln ständig
205 erwärmenden Welt gerecht werden können. In diesem Prozess werden wir unsere
206 jungsozialistische Perspektive als Leitmotiv betrachten. Genauso wie die ökologischen
207 Aspekte haben die aktuellen Entwicklungen auch starke Auswirkungen auf die Art, wie
208 wir derzeit arbeiten und in Zukunft arbeiten werden. Gerade auch der Mangel an
209 Fachkräften wird sich immer deutlicher artikulieren, je später entscheidend interveniert
210 wird. Wir wollen uns deshalb auch mit dem Thema Arbeit befassen weil hier ein
211 historisches Moment besteht in dem durch die steigende Macht der Arbeiter*innen am
212 Arbeitsmarkt Potenziale bestehen, Reformen durchzuführen, die eine Verbesserung
213 des Lebens von Millionen von Menschen und gleichzeitig auch zur Erhaltung der
214 Produktivität und Gesundheit in unserer Gesellschaft erreichen können. In diesem
215 Kontext wollen wir unsere Verbindungen zu den Gewerkschaften nutzen und stärken
216 und einen Austausch zu Themen wie Arbeitskämpfen, einer aktiven Industriepolitik,

217 Fachkräftemangel, dem Sozialstaat und auch der Vier-Tage-Woche organisieren und
218 uns und die Mitglieder befähigen sich in den kommenden sozialen Kämpfen zu
219 beteiligen.

220 Nur wenn wir diese Themenbereiche als ein zusammenhängendes Ganzes betrachten
221 und einen radikalen Wandel gestalten wollen können wir das Erreichen wofür
222 Sozialist*innen da sind - ein gutes Leben für alle zu garantieren.

223

224 Für eine soziale und tolerante Gesellschaft

225 Noch immer hat unsere Gesellschaft ein Problem mit Diskriminierung. Wir wollen uns
226 aktiv dafür einsetzen, diese Diskriminierungen abzubauen. Vor allem werden wir uns
227 weiterhin entschieden gegen Rassismus stellen und Antifaschismus in unserem Bezirk
228 stärken. Antifaschismus ist ein wichtiger Baustein der Grundwerte des Jusos. Wir
229 möchten unsere Arbeit im zukünftigen Bezirksvorstand weiter fortführen und an die
230 Themen anknüpfen, die gerade vor allem aktuell sind. Jedes unserer Grundwerte soll
231 mit einem kritischen Blick auf Diskriminierung analysiert werden und vor allem aus
232 einer antirassistischen Perspektive betrachtet werden. Weiterhin ist hier unsere
233 Bildungsarbeit zu leisten und darüber aufzuklären und zu unterstützen, was man
234 verändern kann. Auch auf regionaler Ebene sollen diese Themen eine Rolle spielen,
235 was bedeutet, dass wir uns auch aktiv auf die antifaschistische Bündnisarbeit
236 konzentrieren wollen und großen Wert auf antirassistische Arbeit legen. Zudem gehört
237 zu den Kernpunkten unserer Arbeit auch unsere antifaschistische Positionierung,
238 diese wollen wir weiterhin stärken und unsere Aufklärung zu unserem Kampf gegen
239 Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus und vielen weiteren Themen ausweiten
240 und an unsere Mitglieder vermitteln. Auch unsere solidarische Positionierung dem
241 demokratischen israelischen Staat gegenüber werden wir mit Kooperationen mit
242 Leben füllen.

243 Ein weiterer wichtiger Punkt, den wir zukünftig weiterbearbeiten wollen, ist die
244 Inklusion.

245 Wir müssen weiter in der Gesellschaft um den Abbau von Diskriminierungen kämpfen,
246 vor allem auch, was Menschen mit Behinderung angeht. Wir wollen uns weiterhin mit
247 dem Thema Ableismus auseinandersetzen, aber auch mit den Pflege- und

248 Wohnsituationen sowie der Arbeitswelt von Menschen mit Behinderung. Hierbei wollen
249 wir vor allem unterstützen, aufklären und um die Sichtbarkeit dieses wichtigen Themas
250 unserer Gesellschaft kämpfen. Auch das Thema Umwelt und Klima wird uns in den
251 nächsten Jahren in unserer Gesellschaft noch viel beschäftigen. Deshalb wollen wir
252 auch als zukünftiger Bezirksvorstand dazu arbeiten, uns intensiver mit der
253 Umweltpolitik beschäftigen und die Beschlusslagen hinsichtlich des Klimawandels und
254 der Veränderungen auf unserer Welt anpassen. Vor allem im sozialen und
255 ökonomischen Kontext wird sich durch den Klimawandel vieles ändern und das ganze
256 Thema wird in Zukunft eine immer stärkere Bedeutung beigemessen werden.

257

258 Arbeitsweise

259

260 Bildungsarbeit

261 Die Bildung junger Menschen gehört zu den Kernaufgaben unserer Arbeit. Dabei geht
262 es nicht nur darum, unsere eigenen Strukturen und Arbeitsweisen zu vermitteln,
263 sondern vor allem darum, jungen Menschen dabei zu helfen, ihre politische Meinung,
264 aber auch ihren Charakter zu festigen und ihnen kritisches Denken und Hinterfragen
265 zu vermitteln. Um dies zu erreichen, werden wir wieder verschiedene Arten von
266 Veranstaltungen durchführen. Dazu gehören unsere kurzen, vor allem auf die
267 Vermittlung von Inhalten gerichteten Online-Seminare, aber auch die Präsenz-
268 Seminare, die uns besonders am Herzen liegen. In diesen hören unsere
269 Teilnehmer*innen nicht nur zu, sondern werden dazu ermutigt, sich in Workshops aktiv
270 mit einzubringen, zu diskutieren und eigene Ergebnisse zu erarbeiten. Aber auch die
271 Interaktion der Teilnehmer*innen und der Bezirksvorsitzenden unter- und miteinander
272 ist uns ein wichtiges Anliegen. Vernetzung untereinander bildet den Rahmen für eine
273 gute Zusammenarbeit in der Zukunft und fördert auch die persönliche Entwicklung
274 junger Menschen.

275

276 Öffentlichkeitsarbeit

277 Die Kanäle für die Kommunikation unserer Arbeit bleiben von essentieller Bedeutung.
278 Wir werden weiterhin die sozialen Medien nutzen, um unsere Genoss*innen auf dem
279 aktuellen Stand zu halten, über aktuelle Themen und, am wichtigsten, über unsere
280 Veranstaltungen zu informieren. Unsere Website wird weiterhin aktuell gehalten

281 werden und in Zukunft auch weiterhin für Blogbeiträge genutzt werden, die das Format
282 unseres Verbandsmagazins ablösen. Wir werden außerdem versuchen, die Formate,
283 die in unserer Social-Media-Arbeit auftauchen, zu diversifizieren.

284

285 Frauenförderung

286 Als feministischer Richtungsverband ist uns das Thema FINTA-Förderung ein
287 zentrales Anliegen. Noch immer sind FINTA auch in der Politik unterrepräsentiert und
288 genau das wollen wir ändern. Wir wollen uns einsetzen gegen Diskriminierung,
289 Ungerechtigkeit und die patriarchale Unterdrückung. FINTA sollen gleichermaßen
290 repräsentiert werden und auch diese Interessen mehr mit eingebracht werden. Wir
291 wollen unsere bisherige Förderung weiter fortführen, ausbauen und vertiefen.

292 Geplant ist ein aktives Zugehen und gezieltes Empowerment bei FINTA, um ihnen die
293 Möglichkeiten zu bieten, sich mehr in die Politik einzubringen und mitzugestalten.
294 Geplant sind Workshops, Konferenzen und Treffen für grundlegende feministische
295 Arbeit.

296 Wir wollen außerdem eine enge Zusammenarbeit mit den Unterbezirken und
297 Kreisvereinen im Bezirk führen, um auch da weiter zu empowern und FINTA nach
298 vorne zu bringen. Hierbei wollen wir sie auch unterstützen, damit ihnen eine gute
299 Frauenförderung gelingt. FINTA sind nicht nur nicht so häufig vertreten wie Männer,
300 sondern sind auch in vielen Ämtern unterrepräsentiert.

301 Wir wollen einen geschützten Raum schaffen, in dem FINTA offen in Austausch gehen
302 können. Dabei legen wir vor allem Wert auf die Weitergabe von Wissen und
303 Informationen zum Thema Feminismus, aber auch Empowerment soll eine zentrale
304 Rolle spielen. Alle sollen sich in diesem Safe-Space wohlfühlen, sich mit einbringen
305 und mitdiskutieren können. Probleme sollten offen angesprochen und unterstützt
306 werden.

307 Patriarchale Strukturen werden weiterhin analysiert und auch gemeinsam mit
308 Männern, die das Thema Patriarchat auch durchaus betrifft, weiter abgebaut werden.
309 Wir wollen gemeinsam gegen das Patriarchat kämpfen!

310

311 Awareness-Team

312 Auch im kommenden Jahr soll das Awareness-Team wieder fester Bestandteil unserer
313 Arbeit im Bezirk sein. Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus und

314 Queerfeindlichkeit haben bei uns keinen Platz. Auch im kommenden Arbeitsjahr
315 werden wir uns aktiv gegen jegliche Form der Diskriminierung und Ausgrenzung
316 einsetzen. Wir wollen aufkommende Konflikte im Bezirk und im Bezirksvorstand mit
317 gegenseitigem Respekt und Verständnis aus dem Weg räumen. Als
318 Ansprechpartner*innen dafür wird es zu diesem Zweck auch weiterhin ein Awareness-
319 Team geben. Das Awareness-Team soll für alle Mitglieder der Jusos im Bezirk
320 dauerhaft ansprechbar sein. Daher wird es auch auf unseren Präsenzveranstaltungen
321 immer ein Awareness-Team geben. Grundsätzlich wollen wir dadurch sicherstellen,
322 dass sich jede*r auf und außerhalb unserer Veranstaltungen wohlfühlt und sich
323 niemand aus der gemeinsamen Arbeit im Bezirk ausgeschlossen fühlt.

324

325 Europawahl

326 Die bisherige Zusammenarbeit mit unseren Unterbezirken und Kreisvereinen haben
327 wir als sehr gut wahrgenommen und möchten diese Zusammenarbeit im kommenden
328 Jahr gerne so fortführen. Für den Austausch werden wir weiterhin die regelmäßig
329 stattfindenden "BeVo+-Schalten" verwenden, bei welchen wir die Möglichkeit haben,
330 uns mit allen UBs und KVs auszutauschen, uns gegenseitig auf aktuelle Arbeiten,
331 Aktionen und weiteres hinzuweisen und uns gegebenenfalls zu unterstützen. Gerne
332 möchten wir auch die UBs und KVs in unsere Bildungsarbeit integrieren, sodass alle
333 Interessierten mitwirken können. Des Weiteren bieten wir unsere "Seminare auf Abruf"
334 an. Die UBs und KVs können hierbei auf unsere Materialien und auch auf uns als
335 Referent*innen zurückgreifen, wenn sie ein Seminar zu einem der angebotenen
336 Themen durchführen möchten.

337 Darüber hinaus möchten wir uns gegenseitig bei der Organisation von
338 Veranstaltungen helfen und für eine möglichst große Teilnehmerszahl sorgen. So
339 lässt sich die gute Zusammenarbeit fortführen.

340

341 Niedersächsische Bezirke/Bremen

342 Gemeinsam mit umliegenden niedersächsischen Bezirken und dem Landesverband
343 Bremen möchten wir einen engen Austausch ermöglichen. Durch gemeinsame
344 Zusammenarbeit können wir sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene
345 viel erreichen und unsere gemeinsamen Positionen voranbringen. Falls es umsetzbar
346 ist, möchten wir auch gemeinsame Seminare und Aktionen planen.

347

348 Landesvorstand

349 Auch im kommenden Jahr streben wir eine enge Zusammenarbeit mit dem
350 Landesvorstand an. Uns ist es wichtig, dass unsere Themen auch auf Landesebene
351 vertreten werden. Durch die Mitwirkung von Vertreter*innen aus Nord-Niedersachsen
352 im Landesvorstand wird diese Interessenvertretung auf jeden Fall gewährleistet. Durch
353 einen regelmäßigen Austausch und die Teilnahme an LaVo-Veranstaltungen wollen
354 wir eine gute Zusammenarbeit gewährleisten.

355

356 Bundesebene

357 Auf die Juso-Bundesebene wollen wir mit unseren Inhalten und Positionen Einfluss
358 nehmen. Dafür wollen wir, neben unserer Delegation auf dem Juso Bundeskongress,
359 auch auf anderen Juso Bundesveranstaltungen präsent sein und unter anderem an
360 den Bundesprojekten teilnehmen. Zusätzlich dazu wollen wir mit Lasse, unserem
361 Mitglied im Bundesvorstand, einen engen Austausch pflegen.

362

363 Bezirks-SPD

364 Wir wollen mit der SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen kritisch und solidarisch
365 zusammenarbeiten. Das heißt für uns unter anderem, dass wir uns an der Arbeit im
366 Bezirksvorstand aktiv beteiligen wollen und in einen konstruktiven Austausch mit
367 unseren Genossinnen und Genossen treten wollen. Gleichzeitig wollen wir auf den
368 Diskurs im Bezirk, sowohl durch Inhalte, als auch durch Personalvorschläge Einfluss
369 nehmen, und somit versuchen, Teile unserer Forderungen auch in der SPD
370 durchzusetzen

1 **A02: Jin, Jiyān, Azadī - Unsere Lehren aus der feministischen**
2 **Revolution im Iran**

3 Seit dem 19. September 2022 gehen die Menschen im Iran gegen das Mullah-Regime
4 auf die Straßen und kämpfen lautstark gegen die Unterdrückung von FINTA und für
5 mehr Freiheit und Demokratie. Ausgelöst wurden die Proteste durch den Tod der 22-
6 jährigen iranischen Kurdin Jīna Mahsa Amini, die von der sogenannten iranischen
7 Sittenpolizei verhaftet und misshandelt wurde, weil ihr Hijab ihre Haare vermeintlich
8 nicht ordnungsgemäß bedeckt hatte. Diese schreckliche Tat war der Auslöser für eine
9 feministische Revolution im Land. Die Menschen im Iran sind nicht weiter bereit
10 hinzunehmen, dass ihnen in weiten Teilen das Recht auf eine freie
11 Meinungsäußerung, ein nicht staatlich kontrollierter Zugang zu tatsächlich freien
12 Medien und die Möglichkeit ein Gerichtsverfahren einzufordern, verwehrt bleiben.
13 Gerade aber FINTA wollen die staatlichen Repressionen nicht weiter akzeptieren, die
14 ihnen alltägliche Dinge wie den Besuch eines Fußballspiels oder das Fahrradfahren in
15 der Öffentlichkeit verbieten.

16 Diese Proteste, die noch heute überwiegend von FINTA, Jugendlichen und
17 Student*innen getragen werden, sorgen schon seit Monaten für eine steigende Zahl
18 an Verhaftungen, gewaltvolle Niederschlagungen eben dieser Proteste und einen
19 sichtbaren Anstieg der Hinrichtungen um ca. 75 Prozent, wenngleich die Dunkelziffer
20 hier noch höher sein kann. Das Mullah-Regime zeigt sich weiterhin nicht bereit, auf die
21 Menschen zuzugehen. Vielmehr hat das iranische Mullah-Regime angekündigt, dass
22 die schon bestehenden Vorschriften zum Tragen eines Kopftuchs nochmal verschärft
23 werden sollen. So sollen jetzt auch Menschen bestraft werden können, die andere
24 ermutigen, ihr Kopftuch nicht mehr zu tragen. Während bei einem Vorstoß schon
25 aktuell hohe Strafen gelten, soll bei einer Ermutigung erschwerend keine Berufung

26 möglich sein. Zusätzlich werden Kameras an öffentlichen Orten installiert, um die
27 Kopftuchpflicht noch stärker zu kontrollieren und bei Verstößen stärker vorgehen zu
28 können.

29 Diese Entwicklungen zeigen, dass das Mullah-Regime nicht auf die feministischen
30 Proteste reagiert, sondern ihre antifeministische Politik noch verstärkt. Für uns ist klar,
31 dass wir weiterhin solidarisch an der Seite der Protestierenden im Iran stehen, die
32 ihren Protest trotz starker Repressionen fortsetzen. Auch die deutsche
33 Bundesregierung muss sich noch klarer positionieren und jegliche Zusammenarbeit
34 mit dem Mullah-Regime unterbinden.

35 Deshalb fordern wir:

- 36 • Dass weiterhin öffentlich und mit Nachdruck deutlich gemacht wird, dass die
37 Protestierenden im Iran die volle Unterstützung der Bundesregierung und
38 insbesondere des Auswärtigen Amts haben, wenn es um ihren Kampf gegen
39 Unterdrückung und für Demokratie und Freiheit geht.
- 40 • Dass keine Zusammenarbeit mit der Regierung im Iran stattfindet. Auch muss es
41 eine Überprüfung und Beobachtung der iranischen Diplomaten*innen und ihren
42 Mitarbeitenden in Deutschland geben.
- 43 • Dass die Bundesregierung sich mit Nachdruck dafür einsetzt, dass die
44 wirtschaftlichen Sanktionen der EU beibehalten und perspektivisch noch
45 ausgebaut werden. In diesem Kontext muss ein besonderer Fokus auf deutsche
46 und europäische Unternehmen gelegt werden, die weiterhin mit dem iranischen
47 Regime kooperieren und die Prüfung auf Verstöße bei diesen Unternehmen
48 veranlasst werden.
- 49 • Zusätzlich muss klar sein, dass es keine Abschiebungen in den Iran geben darf,
50 solange die menschenrechtliche Lage weiterhin so fragil ist und die Menschen
51 diesen akuten Gefahren für ihr Leben ausgesetzt sind.
- 52 • Dass die Folter, Festnahmen und Hinrichtungen der politischen Gegner*innen des
53 Mullah-Regimes durch die Bundesregierung und vor allem in der deutschen
54 Außenpolitik noch deutlich stärker in den Blick genommen und öffentlich klarer
55 verurteilt werden.
- 56 • Dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt, dass die Revolutionsgarde, die Teile

- 57 • der Wirtschaft im Iran kontrolliert, militärisch zum Fortbestehen und Schutz des
58 Mullah-Regimes beiträgt sowie eng an vielen entscheidenden politischen Stellen
59 eingebunden ist, auf europäischer Ebene sanktioniert und auf die Terrorliste der
60 EU gesetzt wird.
- 61 • Einreiseverbote für entscheidende Akteur*innen im Iran und ihre Familien, die Teil
62 des Mullah-Regimes sind, diesem nahestehen oder in einem anderen Kontext
63 dafür sorgen, dass das Regime gestützt wird und die staatlichen Repressionen
64 aufrechterhalten werden können.
- 65 • Den Einstieg in einen Prozess aus den konkreten Überlegungen resultieren, wie
66 die feministische Revolution und der Kampf der Iraner*innen für eine
67 demokratische Regierung im Iran unterstützt werden kann.
- 68 • Dass die Bundesregierung und vor allem das Auswärtige Amt mit Nachdruck die
69 Freilassung aller völkerrechtswidrigen Gefangenen im Iran einfordert.
- 70 • Die Beobachtung und ggf. ein Verbot von deutschen Organisationen/Vereinen, die
71 mit dem iranischen Regime kooperieren.
- 72 • Die Stärkung der Sicherheit und des Schutzes vor Verfolgung durch den iranischen
73 Geheimdienst für Exil-Iraner*innen in Deutschland.

74 Begründung:

75 Unsere Solidarität mit den Protestierenden im Iran, die seit Monaten in ihrem
76 feministischen Kampf für FINTA-Rechte, Freiheit und Demokratie streiten, ist
77 ungebrochen. Solidarität reicht aber nicht aus. Die deutsche Bundesregierung muss
78 über ihre offene Unterstützung der feministischen Proteste und die Verurteilung des
79 gewaltvollen Vorgehens des Mullah-Regimes hinausgehen. Es ist Zeit, dass diesen
80 wichtigen Worten noch wichtigere Taten folgen. Es braucht noch weitergehende
81 Sanktionen für die iranische Wirtschaft, die auch die wirtschaftlichen Tätigkeiten und
82 den Einfluss der Revolutionsgarde noch klarer in den Fokus nehmen. Gleichzeitig
83 muss die Revolutionsgarde auch durch den Druck der deutschen Bundesregierung auf
84 die Terrorliste der Europäischen Union gesetzt werden. Nur so kann sichergestellt
85 werden, dass die Finanzströme der Revolutionsgarde in der Europäischen Union
86 wirklich eingefroren werden und die Bewegungs- und Reisefreiheit der
87 Revolutionsgardisten und ihnen nahestehenden Menschen nachhaltig blockiert wird.
88 Es muss alles dafür getan werden, dass die Revolutionsgarde als Stütze für das

89 Mullah-Regime und die antidemokratische, autoritäre Politik wegbricht. Auch muss
90 darauf hingewirkt werden, dass die Sanktionierung des Irans weiterhin fortgesetzt und
91 perspektivisch ausgeweitet wird. Der wirtschaftliche Druck von außen und das
92 Drängen der iranischen Bevölkerung nach Demokratie von innen müssen dafür
93 sorgen, dass das Regime seine antifeministische und menschenfeindliche Politik nicht
94 weiterhin fortsetzen und einen großen Teil der Menschen im Iran nicht weiter
95 unterdrücken kann. Die feministischen Proteste müssen zu einer Änderung der
96 bestehenden Gesellschaftsordnung führen können. Es muss Schluss sein mit der
97 Unterdrückung, dem Angriff auf und die starke Limitierung von grundlegenden
98 Menschenrechten und dem brutalen Vorgehen des Regimes gegenüber den
99 Iraner*innen, die ihre Stimme gegen die Regierung erheben. Sanktionen und
100 diplomatischer Druck durch die Bundesregierung und die Europäische Union müssen
101 dazu beitragen, dass die Iraner*innen sich in ihrem Kampf für Gleichberechtigung,
102 mehr grundlegende Rechte und Partizipationschancen durchsetzen. Das Ziel einer
103 feministischen Außenpolitik muss eben genau das sein: FINTA weltweit in ihrem
104 Kampf gegen Unterdrückung und für Gleichberechtigung in allen Bereichen des
105 gesellschaftlichen Lebens zu unterstützen und zu stärken. Heute und jeden Tag gilt
106 „Jin, Jiyan, Azadi“.

107

108 Weiterleitungen:

109 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen

1 A03: Grenzenlose Solidarität mit allen Kurd*innen!

2

3 Rund 15-20 Millionen Kurd*innen, die aktuell in der Türkei leben, werden seit
4 Jahrzehnten systematisch unterdrückt. Sie bilden die größte ethnische Minderheit in
5 der Türkei und sind zudem das größte Volk der Welt ohne eigenen Staat.. Es findet
6 auch in der Türkei eine von staatlicher Seite betriebene gesellschaftliche
7 Diskriminierung statt, bei der den Kurd*innen ihre eigene Identität abgesprochen wird
8 und das Offenlegen der eigenen Identität bereits Gewalt nach sich ziehen kann. Noch
9 bis ins 21. Jahrhundert hinein fanden Zwangsumsiedlungen von Kurd*innen statt und
10 durch die Herrschaft des türkischen Präsidenten Erdogans wird der Hass der in weiten
11 Teilen rechten politischen Gesellschaft der Türkei weiter angeheizt. So wurde auch
12 der diesjährige Präsidentschaftswahlkampf dazu genutzt. Erdogan schürte den Hass
13 auf die Kurd*innen, mit dem Ziel, alle nationalistischen Stimmen auf sich zu vereinen.
14 Wir Jusos müssen uns solidarisch zeigen und gegen jegliche rassistische
15 Diskriminierungen eintreten, denen Kurd*innen aufgrund ihrer Identität begegnen.

16

17 Wir unterstützen das Streben der Kurd*innen nach Anerkennung ihrer Identität, egal
18 wo und in welchem Land sie leben. Das gilt für die rund 15-20 Millionen türkischen
19 Kurd*innen genau so wie die 11 Millionen Kurd*innen im Iran, die 8 Millionen
20 Kurd*innen in der Autonomen Region Kurdistan im Irak, und die Kurd*innen im
21 syrischen "Rojava". Rojava, die autonome Selbstverwaltung der Kurd*innen in Syrien,
22 machte sich im Zuge des syrischen Bürgerkrieges unabhängig vom syrischen Regime
23 und Diktator Assad. Sie genießt weltweite Anerkennung aufgrund der dort
24 vorherrschenden Demokratie, den pluralistischen Prinzipien, der Rechtsstaatlichkeit
25 und dem Streben nach ökologischer Nachhaltigkeit. Ein Kernprinzip Rojawas ist zudem

26 die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Rechten für FINTA und
27 anderen in Nachbarstaaten diskriminierten Gruppen.

28 Wir müssen deshalb für den Schutz von Rojava eintreten alles in unser Macht
29 stehende dafür tun, dass dieser Schutzraum für Kurd*innen in der Region erhalten
30 bleibt.

31 Als Zufluchtsort für zahlreiche aufgrund des syrischen Bürgerkrieges Geflüchtete und
32 Vertriebene ist Rojava ein wertvoller Stabilitätsfaktor vor Ort. Unser Ziel muss es
33 deshalb sein, die diplomatische Rolle Rojavas in internationalen Organisationen zu
34 stärken. Als Teil des Staates Syrien unterliegt Rojava bspw. in der UN grundsätzlich
35 der politischen Führung Syriens und ist damit von Diktator Assad abhängig. Nach dem
36 Völkerrecht darf die UN schließlich nur mit Behörden anerkannter Staaten kooperieren.
37 Wir müssen deshalb auch gegenüber dem syrischen Regime der autonomen Region
38 Rojava eine starke diplomatische Stimme verschaffen.

39

40 Wir fordern dazu:

41

- 42 ● Massive grundsätzliche diplomatische Unterstützung seitens der deutschen
43 Bundesregierung und der EU für die Anliegen Rojavas
- 44 ● Ausbau der diplomatischen Beziehungen mit der Vertretung Rojavas in Berlin
- 45 ● Die Prüfung eines möglichen Beobachterstatus Rojavas in der UN
- 46 ● Die bedingungslose Aufnahme von Geflüchteten aus Rojava in Deutschland
- 47 ● Appelle an die CHP als Schwesterpartei der SPD in der Türkei, die türkischen
48 Angriffe auf die kurdischen Autonomiegebiete in Nordsyrien zu verurteilen und
49 sich für eine Aussöhnung von Türk*innen und Kurd*innen in der Türkei
50 einzusetzen

51

52

53 Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei auf Rojava inklusive
54 der Bombardements auch auf zivile Einrichtungen aufs Schärfste. Indem Erdogan
55 Rojava bombardieren lässt, bombardiert er die wichtigste Allianz gegen den IS. Die
56 kurdischen Kämpfer*innen waren schließlich diejenigen, die den IS in Rojava
57 vollständig besiegt und verdrängt haben. Die internationale Koalition der Kurd*innen
58 vertrieb den IS auch aus seiner bisherigen Hauptstadt Ar-Raqqa, im März 2019
59 eroberten Truppen der Syrian Democratic Forces die letzten vom IS gehaltenen
60 Gebiete in Syrien. Die kurdische Frauenbewegung und ihre Fraueneinheit YPJ spielten
61 dabei eine entscheidende Rolle. Um die Kurd*innen beim Kampf gegen den IS zu
62 unterstützen und vor der völkerrechtswidrigen Aggression der Türkei zu schützen,
63 fordern wir:

64

- 65 ● Einen unmittelbaren Abzug der türkischen Truppen und ein Ende der
66 Kampfhandlungen. Die Bundesregierung muss sich mit allen diplomatisch zur
67 Verfügung stehenden Mitteln gegenüber der Türkei dafür stark machen.
- 68 ● Waffenlieferungen an YPG und YPJ sowie weitere kurdische Kämpfer*innen
- 69 ● Keine weiteren Rüstungsexporte an die Türkei!
- 70 ● Das Anstreben einer UN mandatierten Friedensmission, um für nachhaltigen
71 Frieden trotz des Abzugs der USA zu sorgen

72

73 Es braucht in dieser Zeit vollste und internationale Solidarität für das kurdische Volk
74 auf der ganzen Welt und wir Jusos wollen dabei klare Kante zeigen. Wir unterstützen
75 grundsätzlich die kurdische Unabhängigkeit in einem vereinigten kurdischen Staat
76 bzw. einer vollständig autonomen Region. Solidarität mit Kurd*innen heißt aber auch,
77 ihre Organisationen anzuerkennen und die Kriminalisierung kurdischer
78 Befreiungsorganisationen zu beenden. Auch aufgrund ihrer Rolle im Kampf gegen den
79 IS und der geschwundenen innenpolitischen Gefahr für Deutschland muss das PKK-
80 Verbot hierzulande zwingend neu bewertet werden:

81

- 82 • Wir fordern die Aufhebung des PKK Verbotes in Deutschland
- 83 • Wir fordern, die Kriminalisierung von kurdischen Befreiungsorganisationen in
- 84 Deutschland und der EU zu beenden

85

86 Die Solidarität von uns Jusos darf keine Grenzen kennen. Als internationalistischer

87 Verband stehen wir hinter den Forderungen der Kurd*innen auf der ganzen Welt. Für

88 uns ist klar: Diese Solidarität bedarf konkreter Handlungen, auch da, wo Gegenwind

89 droht, sei es von NATO-Mitgliedern wie der Türkei oder anderen Staaten.

90

91

92 Weiterleitungen:

- 93 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen

1 **A04: Mehr Respekt für Pflegebedürftige und Pfleger*innen - In der**
2 **Kranken- und Altenpflege muss sich etwas ändern!**

3
4 **Die Pflegegelderhöhung muss kommen!**

5 Analyse

6 Im Jahr 2025 soll es etwa 5,5 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland geben und
7 diese Zahl wird voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten noch weiter steigen. Der
8 Trend der Jahre 2019 bis 2021 zeigte einen Anstieg der Pflegebedürftigen um 20%.
9 Viele der Menschen, die gepflegt werden müssen, werden nicht in Pflegeheimen
10 untergebracht, sondern vier von fünf Pflegebedürftigen (2020) werden zu Hause
11 versorgt. In diesem Fall erhält die Pflegebedürftige Person ein Pflegegeld. Dieser
12 Betrag schwankt je nach Pflegegrad zwischen 316 und 901 Euro im Monat, wurde aber
13 seit 2017 nicht mehr erhöht, trotz steigender Inflation. Nun soll zumindest 2024 eine
14 5%ige Erhöhung kommen - dennoch ist es bezeichnend, dass gut 7 Jahre nichts
15 passiert ist. Die nun angekündigte Erhöhung gleicht außerdem die bisherige Inflation
16 nicht aus und wird den realen Kosten insgesamt nicht gerecht.
17 Insgesamt werden etwa 65% der Pflegebedürftigen Menschen allein durch Angehörige
18 gepflegt, wobei von diesen 5,3 Mio. häuslich Pflegenden, 3 Mio. erwerbstätig sind.
19 Dies ist eine große Zusatzbelastung neben dem Beruf und kann große alltägliche
20 Schwierigkeiten mit sich bringen. Ein weiterer Punkt ist, dass ungefähr 70% dieser
21 pflegenden Personen Frauen sind. Hierbei spielt vor allem die Mehrfachbelastung eine
22 große Rolle aufgrund von z.B. Familienversorgung, Beruf oder unbezahlter Care-
23 Arbeit. Außerdem wurde ein Großteil der pflegenden Angehörigen vergessen, so
24 finden zum Beispiel die pflegenden Rentner*innen keinerlei Berücksichtigung. Sie
25 erhalten (logischerweise) keine Rentenpunkte für ihre Pflegetätigkeit - schließlich sind
26 sie schon in Rente. Doch hier wurden bislang keine alternativen

27 Honorierungsmöglichkeiten geschaffen. Sie gehören viel zu selten zu den
28 Anspruchsberechtigten solcher Möglichkeiten und wurden beispielsweise auch beim
29 Pflegegeld nicht berücksichtigt. Das muss sich zukünftig ändern!
30 Die Inflation der letzten Jahre hat viele Menschen an die Armutsgrenze getrieben. Dies
31 betrifft vor allem auch die Pflegebedürftigen. Das Pflegegeld, das sie erhalten, reicht
32 oft nicht bis zum Ende des Monats aus, um alle Kosten zu decken, die angefallen sind.
33 Das ist vor allem den steigenden Lebenshaltungskosten zuzuschreiben, aber auch der
34 gescheiterten Reform der Pflege. In den letzten Jahren wurde versäumt, das
35 Pflegegeld weiter zu erhöhen und anzupassen und deshalb muss es eine sofortige
36 Erhöhung geben, um die Pflegenden und Pflegebedürftigen zu entlasten. Es muss
37 jährlich geschaut werden, inwieweit man das Pflegegeld an die aktuelle Inflationslage
38 anpassen muss, um zu vermeiden, dass viele, vor allem alte Menschen, in die Armut
39 rutschen. Dieses Problem könnte gelöst werden, indem ein Rechtsanspruch auf
40 Tages-, Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt werden würde. Dies würde auch
41 vor allem zur Entlastung der pflegenden Angehörigen führen.

42

43 Deshalb fordern wir:

- 44 • Eine sofortige Pflegegelderhöhung um 25%.
- 45 • Dass eine jährliche verbindliche Dynamisierung der Pflegegelderhöhungen
46 eingeführt wird, um sich immer an die aktuelle Lage anzupassen.
- 47 • Die gestiegene Inflation muss in diesem Zusammenhang auch rückwirkend
48 ausgeglichen werden.
- 49 • Dass ein Rechtsanspruch auf Tages-, Verhinderungs- und Kurzzeitpflege
50 eingeführt wird.
- 51 • Dass der Kreis der Anspruchsberechtigten des Familienpflegegeldes stark
52 ausgeweitet wird.

53 **Pflegebedürftige und pflegende Angehörige entlasten - Familienpflegegeld und** 54 **-pflegezeit ausgestalten!**

55 Analyse

56 Wie soll die vielfach geforderte Ausgestaltung des Familienpflegegeldes und der
57 Familienpflegezeit konkret aussehen? Dazu haben wir Jusos genaue Vorstellungen.
58 Bei der Formulierung unserer Forderungen haben wir uns unter anderem am Bericht

59 des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf orientiert.
60 Wie bereits hinreichend festgestellt wurde, wird ein Großteil der Pflegebedürftigen in
61 Deutschland zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Mit der Übernahme der
62 häuslichen Pflege eines oder mehrerer Angehöriger darf allerdings nicht einhergehen,
63 dass die pflegenden Angehörigen aus dem Erwerbsleben ausscheiden oder hohe
64 Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, weil sie aufgrund der Pflege ihre
65 Arbeitszeit verkürzt haben. Dies ist bisher aber oft der Fall. Die Reduzierung der
66 Arbeitszeit ist auch oft notwendig, um den zeitlichen Anforderungen der Pflege gerecht
67 zu werden. Bisher ist es so, dass man mit der Reduzierung der Arbeitszeit nicht nur
68 Lohneinbußen hinnehmen muss, es kann auch schnell passieren, dass man bisherige
69 Anspruchsberechtigungen im Pflegekontext verliert, da die Anspruchsberechtigungen
70 oftmals mit einer Mindestanzahl an Wochenstunden verbunden sind, die erbracht
71 werden müssen.
72 Bisherige Freistellungs- und Finanzierungsmöglichkeiten reichen außerdem bei
73 weitem nicht aus, um die tatsächliche Arbeit zu honorieren und die anfallenden Kosten,
74 beziehungsweise die Lohnausfälle auszugleichen. Dies hat der unabhängige Beirat für
75 die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bereits 2015 festgestellt. Seitdem hat sich
76 jedoch noch nichts geändert. Des Weiteren erhalten die pflegenden Angehörigen
77 bisher nur Anspruch auf Familienpflegezeit und Familienpflegegeld, wenn eine
78 bestimmte Größe des Betriebs erfüllt ist und eine fest definierte familiäre Verbindung
79 zwischen der pflegebedürftigen Person und der pflegenden Person besteht. Diese
80 Muster sind zu eng gedacht und passen keineswegs zu den vielen individuellen
81 Schicksalen und Pflegesituationen. Für alle möglichen Situationen und Konstellationen
82 braucht es ein höchstmögliches Maß an Passgenauigkeit und flexiblen Hilfen. Für uns
83 steht fest, dass die nachfolgenden Forderungen schnellstmöglich und priorisiert
84 umgesetzt werden müssen.

85 Deshalb fordern wir:

- 86 • Pflegende Angehörige sollen Anspruch auf mindestens 36 Monate
87 Familienpflegezeit haben. Der Kreis der Anspruchsberechtigten soll
88 ausgeweitet werden und sich nicht nur auf die Familie beschränken, sondern
89 auch auf Freund*innen, Nachbar*innen und vergleichbare nahestehende
90 Personen.

- 91 • Dass sowohl eine teilweise Freistellung, als auch eine vollständige Freistellung
92 ermöglicht werden müssen, die staffelbar sind und individuell in Anspruch
93 genommen werden können. Beide Optionen müssen allen
94 Anspruchsberechtigten zur Verfügung stehen, unabhängig von der
95 Betriebsgröße.
- 96 • Wenn die Familienpflegezeit genutzt wird, kann für den Zeitraum von insgesamt
97 36 Monaten eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung in Anspruch genommen
98 werden.
- 99 • Um Anspruch auf Familienpflegezeit zu erhalten, reicht es aus, dass die zu
100 pflegende Person über Pflegegrad 1 verfügt.
- 101 • Die pflegebedürftige Person oder gegebenenfalls ein*e Bevollmächtigte*r soll
102 unbürokratisch und unkompliziert bestätigen können, wer die
103 anspruchsberechtigten Personen sind.
- 104 • Die Familienpflegezeit soll unbürokratisch und unkompliziert von den
105 Anspruchsberechtigten in Anspruch genommen werden können.
- 106 • Es darf keine maximale Anzahl an anspruchsberechtigten pflegenden
107 Angehörigen geben.
- 108 • Wenn es mehrere pflegende Angehörige gibt, darf die Familienpflegezeit der
109 einzelnen Anspruchsberechtigten hintereinander oder gleichzeitig erfolgen.
- 110 • Pflegende Angehörige dürfen mehrere Personen pflegen und für jede zu
111 pflegende Person erneuten Anspruch auf die Familienpflegezeit haben.
- 112 • Die Umsetzung des Familienpflegegeldes und der Familienpflegezeit muss so
113 flexibel wie möglich gestaltet werden, sodass alle pflegenden Angehörigen
114 davon profitieren und die Leistungen entsprechend der individuellen
115 Pflegesituation in Anspruch nehmen können.
- 116 • Anspruchsberechtigte unterstehen dem Kündigungsschutz nach dem
117 Pflegezeitgesetz §5.
- 118 • Die rentenrechtliche Absicherung der Anspruchsberechtigten darf sich nicht
119 verschlechtern, wenn sie die Familienpflegezeit in Anspruch nehmen.
- 120 • Anspruch auf Familienpflegegeld sollen alle pflegenden Angehörigen haben
121 (Familie, Bekannte, Nachbar*innen und vergleichbar nahestehende Personen)

- 122 • Um diese Personen zu bestimmen, kann die pflegebedürftige Person oder
123 gegebenenfalls eine bevollmächtigte Person unbürokratisch und unkompliziert
124 bestätigen, wer zu den pflegenden Angehörigen gehört.
- 125 • Anspruch auf das Familienpflegegeld erhalten die pflegenden Angehörigen,
126 wenn die zu pflegende Person mindestens über den Pflegegrad 2 verfügt.
- 127 • Anspruch haben alle eingetragenen pflegenden Angehörigen. Pflegende
128 Renter*innen dürfen hier nicht übergangen werden. Berufstätige Angehörige
129 haben Anspruch auf das Familienpflegegeld unabhängig von Voll- oder Teilzeit
130 und der Betriebsgröße. Auch Angehörige, die noch nicht oder nicht mehr
131 berufstätig sind, haben Anspruch.
- 132 • Der Anspruch auf das Familienpflegegeld besteht immer, unabhängig von der
133 Höhe des Einkommens.
- 134 • Mehrere Angehörige können sich den Anspruch auf das Familienpflegegeld
135 untereinander aufteilen. Es gibt keine maximale Anzahl an
136 Anspruchsberechtigten pro pflegebedürftiger Person.
- 137 • Die Höhe des Familienpflegegeldes wird entsprechend der Regelungen des
138 Elterngeldes berechnet.
- 139 • Wird das Elterngeld angehoben, muss auch das Familienpflegegeld angehoben
140 werden.
- 141 • Das Familienpflegegeld wird so lange gezahlt, wie die Anspruchsberechtigten
142 eine*n Angehörige*n pflegen.
- 143 • Analog zum Elterngeld, gibt es auch beim Familienpflegegeld einen
144 Mehrlingszuschlag pro weiterer zu pflegender Person.
- 145 • Die Beantragung des Familienpflegegeldes muss unbürokratisch und
146 unkompliziert möglich sein.

147 **Mehr Anerkennung schaffen: Rentenpunkte für vollzeitbeschäftigte pflegende**
148 **Angehörige!**

149 Analyse

150 Wenn wir uns damit beschäftigen, wie berufstätige pflegende Angehörige entlastet
151 werden können, beziehungsweise ihre geleistete Care-Arbeit anerkannt werden kann,
152 dürfen wir einen weiteren essentiellen Punkt nicht vergessen: Die bislang fehlenden
153 Rentenpunkte für vollzeitbeschäftigte pflegende Angehörige.

154 Was hat es damit auf sich? Für pflegende Angehörige gibt es aktuell die Möglichkeit,
155 Rentenpunkte für ihre Pflegetätigkeit zu erhalten. Hierfür müssen aber bestimmte
156 Voraussetzungen erfüllt sein, welche im SGB 11 §44 festgehalten sind: Die Gepflegten
157 müssen mindestens für den Pflegegrad 2 eingestuft worden sein. Die Pflege muss
158 darüber hinaus vom MDK (Medizinischer Dienst der Krankenversicherung) als
159 notwendig festgestellt worden sein. Die zu pflegende Person muss des Weiteren
160 Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung
161 haben. Schließlich ist es auch notwendig, dass die pflegende Person in Deutschland,
162 der Schweiz oder im europäischen Wirtschaftsraum wohnhaft ist. Die geleistete Pflege
163 muss mindestens 10 Stunden in häuslicher Umgebung ausgeübt werden, aufgeteilt
164 auf mindestens zwei Tage in der Woche.
165 Doch damit nicht genug. Um Anspruch auf Rentenpunkte zu haben, darf die pflegende
166 Person nicht mehr als 30 Stunden in der Woche arbeiten. Genau dieser Punkt ist
167 jedoch eine große Ungerechtigkeit und spiegelt keineswegs die realen Verhältnisse
168 wider. In Deutschland leben fast 5 Millionen anerkannte Pflegebedürftige. Rund 3/4
169 von ihnen werden zu Hause durch ihre Angehörigen und teilweise durch die
170 zusätzliche Hilfe eines Pflegedienstes gepflegt. Etwa die Hälfte der pflegenden
171 Angehörigen reduziert ihre Arbeitszeit nicht. Daraus resultiert, dass es viele Menschen
172 gibt, die einer Vollzeitbeschäftigung - also 40 Stunden die Woche und mehr -
173 nachgehen und zusätzlich noch ihre Angehörigen pflegen. Dabei werden die
174 geforderten 10 Mindeststunden Pflege, aufgeteilt auf mindestens 2 Tage die Woche,
175 erfüllt und sogar überschritten. Mit dem Unterschied, dass diese Menschen keine
176 Rentenpunkte für ihre Pflegetätigkeit erhalten.
177 Dabei ist es schon schwer genug, die Pflege und den Vollzeitjob miteinander zu
178 vereinbaren. Nun soll diese kräftezehrende und zeitintensive Arbeit nicht mal durch
179 Rentenpunkte honoriert werden, weil es nicht vorgesehen ist, dass Vollzeitbeschäftigte
180 ihre Angehörigen pflegen? Das empfinden wir als große Ungerechtigkeit. Dieser
181 realitätsfernen Regelung muss schleunigst entgegengewirkt werden. Wir müssen uns
182 wirklich bewusst machen, wie prekär die Gesundheits- und Pflegeversorgung aktuell
183 ist! Viele Menschen haben gar keine andere Möglichkeit, ihre Vollzeitbeschäftigung mit
184 der Pflege ihrer Angehörigen zu vereinbaren. Denn Pflegedienstleistungen und
185 Pflegeplätze sind teuer und schwer zu bekommen. Nicht jede*r kann sich dies ohne
186 weiteres leisten, ohne in eine finanzielle Schieflage zu geraten oder sogar auf

187 zusätzliche Sozialleistungen angewiesen zu sein.
188 Umso wichtiger ist es, dass eine Gleichstellung aller pflegender Angehörigen so
189 schnell wie möglich erfolgt.

190 Deshalb fordern wir:

- 191 • Das SGB 11 §44 muss geändert werden: Vollzeitbeschäftigte, die zusätzlich
192 ihre Angehörigen pflegen und die übrigen Anforderungen erfüllen
193 (Pflegebedürftige verfügt mindestens über Pflegegrad 2; Pflege wurde durch
194 MDK als notwendig eingestuft und hat Anspruch auf Leistungen der
195 gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung; Pflegende*r Angehörige*r ist in
196 Deutschland, der Schweiz oder im europäischen Wirtschaftsraum wohnhaft;
197 Pflege erfolgt mind. 10 Stunden die Woche, aufgeteilt auf mindestens zwei
198 Tage), müssen ebenfalls Anspruch auf Rentenpunkte erhalten!

199

200 **Es braucht mehr Kurzzeitpflegeplätze!**

201 Analyse

202 Ein Notfall passiert und eine angehörige Person muss kurzzeitig gepflegt werden,
203 beispielsweise aufgrund eines Sturzes oder einer OP. Die Angehörigen können nicht
204 einspringen oder die Pflegebedürftigkeit der Person hat sich so weit erhöht, dass die
205 notwendige Pflege und Arbeit nicht mehr zu schaffen ist. Hier kommt die Kurzzeitpflege
206 zum Einsatz. Hierbei handelt es sich um eine überbrückende Pflege, die auch als
207 Notfallpflege gilt, bei der die Patient*innen vorübergehend vollstationär in einem
208 Pflegeheim untergebracht und versorgt werden. In dieser Situation kann dann ein
209 Pflegeersatz für Zuhause gesucht oder das Problem anders gelöst werden. Doch
210 vielen in dieser Situation fällt es nicht nur schwer, den Eigenanteil zu übernehmen, es
211 ist auch schwer, überhaupt einen Platz zu finden. Die Zahl der Kurzzeitpflegeplätze in
212 Einrichtungen sinkt seit Jahren kontinuierlich. Es gab einen Rückgang in den
213 Einrichtungen zwischen 2017 und 2021 um 470 Plätze auf insgesamt 1205 Plätze.
214 Obwohl also die Zahl der Pflegebedürftigen steigt und somit auch die Nachfrage und
215 der Bedarf nach Kurzzeitpflege, sinken die Kurzzeitpflegeplätze.

216

217 Deshalb fordern wir:

- 218 • Einen Wiederaufbau der Kurzzeitpflegeplätze in Einrichtungen.

- 219
- Mehr finanzielle Unterstützung für Kurzzeitpflegeplätze in den Einrichtungen.

220 **Pflegekosten in Deutschland gerecht verteilen. Der Eigenanteil braucht einen**
221 **Deckel!**

222 Analyse

223 Der Eigenanteil in Pflegeheimen setzt sich aus einem Anteil an den Pflegekosten, den
224 Kosten für Unterbringung und Verpflegung, Investitionskosten in den Pflegeheimen
225 und möglichen Zusatzkosten zusammen. In Deutschland lag der monatliche
226 Eigenanteil im Pflegeheim am 01.01.2022, laut einer Erhebung vom Verbund
227 Pflegehilfe, bei rund 2179 Euro. Im Vergleich zum Eigenanteil im Pflegeheim aus dem
228 Jahr 2018 ist das ein Anstieg um 23 Prozent. Diese extreme Kostensteigerung lässt
229 sich vor allem auf den Personalmangel in den Pflegeberufen, der sich immer weiter
230 zuspitzt, und den Mangel an Plätzen in den Pflegeheimen zurückführen. Selbiges gilt
231 auch für den ambulanten Pflegedienst. Auch hier übernimmt ein Teil der Kosten die
232 Pflegeversicherung, doch auch die Angehörigen müssen Teile der Kosten
233 übernehmen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass ein
234 flächendeckender Platzmangel und lange Wartezeit bei gleichzeitig steigenden Kosten
235 für die zu pflegenden Bewohner*innen und ihre Angehörigen entstanden sind.

236 Deshalb fordern wir:

- 237
- Eine Deckelung einer möglichen Steigerung des Eigenanteils der
238 Bewohner*innen, beziehungsweise der Pflegeleistungsempfänger*innen
239 (bspw. bei Inanspruchnahme ambulanter Pflegeleistungen) oder ihrer
240 Angehörigen an den Pflegekosten, damit beispielsweise tarifbedingte
241 Lohnsteigerungen des Pflegepersonals nicht in Gänze weitergegeben werden
242 können.
 - Die Einführung eines „Pflege-Deckels“, der die Pflegekassen stärker in die
243 Zahlung des Eigenanteils der Bewohner*innen, beziehungsweise der
244 Pflegeleistungsempfänger*innen oder ihrer Angehörigen einbindet und so dazu
245 beiträgt, dass ein starker Anstieg des Eigenanteils nicht mehr möglich ist. Der
246 Leistungszuschlag zum Eigenanteil reicht hier nicht aus.
 - Staatlich mitfinanzierte Programme, um dem flächendeckend existierenden
247 Mangel an Pflegeplätzen in den Pflegeheimen entgegenzuwirken und so das
248 Anstiegspotenzial des Eigenanteils zu reduzieren.
- 249
250

- 251 • Maßnahmen die der Profitorientierung in den Pflegeheimen, die von den großen
252 privaten Betreiber*innengesellschaften durch Sicherung eines größeren
253 Marktanteils ausgelebt wird, entgegenwirkt.

254 Begründung:

255 Immer mehr Menschen in Deutschland werden perspektivisch auf die Möglichkeit
256 angewiesen sein, Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen. Das bedeutet, dass sie
257 früher oder später einen Platz in einem Pflegeheim belegen können, aber auch
258 ambulante Pflegeleistungen in Anspruch nehmen können. Neben dem Phänomen der
259 erhöhten Nachfrage auf Pflegeplätze, verursacht durch die steigenden
260 Lebenserwartungen der Menschen in Deutschland und die grundsätzliche
261 Veränderung der Altersstruktur, sind auch steigende Kosten für die Pflege und
262 wuchernde Eigenanteile zu beobachten. Das ist problematisch, weil immer weniger
263 Menschen die Möglichkeit haben, zusätzlich etwas fürs Alter beiseitezulegen, während
264 die durchschnittliche Altersvorsorge (beispielsweise die gesetzliche
265 Rentenversicherung) kaum noch reicht, um im Alter finanziell ausreichend aufgestellt
266 zu sein, sollte man selbst Pflegeleistungen in Anspruch nehmen müssen. Zur gleichen
267 Zeit sind immer mehr Menschen in Deutschland von der Armut im Alter betroffen,
268 kommen also kaum noch über die Runden oder müssen auch nach dem Renteneintritt
269 weiterarbeiten. Diese äußerst problematische Entwicklung, die wir beobachten und die
270 es dringend zu bekämpfen gilt, und die Kostenentwicklung in der Pflege widersprechen
271 sich ganz eindeutig. Es kann nicht sein, dass die Menschen, die aktuell schon finanziell
272 schlechter gestellt sind, durch die Notwendigkeit, einen Pflegeheimplatz zu bekommen
273 oder andere Pflegeleistungen in Anspruch nehmen zu müssen und die damit
274 verbundenen hohen Kosten, hinnehmen müssen, noch schlechter gestellt werden. Auf
275 der einen Seite müssen wir wieder dafür sorgen, dass alle Menschen von ihrer Rente
276 und ihrem Ersparnis im Alter gut leben können. Gleichzeitig muss ein "Pflege-Deckel"
277 eingeführt werden, der die Pflegekassen stärker in die Pflicht nimmt, eine überzogene
278 Steigerung des Eigenanteils in den Pflegeheimen durch Übernahme dieser Steigerung
279 abzufedern. Auch muss geregelt werden, dass beispielsweise tariflich bedingte
280 Lohnsteigerungen nicht in Gänze auf die Bewohner*innen oder ihre Angehörigen
281 übertragen werden dürfen. Das hier klar ersichtliche, fast ausschließlich auf
282 wirtschaftlichen Interessen basierende, Handeln muss durch staatliche Maßnahmen
283 zurückgedrängt werden. Die Pflegeeinrichtungen gehören genau wie die

284 Krankenhäuser in die öffentliche Hand und dürfen nicht von Profitinteressen großer
285 Pflegeheimbetreiber*innen getrieben sein.

286 **Mehr Anerkennung und bessere Bedingungen für Kranken- und**
287 **Altenpfleger*innen!**

288 Analyse

289 Es gilt jedoch nicht nur eine entscheidende Verbesserung für die Bewohner*innen in
290 den Pflegeheimen zu erreichen. Auch an der Situation der Pflegekräfte muss sich
291 zweifellos etwas ändern. Sie sind tagtäglich mit unklaren Arbeitszeiten und durch den
292 steigenden Personalmangel mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert.
293 Gleichzeitig entsprechen die heute in diesem Bereich gezahlten Löhne in vielen Fällen
294 keinen tariflich festgelegten Standards. Die Menschen in den Pflegeberufen werden
295 für ihre Arbeit in vielen Fällen nicht fair bezahlt, wodurch die Schwierigkeiten im
296 Hinblick auf die finanzielle Absicherung im Alter sich noch zusätzlich zuspitzen. Neben
297 einer finanziellen Aufwertung der Pflegeberufe braucht es zusätzliche Anreize, um die
298 Ausbildung in diesem Bereich attraktiver zu gestalten, dem Personalmangel in den
299 Pflegeheimen, der ambulanten Pflege und Krankenhäusern entgegenzuwirken und
300 den Druck auf das schon jetzt in diesem Bereich arbeitende Personal zu verringern.

301 Deshalb fordern wir:

- 302 • Bessere und vor allem geregelte Arbeitszeiten für Krankenpfleger*innen und
303 Altenpfleger*innen, die vertraglich stärker abgesichert werden.
- 304 • Eine von allen im Kontext der Pflege relevanten Akteur*innen getroffene
305 Vereinbarung über bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer*innen in
306 diesem Bereich, die genau die Perspektive dieser Berufsgruppe in den
307 Mittelpunkt stellt.
- 308 • Die Einführung einer betrieblichen Altersvorsorge für die Pflegefachkräfte und
309 Pflegehelfer*innen.
- 310 • Mehr Anreize zu schaffen, um die Aus- und Fortbildung im Bereich der Alten-
311 und Krankenpflege deutlich attraktiver zu gestalten.
- 312 • Das die Fortbildungen für Pfleger*innen von den Heimbetreiber*innen oder
313 Krankenhäusern übernommen werden, damit ein beruflicher Aufstieg in diesem
314 Bereich nicht weiterhin vom eigenen Geldbeutel abhängig ist.

- 315 • Dass mehr Stellen und Möglichkeiten geschaffen werden, damit ein beruflicher
316 Aufstieg nach einer Fortbildung ermöglicht werden kann.
- 317 • Dass Pfleger*innen, die eine Fortbildung erfolgreich absolviert haben, zukünftig
318 auch ein entsprechend höheres Gehalt ausgezahlt bekommen.

319 Begründung:

320 Altenpfleger*innen und Krankenpfleger*innen sind von dem sich zuspitzenden
321 Personalmangel in diesem Bereich in ihrem Arbeitsalltag hart getroffen. Sich häufig
322 ändernde Schichtpläne, Überstunden und wenig Zeit mit den Bewohner*innen gehören
323 häufig ungewollt dazu. Das wirkt sich auch auf das Arbeitsklima und vor allem auf die
324 Bedingungen aus, unter denen die Arbeit verrichtet wird. Es muss ein Weg gefunden
325 werden, um die Qualifizierung der schon in der Pflege arbeitenden Menschen aktiver
326 voranzutreiben und gleichzeitig mehr Menschen von einer Ausbildung in diesem
327 Bereich zu überzeugen. Anreize, die auf der einen Seite schon in der Pflege
328 arbeitenden Menschen den Zugang zu Fortbildungen erleichtern und ihre neuen
329 Qualifikationen zusätzlich durch eine bessere Bezahlung würdigt, wirken sich auch auf
330 die Menschen aus, die an einer Ausbildung in der Pflege interessiert sind und zeigt
331 ihnen auf, dass es auch in der Pflege die Möglichkeit zum Aufstieg gibt. Zusätzlich ist
332 es sehr klar, dass gemeinsam mit allen im Bereich der Pflege relevanten Akteur*innen
333 ein gemeinsamer Weg zu finden ist, der vor allem aus Sicht der Pflegekräfte sinnvoll
334 ist. Es müssen neue Standards für die Arbeitszeiten gesetzt werden, die den
335 Arbeitnehmer*innen entgegenkommen und vertraglich abgesichert sind. Auch muss
336 ein Übereinkommen über bessere Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen getroffen
337 werden, der auf diversen Eindrücken aus der alltäglichen Praxis in diesem Bereich
338 basiert. Gleichzeitig muss eine Altersvorsorge für Pflegefachkräfte und
339 Pflegehelfer*innen geschaffen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die
340 Menschen in den Pflegeberufen während ihrer Zeit im Beruf und darüber hinaus
341 finanziell abgesichert und fair entlohnt sind.

342

343 Weiterleitungen:

- 344 • Juso Bundeskongress
345 • SPD-Bezirksparteitag

1 **A05: Für Toleranz und Vielfalt – Queerfeindlichkeit in der**
2 **Gesellschaft bekämpfen!**

3

4 **Das Selbstbestimmungsgesetz muss endlich kommen - ohne weitere**
5 **Diskriminierungen!**

6 Analyse

7 Lange haben wir Jusos an der Seite vieler weiterer Menschen dafür gekämpft, dass
8 das diskriminierende und menschenverachtende Transsexuellengesetz endlich
9 abgeschafft wird. Inzwischen steht fest, dass das Transsexuellengesetz abgeschafft
10 werden soll. Nun warten wir darauf, dass das Selbstbestimmungsgesetz kommt. Doch
11 hier endet unser Kampf gegen die Diskriminierung von queeren Menschen nicht . Der
12 zuletzt erschienene Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes macht deutlich, dass es
13 weiterhin zu Diskriminierungen gegen trans*, inter, genderfluide, agender und weitere
14 Personen kommen würde, die sich dem weit verbreiteten binären Geschlechtersystem
15 nicht zugehörig fühlen. Daher muss am Selbstbestimmungsgesetz noch einiges
16 geändert werden, damit wir endlich auf gesetzlicher Ebene mit den Diskriminierungen
17 aufräumen können. Und fest steht auch: Wir müssen die Aufmerksamkeit auf dieses
18 Thema lenken, uns immer wieder damit befassen und Druck machen, damit das
19 Transsexuellengesetz endlich abgeschafft wird!

20

21 Deshalb fordern wir:

- 22 • Auch Kinder und Jugendliche sollten die Möglichkeit haben, ihren Vornamen
23 und Personenstand zu ändern, ohne dafür vor Gericht ziehen zu müssen, wenn
24 sie kein unterstützendes oder ein diskriminierendes und queerfeindliches
25 Umfeld haben.

- 26 • Der Verweis auf die Gültigkeit des privaten Hausrechts muss gestrichen
27 werden. Andernfalls bestünde legal die Möglichkeit, Menschen aufgrund ihrer
28 Geschlechtszugehörigkeit zu diskriminieren und das kann unmöglich
29 zugelassen werden.
- 30 • Personenstandsänderungen müssen auch im Kriegs- und Verteidigungsfall
31 geändert werden dürfen. Hier das Argument vorzuschieben, Menschen würden
32 sich offiziell dem weiblichen Geschlecht zuordnen, um der Wehrpflicht zu
33 entgehen, ist eine haltlose Unterstellung und auf mehreren Ebenen
34 diskriminierend.
- 35 • Die drei Monate Bedenkzeit bei einer Personenstandsänderung müssen
36 gestrichen werden, hier darf es keine gesetzlich vorgeschriebenen Wartezeiten
37 geben. Diese Wartezeit gesetzlich festzuhalten wäre diskriminierend,
38 schließlich ist bei keiner anderen Standesamtsangelegenheit eine Warte- oder
39 Bedenkzeit gesetzlich vorgeschrieben.
- 40 • Laufende Vornamens- und Personenstandsänderung-Verfahren nach dem
41 Transsexuellengesetz müssen sofort eingestellt werden, sobald das
42 Selbstbestimmungsgesetz in Kraft tritt. Vornamens- und
43 Personenstandsänderungen sind dann ab sofort unter den Bedingungen des
44 Selbstbestimmungsgesetzes durchzuführen. Es darf nicht zugelassen werden,
45 dass die diskriminierenden und entwürdigenden Praktiken des TSG weiter
46 durchgeführt werden, obwohl es eine bessere und vor allem gesetzlich gültige
47 Alternative gibt.
- 48 • Es braucht einen konkreten gesetzlichen Diskriminierungsschutz: Artikel 3
49 Absatz 3 des Grundgesetzes muss mit dem Verbot der Diskriminierung von
50 queeren Menschen ergänzt werden.
- 51 • Das Selbstbestimmungsgesetz muss in diskriminierungsfreier Form kommen,
52 damit das Transsexuellengesetz und die damit verbundenen Diskriminierungen
53 endlich der Geschichte angehören! Daran muss priorisiert gearbeitet werden.

54

55 Begründung

56 Die Forderungen zeigen: Beim aktuellen Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes
57 muss nachgebessert werden! Der ganze Entwurf hat einen allgemeinen
58 Beigeschmack von Misstrauen gegenüber trans* Personen. Warum sonst wird im

59 Entwurf explizit auf das Hausrecht verwiesen? Diesen Aspekt im Gesetzesentwurf zu
60 erhalten, wird weiterhin faktisch dafür sorgen, dass diskriminierende Praktiken
61 fortgesetzt werden können. Diese Scheinheiligkeit können wir im
62 Selbstbestimmungsgesetz nicht gebrauchen. Während das ausgesprochene Ziel des
63 Selbstbestimmungsgesetzes alle Betroffenen inkludieren möchte, bewirkt der aktuell
64 vorliegende Entwurf das genaue Gegenteil. Das werden wir nicht akzeptieren. Im
65 Übrigen besteht ein solches Hausrecht gegenüber keiner anderen marginalisierte
66 Gruppe, was die Diskriminierung dieses Aspekts nochmal unterstreicht.
67 Misstrauen gegenüber trans* Personen wird auch verdeutlicht, indem in diesem
68 Entwurf festgehalten wird, dass im Verteidigungs- oder Kriegsfall der Personenstand
69 nicht geändert werden darf. So ein hypothetisches, diskriminierendes und haltloses
70 Szenario mit einzubringen und zu bestimmen, dass in einem solchen Fall der
71 Personenstand nicht mehr geändert werden darf, ist inakzeptabel. Menschen von
72 vornherein zu unterstellen, sie würden einen weiblichen Geschlechtseintrag
73 beantragen, um der Wehrpflicht zu entgehen, ist weit hergeholt und nichts anderes als
74 eine diskriminierende Unterstellung. Zumal wir im Jahr 2023 uns doch ernsthaft die
75 Frage stellen sollten, ob man bei einer Wehrpflicht - die wir Jusos sowieso
76 grundsätzlich ablehnen - wirklich noch nach Geschlechtern trennen sollte.
77 Des Weiteren halten wir es für realitätsfern, gesetzlich festhalten zu wollen, dass
78 Kinder und Jugendliche nur mit dem Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten,
79 beziehungsweise mit Hilfe gerichtlicher Maßnahmen ihren Vornamen- und
80 Personenstand ändern können sollen. Hier werden Konflikte für die Kinder und
81 Jugendlichen vorprogrammiert, wenn sie in einem Umfeld leben, das keine
82 Unterstützung bietet oder sich diskriminierend verhält. Das Leben der Kinder und
83 Jugendlichen so zu erschweren, halten wir für extrem problematisch. Es sollte für alle
84 Menschen möglich sein, ihren Vornamen- und Personenstand zu ändern, unabhängig
85 vom Alter.
86 Es macht sich bemerkbar, wie viele Diskriminierungsmöglichkeiten sich noch im
87 Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes befinden. Dazu gehört auch die Frist von 3
88 Monaten Bedenkzeit, sobald eine Vornamens- und/oder Personenstandsänderung
89 beantragt wird. Was rechtfertigt es, hier an dieser Bedenkzeit festzuhalten? Bei keiner
90 anderen Standesamtsangelegenheit ist dies weder gängige Praxis, noch wird es
91 gefordert. Würden wir anfangen darüber nachzudenken, eine solche Bedenkzeit

92 beispielsweise bei Hochzeiten einzuführen, wäre der Aufschrei groß. Alleine dieses
93 Beispiel macht deutlich, dass die Bedenkzeit im Selbstbestimmungsgesetz nichts
94 verloren hat und sie durch und durch diskriminierend ist!
95 Fest steht aber auch, dass mit den Praktiken aus dem Transsexuellengesetz und dem
96 TSG selbst endlich Schluss sein muss! Deswegen muss der Entwurf des
97 Selbstbestimmungsgesetzes frei von Diskriminierungen sein. Darüber hinaus braucht
98 es einen konkreten gesetzlichen Diskriminierungsschutz, damit trans* Personen dann
99 auch in Zukunft gesetzlich geschützt sind. Daher fordern wir die Ergänzung von Artikel
100 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Verbot der Diskriminierung von queeren
101 Menschen. Diese Erweiterung ist längst überfällig und würde zudem garantieren, dass
102 das Selbstbestimmungsgesetz nicht einfach wieder von einer anderen Regierung
103 abgeschafft wird. Das Warten muss ein Ende haben.

104

105 **Gewalt gegen queere Menschen: Wir brauchen spezifische** 106 **Präventionsmaßnahmen!**

107 Analyse

108 Nach wie vor ist ein Anstieg von Gewalt gegenüber queeren Menschen zu beobachten.
109 Menschen werden aufgrund ihrer Sexualität und/oder ihrer Geschlechtsidentität
110 beleidigt, bedroht, angegriffen und in einigen Fällen sogar getötet. Hier besteht akuter
111 Handlungsbedarf. Es müssen vermehrt Beratungs- und Hilfsangebote für queere
112 Menschen geschaffen werden, da diese überproportional häufig von Gewalt betroffen
113 sind. Natürlich muss auch Aufklärungs- und Awarenessarbeit geleistet werden, um
114 präventiv zu agieren, damit Gewalt gegen queere Menschen verhindert werden kann.
115 Es ist aber auch wichtig, dass Gewalt gegen queere Menschen, wenn sie geschieht,
116 auch als solche erkannt wird und mit angemessenen Konsequenzen darauf reagiert
117 wird. Dabei muss stets ein intersektionaler Blickwinkel eingenommen werden. Wenn
118 sich verschiedene Diskriminierungskategorien überschneiden und sich gegenseitig
119 verstärken, müssen die Präventions-, Beratungs- und Hilfsangebote entsprechend
120 ausgestaltet werden.

121 So suchen sich beispielsweise queere Menschen mit Migrationshintergrund und/oder
122 mit Behinderungen prozentual seltener Hilfe, wenn sie von Gewalt betroffen sind. Hier
123 müssen dringend spezifische Angebote geschaffen werden.
124 Mit der Aufklärung muss so früh wie möglich begonnen werden, weshalb über diese

125 Thematik bereits in der Schule informiert werden muss. Im Vorfeld braucht es hier
126 entsprechende Schulungen für das Personal . Gleichzeitig muss es auch zu
127 Reformen und Aufklärungsaktionen bei Polizei und Justiz kommen, damit die
128 Exekutive und die Judikative angemessen auf die bestehende Problematik reagieren
129 können.

130

131 Deshalb fordern wir:

- 132 • Queere Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund
133 suchen sich prozentual seltener Hilfe oder Beratung: Hier müssen gezielte
134 Beratungs- und Hilfsangebote geschaffen und den Menschen leicht zugänglich
135 gemacht werden.
- 136 • Mehrsprachige Infobroschüren, Internetauftritte und Beratungsangebote für
137 queere Menschen.
- 138 • In Geflüchtetenunterkünften sollten Ansprechpartner*innen und Safespaces für
139 queere Menschen vorhanden sein. Alternativ oder zusätzlich sollten
140 Kooperationen zwischen Geflüchtetenunterkünften und externen
141 Beratungsstellen für queere Menschen geschlossen werden, die queeren
142 Geflüchteten mit Schutzräumen, Informationen und Beratung generell und bei
143 akuten Problemen zur Seite stehen.
- 144 • Mitarbeiter*innen und ehrenamtliche Helfer*innen in Geflüchtetenunterkünften
145 sollten auch für queere Themen sensibilisiert werden. Gegen Queerfeindlichkeit
146 muss in allen Lebensbereichen angegangen werden - auch in Unterkünften.
- 147 • In allen Unterkünften müssen umgehend Schutzkonzepte erarbeitet und
148 umgesetzt werden, die den Mindeststandards entsprechen
- 149 • Für queere Menschen mit Behinderungen braucht es spezifische
150 Beratungsangebote, die barrierefrei zugänglich sind. Inklusion muss hier auch
151 bei der Mitwirkung stattfinden: Auch queeren Menschen mit Behinderungen
152 sollte verstärkt ermöglicht werden, selbst eine beratende Rolle einzunehmen.
- 153 • Safespaces für queere Menschen generell barrierefrei (um)gestalten.
- 154 • Öffentliche Beratungs- und Hilfestellen, die sich insbesondere an queere
155 Jugendliche richten.
- 156 • Fortbildungen für Schulpersonal und Lehrkräfte, damit eine Sensibilisierung für
157 queere Themen stattfindet. Hierbei muss klar vermittelt werden, welchen

158 Problemen und Gefahren queere Menschen ausgesetzt sind oder sein können.
159 Weiterhin müssen Lehrkräfte und Schulpersonal erfahren, wie sie die Inhalte im
160 Unterricht weiter vermitteln können, wie sie hilfeschuchenden queeren
161 Jugendlichen helfen und gegebenenfalls auf Queerfeindlichkeit reagieren
162 können.

- 163 • Queerness gehört in den Lehrplan! All die vielen Facetten müssen sinnvoll in
164 den Lehrplan integriert und an die Jugend vermittelt werden. Die bislang dürftig
165 ausfallende Aufklärung muss so bald wie möglich umfangreich in den Schulen
166 stattfinden, damit auch die Schüler*innen sensibilisiert werden. Hierbei bietet es
167 sich an, fächerübergreifende Konzepte, Aktionen, Informationen und Beispiele
168 zu entwickeln.
- 169 • Fortbildungen und Sensibilisierung bei der Polizei. Auch die Polizei muss
170 adäquat über Queerness aufgeklärt werden. Sie muss in der Lage sein,
171 queerfeindliche Gewalt als solche zu erkennen und entsprechend angemessen
172 darauf zu reagieren.

173

174 **Queere Menschen dürfen in der Forschung nicht vergessen werden.**
175 **Heteronormative Muster müssen aufgebrochen werden!**

176 Analyse:

177 Heteronormativität bezeichnet die Ansicht, dass Heterosexualität die soziale Norm sei.
178 Diese Ansicht setzt voraus, dass es eine binäre Geschlechterordnung, also eine klare
179 Festlegung auf nur zwei Geschlechter, gibt, in welcher das anatomische/biologische
180 Geschlecht mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung
181 gleichgesetzt wird. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass eine heterosexuelle
182 Entwicklung zwischen Frauen und Männern der „natürliche“ Weg sei und während alle
183 anderen Formen der Sexualität als „unnormale“ abgetan werden. Dieses
184 heteronormative Denken begünstigt durch das beschriebene Gesellschaftsbild
185 eindeutig Homophobie und Queerfeindlichkeit in den Köpfen der Menschen und
186 spaltende, menschenfeindliche Tendenzen.

187 Für uns ist sehr klar, dass die heteronormativen Denkmuster aufgebrochen werden
188 müssen, um homo- und transphobe Tendenzen in unserer Gesellschaft keine falsche
189 Grundlage zu geben und queere Menschen vor Queerfeindlichkeit zu schützen.
190 Heteronormativität als Grundlage für Forschung an biologischen und

191 gesellschaftswissenschaftlichen Fragestellungen muss endlich ein Ende gesetzt
192 werden.

193

194 Deshalb fordern wir:

195 • Dass die Heteronormativität als Weltanschauung, die auf einer binären
196 Geschlechterordnung beruht und damit Homo- und Transfeindlichkeit und
197 andere menschenfeindliche Tendenzen verstärkt, entschieden bekämpft wird.

198 Dafür braucht es:

199 ○ Eine breit angelegte Aufklärung über Queer Studies und Queer-Theory,
200 die klar aufzeigen, weshalb Heteronormativität nicht zutrifft.

201 ○ Eine Prüfung von Inhalten auf Heteronormativität, die in der
202 Schullaufbahn, im Studium oder in verschiedenen Ausbildungsberufen
203 vermittelt werden und die entsprechende Korrektur dieser Inhalte.

204 ○ Breit angelegte Aufklärungskampagnen über Queerfeindlichkeit und
205 andere menschenfeindliche Ansichten sowie ihre Ursachen und Folgen,
206 die die Gesellschaft dafür sensibilisieren, welche Auswirkungen das
207 häufig noch immer praktizierte heteronormative Denken hat.

208 • Die finanzielle, personelle und infrastrukturelle Förderung von
209 Forschungsvorhaben zu Fragestellungen, die in einem biologischen oder
210 gesellschaftswissenschaftlichen Kontext heteronormative Denkweisen
211 widerlegen und Forschungsergebnisse, die hier schon existieren, noch
212 verstärken.

213

214 Begründung:

215 Für uns Jusos ist sehr klar, dass wir heteronormative Denkmuster und das Verständnis
216 einer binären Geschlechterordnung nicht nur entschieden ablehnen, sondern auch
217 wissen, dass diese Theorien wissenschaftlich nicht haltbar sind. Vielmehr ist durch die
218 Queer-Theory deutlich geworden, dass der durch heteronormatives Denken
219 vermittelte Zusammenhang von biologischem Geschlecht, sozialem Geschlecht und
220 sexuellem Begehren kritisch zu betrachten und zu untersuchen ist. Es wird also
221 richtigerweise mit der Vorstellung gebrochen, dass es eine binäre
222 Geschlechterordnung gibt, die nur aus Frauen und Männern besteht, dass jede*r, die
223 oder der nicht heterosexuell wäre, von einer Norm abweicht und dass ein

224 Zusammenhang zwischen anatomischem/biologischem Geschlecht mit
225 Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung besteht. Dieser
226 Weg muss gesamtgesellschaftlich weitergegangen werden.

227 Das Wissen, welches wir durch Queer Studies und Queer-Theory heute haben und die
228 daraus resultierende Kritik an der Heteronormativität, müssen in die Gesellschaft
229 getragen werden. Die vermittelten Bildungsinhalte in der Schule, dem Studium und in
230 der Ausbildung müssen kritisch auf heteronormative Inhalte geprüft werden.
231 Gleichzeitig muss mehr in solche Bereiche der Forschung investiert werden, die in der
232 Vergangenheit und in der Gegenwart eine heteronormative Prägung haben, um diese
233 Muster aufzubrechen und die Fortschritte in der Forschung zu bestärken, die schon
234 aktuell nachweisen, dass Heteronormativität nichts anderes als eine veraltete
235 Weltanschauung ist. Nur so kann dafür gesorgt werden, dass die Queerfeindlichkeit
236 und andere Formen der sozialen Menschenfeindlichkeit aus den Köpfen der Menschen
237 verschwinden und die in der Gesellschaft strukturell verankerte Diskriminierung
238 aufgebrochen wird.

239

240 **Queerfeindlichkeit ist auch historisch gewachsen. Wir brauchen eine**
241 **Aufarbeitung der Geschichte!**

242 Analyse:

243 Überall auf der Welt und auch in Deutschland sind zu viele queere Menschen noch
244 heute Hass, verbalen Angriffen und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Der Tod des 25-
245 jährigen Transmanns Malte in Munster im Jahr 2022, der durch die Verletzungen eines
246 queerfeindlichen Übergriffs verursacht wurde, hat uns auf dramatische Weise vor
247 Augen geführt, wozu Queerfeindlichkeit auch bei uns in Deutschland führen kann. In
248 den letzten Jahren wurde im politischen Kontext zwar einiges erreicht. Heute werden
249 queere Menschen nicht mehr kriminalisiert, die "Ehe für alle", die, wie wir wissen, nicht
250 für alle gilt, wurde 2017 im Bundestag beschlossen und auch das
251 Selbstbestimmungsgesetz soll bald das Transsexuellengesetz ablösen. Jeder dieser
252 Schritte, wenn in jedem einzelnen Fall deutlich zu spät gegangen, war und ist wichtig
253 für queere Menschen in Deutschland. Doch die seit Jahren steigenden
254 queerfeindlichen Straftaten, verdeutlichen die zunehmende Problematik und machen
255 eben auch deutlich, dass queere Menschen noch heute großen Gefahren ausgesetzt

256 sind. Alleine zwischen den Jahren 2019 und 2020 wurde ein Anstieg um bis zu 36 %
257 verzeichnet und die Dunkelziffer wird noch deutlich höher sein.

258 Dieser immer wieder auftretende queerfeindliche Hass, die physischen und
259 psychischen Übergriffe gegenüber queeren Menschen, verdeutlichen uns, dass die
260 vermeintlich toleranter werdende Gesellschaft uns nicht über die noch immer
261 strukturell verankerte Queerfeindlichkeit in der Gesellschaft hinwegtäuschen darf. Es
262 braucht daher eine noch klarer forcierte Aufarbeitung der Geschichte queerer
263 Menschen in Deutschland. Es muss dabei ein Augenmerk auf die Entwicklung des
264 Umgangs mit queeren Menschen in der Gesellschaft, die Aufarbeitung der
265 queerfeindlichen Kriminalisierung und die heute aus historischen Gegebenheiten
266 verbliebene Queerfeindlichkeit in der Gesellschaft gelegt werden.

267

268 Deshalb fordern wir:

- 269 • Die stärkere wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufarbeitung der Situation
270 queerer Menschen in der Zeit des Kaiserreichs, der Weimarer Republik,
271 während des Nationalsozialismus in Deutschland sowie in der Bundesrepublik
272 Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.
- 273 • Aus den gewonnenen Erkenntnissen der wissenschaftlichen Aufarbeitung muss
274 abgeleitet werden, welche historisch gewachsenen Strukturen der
275 Queerfeindlichkeit noch heute existieren. Das Aufbrechen dieser Strukturen
276 muss die Konsequenz dieser Prüfung sein.
- 277 • Den Ausbau staatlicher Finanzierung von Organisationen und Verbänden, die
278 die queere Geschichte in Deutschland aufarbeiten, die öffentliche Sichtbarkeit
279 von queeren Menschen fördern, die Problematik der Queerfeindlichkeit in das
280 gesellschaftliche Bewusstsein rücken und das Gedenken an die Opfer von
281 Queerfeindlichkeit aufrechterhalten.
- 282 • Die Schaffung von mehr öffentlichen Gedenkstätten und Plätzen, die Raum zum
283 Gedenken an queere Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus
284 verfolgt, interniert und ermordet wurden. Auch muss den Menschen gedacht
285 werden, die wegen ihrer Homosexualität auch in der Bundesrepublik noch bis
286 in das Jahr 1969 in der gleichen Form wie während der Nazizeit verurteilt
287 wurden

288 • Die Prüfung der deutschen Gesetze, die in vielen Fällen noch auf Fassungen
289 vergangener Jahrzehnte basieren, ob diese queerfeindliche
290 Rechtsgrundlagen 290 schaffen und die Korrektur dieser Inhalte. Diese Prüfung
291 muss zwingend durch 291 queere Organisationen, Verbände, etc. begleitet
292 werden, um die wirklichen 292 Expert*innen in diesem Bereich einzubinden.

293 •

294 Begründung:

295 Gesellschaftlich gewachsene Strukturen und Denkmuster sind, auch wenn wir auf
296 antifeministische, rassistische, ableistische und antisemitische Tendenzen in unserer
297 Gesellschaft blicken, historisch gewachsen und deshalb im Denken der Menschen
298 strukturell verankert. Auch für die Queerfeindlichkeit, die sich in den letzten Jahren
299 statistisch gesehen immer häufiger in verbalen Übergriffen und offener Gewalt
300 ausgedrückt hat, gilt dieser historische Ursprung.

301 Während die gesellschaftliche Stigmatisierung während der Zeit der Weimarer
302 Republik zumindest in den großen Städten wie Berlin etwas abgebaut werden konnte,
303 kam sie mit dem aufkommenden Faschismus in Deutschland mit voller Wucht zurück.
304 Durch die Nazis wurden queere Menschen unterdrückt, verfolgt, gefoltert, in
305 Konzentrationslagern festgehalten, ermordet und zwangssterilisiert. Durch den §175
306 wurden homosexuelle Männer verurteilt und galten, obwohl sie nach dem Sieg der
307 Alliierten 1945 ebenfalls in einer großen Zahl aus den Konzentrationslagern befreit
308 wurden, nicht als Opfer des Nationalsozialismus, sondern als Kriminelle. Diese Praxis
309 der Verurteilung Homosexueller wurde in der Bundesrepublik noch bis 1969 in der
310 gleichen Art und Weise wie zur Nazizeit fortgesetzt und in dieser Weise auch von der
311 Mehrheitsgesellschaft als richtig empfunden. Auch wenn der §175 auch in der
312 Bundesrepublik über die Jahre liberalisiert wurde, wurde die Homosexualität erst 1994
313 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

314 Anhand dieser Punkte wird sehr klar, dass die deutsche Geschichte von
315 queerfeindlichen Handlungen durchzogen ist. Viele dieser Denkmuster finden sich in
316 teilweise abgeschwächter Form noch immer in den Köpfen der Menschen und sorgen
317 für ein Fortbestehen der Queerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es so
318 wichtig, dass eine Aufarbeitung der Geschichte im Hinblick auf die Situation der
319 queeren Menschen forciert wird. Aus einer solchen gesellschaftlichen und
320 wissenschaftlichen Aufarbeitung müssen zwingend auch Schlüsse folgen, wie

321 queerfeindliche Strukturen und Denkmuster, die unsere Gesellschaft noch heute
322 prägen, aufgebrochen werden können. Gleichzeitig müssen noch deutlich mehr
323 Räume geschaffen werden, in denen Menschen sich mit der Geschichte queerer
324 Menschen auseinandersetzen können, in denen ein Gedenken an die Opfer von
325 Queerfeindlichkeit möglich ist und die mahnen, dass dieser schreckliche Umgang mit
326 queeren Menschen so nicht fortgesetzt werden kann. Staatliche Stellen müssen zur
327 finanziellen Ausstattung von Gedenkstätten zu diesem Zweck sowie von Verbänden
328 und Organisationen sorgen, die sich in diesem Kontext engagieren.

329

330 Weiterleitungen:

- 331 • Juso Bundeskongress
- 332 • Juso Landeskongress
- 333 • SPD-Bezirksparteitag

1 **A06: Seenotrettung ist kein Verbrechen! Für eine Geflüchtetenpolitik,**
2 **in der Humanität an erster Stelle steht**

3

4 Jedes Jahr setzen sich zehntausende Geflüchtete gefährlichen Fluchtrouten, meist
5 über das Mittelmeer, aus, da sie keine andere Möglichkeit mehr sehen. Bei diesen
6 Versuchen, an das europäische Festland zu gelangen, sind seit dem Jahr 2014 nach
7 offiziellen Zahlen über 21.000 Menschen ums Leben gekommen. Und trotz dieser
8 erschreckenden Zahlen wird die Seenotrettung immer mehr eingeschränkt, statt sie zu
9 unterstützen und fördern. Für uns ist klar: Unabhängig von der Herkunft, der Gründe
10 für die Überfahrt oder sonstiger Faktoren muss die Rettung von Menschenleben an
11 erster Stelle stehen. Erstes Kriterium darf nicht die berufliche Qualifikation von
12 Menschen sein und wie sie unsere Wirtschaft bereichern können, sondern ob sie Hilfe
13 benötigen, bspw. aufgrund von Verfolgung in ihrem Herkunftsland. Menschen vor dem
14 Ertrinken zu retten und ihnen eine sichere Überfahrt zu garantieren, muss oberste
15 Priorität haben. **Wir Jusos kämpfen für eine humane Geflüchtetenpolitik.**

16

17 Die Seenotrettung auf dem Mittelmeer wird aktuell fast ausschließlich von nicht
18 staatlichen Schiffen gewährleistet. Jedes Schiff, das auf Menschen in Seenot trifft, ist
19 nach internationalem Seerecht dazu verpflichtet, diese zu retten. Diese
20 Seenotrettungen sind dann aber eher zufällig und reichen bei weitem nicht aus. Daher
21 gibt es zunehmend Initiativen, die sich bewusst die Seenotrettung zur Aufgabe
22 machen. Diese Initiativen haben jedoch oft mit restriktiven Maßnahmen und
23 Kriminalisierung zu kämpfen und werden dadurch an ihrer Arbeit gehindert. Und das
24 obwohl es aktuell keine europäischen und kaum staatliche Strukturen gibt, die diese
25 Arbeit selbst leisten können.

26 Auf europäischer Ebene gibt es keine Operationen zur Seenotrettung mehr, seit sich
27 die Mitgliedstaaten nicht über die Verteilung der geretteten Geflüchteten einigen
28 konnten. Frontex, die europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache, nimmt keine
29 Rettungsmaßnahmen vor, sondern hindert Geflüchtete daran, das europäische
30 Festland zu erreichen. Sogenannte Push-Backs, also illegale Zurückweisung von
31 Geflüchteten, sind bei Frontex kein Einzelfall. Europäische Strukturen arbeiten also
32 aktuell nicht für das Retten von Geflüchteten, sondern verschärfen die Situation.

33

34 **Um den Menschen auf der Flucht zu helfen, braucht es sichere Fluchtrouten!** Wir
35 müssen das Sterben auf dem Mittelmeer um jeden Preis beenden. Es kann nicht sein,
36 dass die einzige Möglichkeit, nach Europa zu kommen, ist, das eigene Leben aufs
37 Spiel zu setzen. Auch Geflüchtete, bei denen ein offensichtlicher Asylgrund besteht,
38 sind gezwungen, lebensgefährliche Routen auf sich zu nehmen. Unter der aktuellen
39 Praxis leiden dadurch besonders FINTA und andere unterdrückte gesellschaftliche
40 Gruppen.

41

42 Wir sind allen (ehrenamtlichen) Helfer*innen von NGOs wie Seawatch, die regelmäßig
43 Menschen auf der Flucht das Leben retten, mit tiefster Dankbarkeit verbunden. Es ist
44 eine Schande, dass diese Arbeit kriminalisiert wird. Wir verurteilen daher die Versuche
45 des Bundesverkehrsministeriums, per Verordnung die private Seenotrettung mit
46 deutschen Schiffen einzuschränken, zutiefst. Diese Pläne müssen schnellstmöglich
47 gestoppt werden.

48

49 Gleichzeitig müssen wir klar machen, dass das Retten von Menschenleben keine
50 ausschließliche Aufgabe von NGOs oder spendenbasierten privaten
51 Rettungsmissionen sein darf. Wir müssen vor Allem die staatliche Seenotrettung auf
52 dem Mittelmeer massiv ausbauen. Es braucht eine europäische Behörde, die von
53 offizieller Seite aus dafür zuständig ist, im Mittelmeer zu patrouillieren, Rettungsschiffe
54 zu betreiben und die Menschen sicher an Land zu bringen, um damit das geltende
55 Seerecht umzusetzen und sicherzustellen. Ziel muss eine gemeinsam koordinierte
56 europäische Seenotrettung sein. Eine wichtige Rolle spielen dabei die

57 Erstaufnahmeländer. Inhumane Abschottungsgesetze wie von der postfaschistischen
58 italienischen Regierung müssen in aller Deutlichkeit angeprangert und bekämpft
59 werden. Von Erstaufnahmeländern wie Italien oder der Türkei mehr Humanität zu
60 erwarten, muss eine gesamteuropäische Erwartungshaltung sein.
61 Erstaufnahmeländer sind in der Pflicht, sichere Häfen bereit- und zur Verfügung zu
62 stellen, humanitäre Versorgung und Erstunterbringung zu gewährleisten und ihren
63 Anteil an einem geordneten und fairen Asylverfahren zu leisten.

64

65 Die Schaffung von sicheren Fluchtrouten bleibt aber eine gesamteuropäische
66 Aufgabe. Dazu ist die Solidarität von Ländern, die keine typischen Erstaufnahmeländer
67 sind (insbesondere Deutschland) mit den Erstaufnahmeländern eine zwingende
68 Voraussetzung. Dazu gehören neben finanzieller, struktureller und personeller
69 Unterstützung aber auch solidarische Verteilungsmechanismen unter den EU-
70 Mitgliedstaaten, die eine faire Verteilung der Geflüchteten sicherstellen. Zusammen
71 müssen wir alles in unserer Macht stehende dafür tun, dass das Elend an den
72 europäischen Außengrenzen beendet wird. Zustände wie in dem Lager Moria darf es
73 nie wieder geben. **Wir wollen keine "Festung Europa", sondern eine "Brücke
74 Europa" - hin zu mehr Menschlichkeit.**

75

76 Jeder Mensch sollte Anspruch haben auf ein geordnetes und faires Asylverfahren! Das
77 ist ein Grundrecht. Die Vorschläge der CDU/CSU, welche die Genfer
78 Flüchtlingskonvention und diese Grundrechte in Frage stellen, machen uns
79 fassungslos. Wir verurteilen die menschenverachtende Forderung, Menschen auf der
80 Flucht zur Abschreckung anderer ertrinken zu lassen, aufs Schärfste. Diese Annahme
81 des "Pull Faktors" ist mehrmals wissenschaftlich widerlegt, bessere Seenotrettung
82 führt eben nicht zu mehr Migration! Mehr Schiffe bedeuten nicht mehr Boote, aber
83 weniger Schiffe bedeuten mehr Tote. Was bei dieser Logik zudem meistens vergessen
84 wird, ist die Dringlichkeit, mit der wir Migration brauchen- zur Bewältigung des
85 demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und nicht zuletzt um neue
86 Perspektiven und Kulturen für Europa zu gewinnen.

87

88 Wir werden deshalb nicht müde zu betonen: **We need a #safepassage! Denn kein**
89 **Mensch ist illegal.** Dazu fordern wir konkret:

90

- 91 ● Schaffung von legalen und sicheren Fluchtwegen
- 92 ● Eine Geflüchtetenpolitik, die die Menschenwürde und die Menschlichkeit als
93 erste Priorität sieht
- 94 ● Entkriminalisierung von ziviler Seenotrettung in Deutschland und damit den
95 sofortigen Stopp von jeglichen Verordnungen des BMDVs mit dem Ziel, die
96 zivile Seenotrettung zu behindern. Auch gegenüber den anderen EU-
97 Mitgliedstaaten muss die deutsche Bundesregierung die dortigen
98 unmenschlichen Gesetze klar anprangern
- 99 ● Gleichzeitig mehr Solidarität Deutschlands und anderen
100 Nicht-Erstaufnahmeländern mit den Erstaufnahmeländern wie Italien,
101 Griechenland, Spanien oder Malta.“ durch “Gleichzeitig mehr Solidarität
102 Deutschlands und anderen Nicht-Erstaufnahmeländern mit den
103 Erstaufnahmeländern wie Italien, Griechenland, Spanien oder Malta, mit dem
104 Ziel einer humaneren Geflüchtetenpolitik
- 105 ● Solidarische Verteilungsmechanismen unter den EU-Mitgliedsstaaten. Ein
106 solidarischer Verteilungsschlüssel muss auch gegen den Widerstand von
107 Ländern wie Ungarn und Polen vorangetrieben werden. Damit geht eine Reform
108 des überholten Dublin-Systems einher
- 109 ● Die Schaffung einer EU-Seenotrettungsbehörde mit eigenen Rettungsschiffen
110 inkl. Fachpersonal, welche für eine gemeinsame europäisch koordinierte
111 Seenotrettung sorgt
- 112 ● Die Unterstützung und Finanzierung der sogenannten libyschen Küstenwache
113 unverzüglich einzustellen. Dazu gehören auch die sogenannten “Fortbildungs-,
114 Beratungs- und Beschaffungsleistungen” der deutschen Bundespolizei
- 115 ● EU-Missionen im Mittelmeer wie IRINI mit einem Mandat zur Seenotrettung
116 auszustatten

- 117 • Die Aktivierung des EU-Krisenreaktionsmechanismus (IPCR). Deutschland
118 muss hierzu darauf drängen, das Sterben im Mittelmeer als “Krise” zu
119 definieren, um eine schnellere und koordinierte Entscheidungsfindung der EU
120 zu ermöglichen
- 121 • Die Auflösung von Frontex und eine klare strafrechtliche Aufarbeitung ihrer
122 Verbrechen
- 123 • Die grundsätzliche Sicherstellung von geordneten und fairen Asylverfahren für
124 alle Menschen
- 125 • Mehr Unterstützung des Bundes für Kommunen bei der Unterbringung und
126 Versorgung muss ausgebaut werden- Kommunen dürfen hier nicht im Stich
127 gelassen werden!
- 128 • Die Einstellung jeglicher Zusammenarbeit mit dem International Centre for
129 Migration Policy Development (CMPD)

130

131

132 Weiterleitungen:

- 133 • Juso-Bundeskongress

1 **A07: Antrag: Leaderregionen reformieren!**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern, die Zweckbindungsfristen von Leaderförderungen abzuschaffen und
5 Kooperationen mit anderen Förderprogrammen zu ermöglichen.

6

7 Begründung:

8 Für die ländlichen Regionen existiert von der EU das Leader Förderprogramm. Dazu
9 schließen sich Kommunen und Städte zu einzelnen Leaderregionen und
10 Aktionsgruppen (LAG´s) zusammen. Für den Juso UB Cuxhaven bilden zum Beispiel
11 Geestland, die Wurster Nordseeküste und Teile der Stadt Cuxhaven die Leaderregion
12 Wesermünde-Nord. Ziel ist nicht nur die Zusammenarbeit der Kommunen zu stärken,
13 sondern auch finanzielle Mittel zur Förderung der Wirtschaft oder des Tourismus im
14 ländlichen Raum bereitzustellen. Die Projekte sollen dabei möglichst innovativ sein.

15 Problem ist nur der Umfang und der Verwaltungsaufwand für Leaderförderungen oft in
16 keinem Verhältnis zum (finanziellen) Ertrag stehen. Die Regionen müssen sich für die
17 Aufnahme ins Förderprogramm aktiv bewerben. Fördergeber ist dann das
18 niedersächsische Landwirtschaftsministerium. Dann müssen unter Bürgerbeteiligung
19 und internen Lenkungsgruppen regionale Entwicklungskonzepte über 5 Jahre erstellt
20 werden. Dazu werden externe Planungsbüros beauftragt ein Konzept samt SWOT
21 Analyse zu erstellen und vorzustellen. Zuerst in der Lenkungsgruppe, dann der
22 Öffentlichkeit die beteiligt werden muss und dann wieder in der kleinen
23 Lenkungsgruppe. Auch Vertreter*innen aus der Kommunalpolitik werden zu diesen
24 Veranstaltungen mit eingeladen. Die aktive Bürgerbeteiligung zeigt sich dabei häufig

25 sehr ausbaufähig. Jede Leaderregion braucht anschließend auch einen
26 Geschäftsführer und eine Geschäftsstelle.

27 Gerade die Öffentlichkeitsbeteiligung wäre dabei sehr sinnvoll wenn mehr
28 Bürger*innen diese Möglichkeit aktiv nutzen würden und sich mit einbringen. Hier ist
29 möglicherweise mehr Werbung für Leader und die Beteiligungsveranstaltungen
30 notwendig. Das eigentliche Problem sind nur die Mittel die am Ende zur Verfügung
31 stehen: Bei uns Ca. 2,1 Mio. Euro über 5 Jahre für 3 Kommunen. Das ist am Ende
32 nicht grade viel Geld für an sich sinnvolle Dinge. Die Folge sind dann häufig eher
33 kleinere Förderungen. Durch die EU Förderung entstehen aber auch
34 Zweckbindungsfristen. Das heißt mit den Projekten darf über einen festgelegten
35 Zeitraum nichts anderes passieren. Dies verhindert oft spontane neue Projekte die
36 manchmal sinnhafter sein könnten wie beispielsweise den Ausbau von
37 Windkraftanlagen, wenn vor Jahren dort mal eine Hundewiese über Leader gefördert
38 wurde. Zudem sind Leaderförderungen nicht mit anderen Landes-oder EU
39 Förderprogrammen kombinierbar. Bis vor kurzem galt dies auch für
40 Bundesfördermittel-dieser Passus ist zum Glück bereits Geschichte.

41 Leader ist somit trotzdem ein unflexibles Förderprogramm in einer Zeit die sich agil
42 entwickelt. Wir fordern daher die Zweckbindungsfristen aufzuheben, den
43 Verwaltungsaufwand zur Erstellung der regionalen Entwicklungskonzepte zu
44 verschlanken und den Kern von Leader weiter in den Mittelpunkt zu rücken:
45 Gemeinsam ländliche Regionen zu entwickeln. Dafür braucht es am Ende aber
46 weniger kleine und oftmals mehr größere Projekte für die Leadermittel dann aber nicht
47 reichen sodass wieder die Mittel für oftmals fragwürdigere Projekte genutzt werden.
48 Eine Kombination mit anderen Landes-und Bundesfördermitteln würde da mehr Sinn
49 ergeben.

50

51 Weiterleitungen:

- 52 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen
- 53 • Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen
- 54 • Juso-Bundeskongress
- 55 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen

- 56 • Landesparteitag der SPD Niedersachsen
- 57 • SPD-Bundesparteitag

1 **A08: ÖPNV- „Nachtlücke“ schließen!**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern, dass die nächtliche Taktung der NWB RS2 verlängert wird.

5

6 Begründung:

7 Die NWB RS2 zwischen Bremerhaven-Lehe und Twistringen stellt für viele Menschen
8 unserer Region die Hauptverbindung zwischen Heimat und der Stadt Bremen dar.
9 Viele Pendler*innen und Student*innen sind auf diesen Zug angewiesen, um die Früh-
10 /Nachtschicht zu erreichen, oder mit Kolleg*innen und Kommiliton*innen aus Bremen
11 in den sozialen Austausch zu gehen.

12 Unter der Woche verlässt aktuell der letzte Zug um 00:12 Uhr den Bremer
13 Hauptbahnhof. Der nächste Zug fährt erst wieder um 05:40 Uhr in Richtung
14 Bremerhaven. Am Wochenende fährt der letzte Zug um 02:12 Uhr, bevor um 06:40
15 Uhr wieder ein RS2 Richtung Bremerhaven steuert. So entsteht unter der Woche eine
16 ÖPNV-„Nachtlücke“ zwischen Bremen und Bremerhaven von fünfeinhalb Stunden, am
17 Wochenende viereinhalb Stunden. Wir fordern, dass diese „Nachtlücke“ geschlossen
18 wird!

19 Ein erster Schritt wäre die Verlängerung der Taktung, sodass unter der Woche der
20 letzte Zug um 02:12 Uhr und der Erste Zug um 04:40 Uhr den Bremer Hauptbahnhof
21 in Richtung Bremerhaven verlässt. Am Wochenende würde der letzte Zug um 03:12
22 Uhr und der Erste um 05:40 Uhr fahren. Dies würde die ÖPNV „Nachtlücke“ unter der
23 Woche, sowie am Wochenende, auf zweieinhalb Stunden verkürzen.

24 Eine solche Ausweitung des Angebots würde nicht bloß den Pendler*innen und
25 Student*innen entgegenkommen, sondern gleichzeitig das Wohnen im ländlichen
26 Raum attraktiver machen. Dadurch entfällt die Notwendigkeit, in die Stadt zu ziehen,
27 um die Früh-/Nachtschicht zu erreichen oder am Bremer Nachtleben teilzunehmen.
28 Erreicht werden soll die Schließung der „Nachtlücke“ unter anderem durch eine
29 gemeinsame Kampagne der Jusos Niedersachsen mit den Jusos Bremen.
30 Perspektivisch sollen für alle Zugverbindungen in Niedersachsen die „Nachtlücken“
31 geschlossen werden.

32

33 Weiterleitungen:

- 34 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen
- 35 • Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen
- 36 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen
- 37 • Landesparteitag der SPD Niedersachsen

1 **A09: Rekommunalisierung des ÖPNV**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern. ÖPNV durch Rekommunalisierung zum Teil öffentlicher Daseinsvorsorge
5 zu machen.“ durch: “Wir fordern, den ÖPNV durch Rekommunalisierung oder
6 Resozialisierung wieder zum Teil öffentlicher Daseinsvorsorge zu machen

7

8 Begründung:

9 Eine für jeden und jede zugängliche Mobilität ist eine essenzielle Bedingung für
10 gesellschaftliche Teilhabe. Jedoch ist diese gerade im ländlichen Raum auf das Auto
11 beschränkt. Buslinien oder andere öffentliche Verkehrsangebote gibt es hier, außer
12 dem Schüler*innen-Transport, kaum welche, doch dabei lässt sich in der ländlichen
13 Bevölkerung, bei jungen aber auch gerade bei älteren Menschen, ein immer stärkeres
14 Bedürfnis nach einer guten und bezahlbaren Alternative zum Auto erkennen.

15 Um gerade Menschen, die aufgrund ihres Alters oder anderen körperlichen
16 Umständen nicht in der Lage sind, mit dem PKW am Straßenverkehr teilzunehmen,
17 ein würdevolles Leben mit gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen, wäre es von
18 enormer Bedeutung, ein ÖPNV-Angebot zur Verfügung zu stellen, dass für alle
19 Menschen bezahlbar und an jedem Ort zugänglich ist. Darüber herrscht auch
20 politischer sowie gesellschaftlicher Konsens. Die Umsetzung dessen scheitert aber
21 immer wieder an der fehlenden Rentabilität vieler ÖPNV-Projekte im ländlichen Raum.
22 Durch eine immer stetigere Kapitalisierung des ÖPNVs durch Privatisierung dessen,
23 wurden, zum Zweck von Gewinnmaximierung, die Fahrpreise in den letzten Jahren
24 immer weiter erhöht. Beispielsweise sind auch in urbanisierten Gegenden die Preise

25 zu hoch, so kostet eine Wochenkarte für den Cuxhavener Stadtkern aktuell 21,40 €, in
26 jedem Fall zu hoch, um den ÖPNV als dauerhaft bezahlbare Möglichkeit der Mobilität
27 für die Bürger*innen aus allen Gesellschaftsschichten darzustellen. Auch wurden
28 Buslinien und Bahnstrecken aufgrund von fehlender Rentabilität stillgelegt. Dadurch
29 haben die Autoverkehre weiter zugenommen, sowie der damit einhergehende
30 Straßenbau, was zu erheblichen Klima- und Umweltschäden geführt hat und immer
31 noch führt.

32 Um eine Verkehrswende, die allen Menschen autounabhängig Teilhabe am
33 gesellschaftlichen Leben ermöglicht, im urbanen, aber gerade auch im ländlichen
34 Raum, zu gestalten, ist eine Durchbrechung der kapitalistischen bzw. die auf
35 Rentabilität ausgerichtete Logik im ÖPNV notwendig. Notwendig deshalb, da dieser
36 kapitalistische Blickwinkel auf den ÖPNV zu Preiserhöhungen und teilweise Abbau
37 dessen geführt hat, was bei Notwendigkeit der Verkehrswende aus Klima- und
38 Umweltgesichtspunkten, sowie aus dem gesellschaftlichen Blickwinkel absolut
39 kontraproduktiv ist.

40 Die Rekommunalisierung des ÖPNV ist das zentrale Mittel, um ihn von wirtschaftlichen
41 Überlegungen unabhängig zu machen, da die Kommune im Gegensatz zu
42 privatwirtschaftlichen Unternehmen nicht zwingend auf eine Rentabilität des ÖPNV-
43 Angebots angewiesen ist. Somit stünde einer großflächigen Ausweitung des ÖPNV-
44 Angebotes, zur Verbesserung der Lebensqualität vieler Menschen, sowie der
45 Verringerung von emissionsbedingten Klimaschäden, kaum etwas mehr im Wege, weil
46 die zentrale Hürde der vielerorts fehlenden Rentabilität genommen werden würde.
47 Durch die Rekommunalisierung würde der ÖPNV von einem Mittel zu privater
48 Gewinnmaximierung zu einem Teil von öffentlicher Daseinsvorsorge werden, der für
49 jeden und jede bezahlbar und von allen Orten aus zugänglich ist.

50 Außerdem ist die Schaffung eines günstigen und für jeden und jede erreichbaren
51 ÖPNV-Angebot als sozialpolitische Pflicht anzusehen, da, auch durch den ab 2027
52 geplanten Zertifikate-Handel für den Straßenverkehr, die Preise für das Autofahren
53 allmählich bzw. weiter steigen werden. Deshalb muss durch Rekommunalisierung des
54 ÖPNV ein Angebot geschaffen werden, was für jede und jeden unabhängig von
55 Einkommen und Wohnort zugänglich ist. Klimafreundliche Mobilität darf nämlich weder

56 eine Frage des Einkommens sein noch privatwirtschaftlichen Überlegungen
57 unterliegen.

58 Konkret umsetzen ließe sich ein derartiges Vorhaben, indem beispielsweise die
59 Kommunen seitens des Bundes mehr finanzielle Handlungsspielräume bekommen,
60 um ein eigenes ÖPNV-Angebot anzubieten, durch beispielsweise das Errichten von
61 Buslinien, oder die teilweise Übernahme von regionalen, privatwirtschaftlichen
62 Verkehrsunternehmen.

63 Zudem kann eine Ausweitung der Finanzmittel im Regionalisierungsgesetz und auch
64 im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Betracht gezogen werden, sowie eine
65 Änderung der Gesetze dahingehend, dass die Mittel daraus auch für den Aufkauf
66 privater Verkehrsinfrastruktur seitens der Kommunen verwendet werden können. Das
67 Finanzvolumen des Regionalisierungsgesetzes lag im Jahr 2022 bei 9.4 Mrd.€ mit
68 einer jährlichen Steigerung von 1.8%. Die Mittel des
69 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes liegen aktuell bei 1 Mrd.€ pro Jahr, auch ist
70 im Moment geplant, dass die Mittel, die dieses Gesetz bereitstellt, ab 2025 bei 2 Mrd.€
71 liegen sollen, sowie ab 2026 dann jährlich auch um 1,8% erhöht werden sollen. Dieses
72 ist aber in Betracht Ziehung eines aktuellen Bundeshaushaltes von 476 Mrd.€ plus die
73 Möglichkeiten der Neuverschuldung sowie der Bedeutung eines gut ausgebauten und
74 bezahlbaren ÖPNVs für den Klimaschutz zu wenig, auch deshalb, da im Zuge einer
75 notwendigen Rekommunalisierung des ÖPNVs die Kosten für die Kommunen für
76 ebendiesen steigen dürften. Jedoch darf eine für alle bezahlbare, klimafreundliche
77 Mobilität weder wirtschaftlichen Überlegungen noch einer neoliberalen Sparpolitik
78 unterliegen.

79

80 Weiterleitungen:

- 81 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen
- 82 • Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen
- 83 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen
- 84 • Landesparteitag der SPD Niedersachsen
- 85 • SPD-Bundesparteitag

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A10: Angriffen auf Schiedsrichter*innen entgegentreten**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern den Aufbau einer zentralen Einrichtung auf Landesebene für
5 Sportverbände, um Angriffe auf Schiedsrichter*innen konsequenter zu verfolgen. Es
6 braucht zudem klare, verständliche und einheitliche Regelungen, die vorschreiben,
7 wann Spiele abubrechen sind, um den Schiedsrichter*innen konkrete Hilfestellungen
8 an die Hand zu geben. Strafen für Tötlichkeiten gegen Schiedsrichter*innen müssen
9 dringend konsequenter durchgesetzt und verschärft werden. Darüber hinaus fordern
10 wir gesetzliche Regelungen, welche unter Einbezug dieser zentralen Einrichtung
11 ausgearbeitet werden. Den Vereinen muss mit gesetzlichen Regelungen der Rücken
12 gestärkt werden, um Täter*innen adhoc und für längere Zeit von den Sportplätzen
13 ausschließen zu können. Wir schließen uns außerdem der Forderung der „IG
14 Schiedsrichter“ an, den Kommunen satzungsmäßige Betretungsverbote für
15 Krawallmacher an die Hand zu geben, mit der Möglichkeit, diese eigenständig
16 umzusetzen. Wir solidarisieren uns mit allen Schiedsrichter*innen, die Opfer von
17 Gewalt oder sonstigen Übergriffen geworden sind. Wir fordern den DFB als
18 Dachverband auf, beim Schutz der Schiedsrichter*innen endlich aktiver zu werden und
19 für eine schärfere verbandsinterne Gerichtsbarkeit sorgen.

20

21 Begründung:

22 Seit Jahren nimmt die Gewalt im Amateur*innenfußball und insbesondere gegen
23 Schiedsrichter*innen zu. Oft handelt es sich bei den problematischen Spieler*innen
24 und Zuschauer*innen um die gleichen Personen - einer kleinen Gruppe regional

25 bekannter Krawallmacher*innen, die jedes Wochenende für Unruhe sorgen. Ihre
26 verbalen und körperlichen Angriffe auf Schiedsrichter*innen werden aber nur selten
27 verfolgt. Ehrenamtliche Schiedsrichter*innen wählen verständlicherweise meist lieber
28 den für sie einfacheren Weg und geben ihr geliebtes Hobby auf, statt mit Anzeigen
29 einen aufwändigen Rechtsweg einzuschlagen. Vor allem jüngere Schiedsrichter*innen
30 entscheiden sich nach Angriffen oft gegen ihr Ehrenamt, sodass es vor allem an
31 Nachwuchs fehlt. In dessen Folge müssen Fußballspiele teilweise abgesagt werden,
32 weil es zu wenig Schiedsrichter*innen gibt.

33 Ein strukturelles Problem besteht in der fehlenden Aufnahme und Verfolgung von
34 Vergehen gegen Schiedsrichter*innen. Wenn ich im Straßenverkehr die Regeln
35 missachte, werden meine Daten aufgenommen und ich werde entsprechend
36 sanktioniert. Dafür werden meine Daten und Vergehen zentral im Kraftfahrt-
37 Bundesamt in Flensburg gesammelt. Genau so eine zentrale Stelle, bei der die
38 Vergehen von Krawallmacher*innen gesammelt und geordnet sanktioniert werden,
39 fehlt im Amateurfußball. Die ehrenamtlichen Fußballverbände sehen sich
40 verständlicherweise nicht imstande, eine solche Stelle in ihrer Freizeit zu errichten.
41 Hier muss die Politik nachhelfen und entsprechende Strukturen schaffen.

42

43 Weiterleitungen:

- 44 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen
- 45 • Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen
- 46 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen
- 47 • Landesparteitag der SPD Niedersachsen

1 **A11: Zurück auf die Schiene**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern die Reaktivierung des Schienenpersonenverkehrs auf der Strecke
5 zwischen Bremen und Bremervörde.

6

7 Begründung:

8 Will man zurzeit aus der Region Bremervörde in die Stadt Bremen, ist man entweder
9 auf ein Auto angewiesen oder muss lange Busfahrten in Kauf nehmen. Dabei
10 existieren hier noch Bahngleise die für eine Anbindung mit einer regionalen
11 Zugverbindung genutzt werden könnten.

12 Auf dem 46km langen Streckenabschnitt zwischen Bremervörde und Osterholz-
13 Scharmbeck liegen Gleise, welche bereits in der Vergangenheit als
14 Verkehrsverbindung für Personennahverkehr genutzt wurden, aber seit geraumer Zeit
15 nur noch für den Güterverkehr benutzt werden. Die Konzentration auf den Ausbau des
16 Straßenverkehrs und damit dem Auto ließ die Bedeutung des Bahnverkehrs deutlich
17 sinken. Für den Personenverkehr wird die Strecke aktuell nur an Wochenenden und
18 Feiertagen von der Museumsbahn "Moorexpress" befahren. Die an der Strecke
19 liegenden Ortschaften haben daher seit der Stilllegung keine aktive Bahnanbindung
20 mehr untereinander und auch keine Anbindung über Osterholz-Scharmbeck an die
21 Hansestadt Bremen, in welche täglich etwa 25 % der Arbeitnehmer*innen der Region
22 pendeln. Bei Reaktivierung und Ausbau der Strecke könnten die Züge bei
23 durchschnittlich 60 km/h in 85 Minuten von Bremervörde nach Bremen fahren.

24 Gefordert wird die Einrichtung einer regelmäßigen Zugverbindung von Bremervörde
25 und über alle Zwischenstationen bis zum Bremer Hauptbahnhof, um vor allem die
26 Zielgruppe der Pendler*innen zu erreichen und eine Alternative zur Fahrt mit dem Auto
27 anbieten zu können. Damit würde die Region besser mit dem ÖPNV angebunden
28 werden und sie damit auch als Wohnort attraktiver. Und auch wegen der aktuellen
29 Verkehrswende und damit auch aus Klimaschutzgründen ist eine Reaktivierung dieser
30 Verbindung ebenfalls nur sinnvoll und konsequent.

31 Hierfür werden Investitionen in Bahngleise, Bahnübergänge, Bahnsteige,
32 Signaltechnik und natürlich auch Lärmschutz notwendig. Bei den aktuellen
33 Entwicklungen und Diskussionen rund um die Verminderung der Strecken mit dem
34 Auto und einer Förderung der Strecken mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV ist eine
35 Reaktivierung von vorhandenen Streckenabschnitten eine nur logische Konsequenz.

36 Eine Erhöhung der Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und damit eine
37 Verbesserung seiner Attraktivität ist ebenfalls ein Ziel des aktuellen Programms der
38 Bundesregierung. Viel zu oft werden hier die ländlichen Regionen in Bezug auf den
39 ÖPNV vernachlässigt obwohl hier ein großes Potenzial für eine Weiterentwicklung der
40 Mobilität besteht, vor allem weil an vielen Orten noch solche stillgelegten Abschnitte
41 existieren. Mit einer erneuten Bahnverbindung zwischen Bremervörde und Bremen
42 haben wir die Chance einen großen Teil unserer Region.

1 **A12: Öffentliche Solaroffensive**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern eine Photovoltaikanlage auf allen öffentlichen Bestandsgebäuden in
5 Niedersachsen, bei denen dies bautechnisch und im Einklang mit dem Denkmalschutz
6 möglich ist und eine Nutzung energieeffizient und wirtschaftlich sinnvoll ist.

7

8 Begründung:

9 Die Rot-Grüne Landesregierung will bis 2040 den Energiebedarf in Niedersachsen zu
10 100% aus regenerativen Energien decken, bis 2035 will Niedersachsen Klimaneutral
11 sein. Dazu werden 0,5% der Landesfläche für Flächenphotovoltaik und Agri-PV
12 ausgewiesen. 2035 sollen in Niedersachsen 65 GW an Strom durch Photovoltaik
13 erzeugt werden-aktuell sind es grade mal 5,1 Gigawatt. Die Spanne ist also gigantisch
14 und ein riesiger Ausbau notwendig!

15 Öffentliche Neubauten haben ab 2024 eine Photovoltaik Pflicht. Aber was ist mit den
16 Bestandsgebäuden? Diese Flächen sind bereits versiegelt und könnten genutzt
17 werden um Strom zu erzeugen. Auch wenn in seltenen Fällen Denkmalschutz oder
18 ähnliches ein legitimer Grund gegen Photovoltaik sein mag-bevor wir Fläche in der
19 Landschaft versiegeln sollten wir zuerst unsere eigenen Gebäude energetisch
20 sanieren und vor allem mit Photovoltaik ausstatten. Dies gilt für alle Gebäude in der
21 Hand von Kommunen, Kreisen und des Landes Niedersachsen. Nicht nur das so ein
22 aktiver Beitrag zur Energiesicherheit und zum Klimaschutz geleistet wird-auch würde
23 die öffentliche Hand mit gutem Beispiel voran gehen und private Haushalte ermutigen
24 gleiche Schritte zu gehen.

25 Wer wenn nicht Wir selbst sollte die Energiewende aktiv vorantragen? Finanziell
26 stellen die Anlagen aber trotz steigender Energiepreise für die Kommunen einen
27 großen Investitionsaufwand auf mal da. Daher ist hier das Land Niedersachsen
28 gefordert finanzielle Hilfe zu leisten und finanziell schwächeren Kommunen zu
29 unterstützen. Langfristig werden Photovoltaikanlagen ein Segen für den
30 Finanzhaushalt der Kommunen sein da diese Autarker von steigenden Energiepreisen
31 sein werden.

32 Auch Beteiligungen an Bürger*innen-windparks sind dabei natürlich zusätzlich
33 wünschenswert.

34

35 Weiterleitungen:

- 36 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen
- 37 • Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen
- 38 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen
- 39 • Landesparteitag der SPD Niedersachsen

1 **A13: Sport gehört den Menschen**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern, dass Sport öffentlich-rechtlich übertragen werden muss.

5

6 Begründung:

7 Der Sport lebt von den Menschen, also sollten sie auch Zugang zu ihm haben. In der
8 Realität wird aber vielen Menschen die Chance, ihre Vereine und Idole im Fernsehen
9 zu verfolgen, genommen. Teure Abodienste wie Amazon Prime, Sky Sport und DAZN
10 lassen grüßen.

11 Beispiel: Will man alle Spiele der 1. Männer-Fußball-Bundesliga eines Wochenendes
12 sehen, braucht man aktuell zwei Abos und 38,99,- Euro monatlich. Für den
13 beliebtesten Sport des Landes mit Millionen von Anhänger*innen ist das definitiv zu
14 viel. Vielen Menschen wird der Zugang zum Sport durch solche kapitalistischen
15 Strukturen schlichtweg genommen. Es braucht einen kostengünstigen Zugang für alle
16 Menschen zum Sport.

17 Eine Umstrukturierung der öffentlich-rechtlichen Senderstruktur in Deutschland wird
18 seit langem diskutiert. Offensichtliche Fälle von Amtsmissbrauch insbesondere
19 innerhalb der ARD machen diese Umstrukturierung auch nötig. Jedoch darf diese
20 Umstrukturierung keineswegs, wie z.B. oft von der FDP gefordert, zur Verkleinerung
21 oder gar Abschaffung der wertvollen öffentlich-rechtlichen Senderstruktur führen.
22 Vielmehr muss kritisch geprüft werden, welche Strukturen noch zeitgemäß sind und
23 welche ggf. durch neue Anreize ersetzt werden können.

24 Ein solcher Anreiz könnte der Ausbau des öffentlich-rechtlichen Sportangebots sein.
25 Die Beliebtheit von Sportübertragungen könnte dann auch die Akzeptanz des
26 gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunks wieder steigern. Bei zeitlichen
27 Überschneidungen von Sportevents könnten in der Mediathek
28 Mehrfachübertragungen angeboten werden. Damit einher ginge sowohl eine gesunde
29 Begeisterung für Sport durch alle Gesellschaftsschichten, eine höhere Akzeptanz für
30 den viel kritisierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie ein Aufbrechen
31 kapitalistischer Strukturen in Sportübertragungen.

32 Aktuell kosten die Lizenzen für die Übertragung aller Spiele der 1. Fußball-Bundesliga
33 insgesamt pro Saison rund 1,1 Milliarde Euro. Durch vielfach kostengünstigere
34 Lizenzrechte anderer Sportarten sowie den Aufbau von Übertragungs-Infrastruktur
35 sollte diese Summe nur noch ein wenig steigen. Bei einem Bundeshaushalt 2023 von
36 rund 476 Milliarden Euro sollten entsprechende Gelder eingesetzt werden können. Um
37 nicht in einen überbezahlten Bietwettbewerb mit privaten Sendern einzusteigen, soll
38 aber schon vorher mit der lizenzvergebenden Deutschen Fußball Liga (DFL) kooperiert
39 werden.

40

41 Weiterleitungen:

- 42 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen
- 43 • Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen
- 44 • Juso-Bundeskongress

1 **A14: Sportvereinen den Rücken stärken!**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern eine Anhebung der jährlichen niedersächsischen Sportförderung auf 81
5 Millionen Euro.

6

7 Begründung:

8 Der Etat des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport betrug 2020 rund
9 2,7 Milliarden Euro. 1,54 Milliarden (rund 54%) gingen hiervon alleine an die Polizei.
10 Nach dem Niedersächsischen Sportfördergesetz (NSportFG) gingen lediglich 35,2
11 Millionen (rund 1,3%) an den Landessportbund (LSB) zur Förderung der
12 Niedersächsischen Sportvereine auf Kommunalen Ebene. Wir fordern, dass
13 mindestens 3% (81 Millionen), der dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und
14 Sport zur Verfügung stehenden Mittel, zur Förderung der Sportvereine ausgeschüttet
15 wird.

16 Sportvereine sind von großer Bedeutung, um die Gesellschaft zusammenzuhalten. Sie
17 bringen Menschen unterschiedlicher Hintergründe zusammen und schaffen einen Ort,
18 an dem sie sich sportlich betätigen, gesund bleiben und austauschen können. Sie
19 fördern den sozialen Zusammenhalt, indem sie Freundschaften knüpfen, Teamgeist
20 entwickeln und Vertrauen untereinander aufbauen.

21 Das Engagement von Ehrenamtlichen ist der Grundpfeiler vieler Sportvereine. Ohne
22 sie könnten viele Vereine nicht existieren. Die Ehrenamtlichen organisieren Trainings,

23 Veranstaltungen und Turniere und bieten Ihren Mitgliedern die Möglichkeit, ihre
24 sportlichen Fähigkeiten zu entwickeln und neue Kontakte zu knüpfen. Es ist daher
25 entscheidend, dass Sportvereine die Anerkennung und Unterstützung durch
26 finanzielle Förderung erhalten, um das ehrenamtliche Engagement zu würdigen und
27 sicherzustellen, dass die Vereine weiterhin bestehen können.

28 Sportvereine verdienen eine gerechte Förderung durch das Land, da sie einen
29 wichtigen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Sie fördern den sozialen Zusammenhalt,
30 bieten einen Ort für sportliche Betätigung, Gesundheit und Austausch. Das Ehrenamt
31 ist unverzichtbar für den Betrieb der Vereine. Ihre Anerkennung und Unterstützung ist
32 essenziell, um Sportvereine aufrechtzuerhalten.

33 Die weiteren Gelder sollten nach §4 im Niedersächsischen Sportfördergesetz Absatz
34 3 in die „förderungswürdigen Aufgaben“ fließen. Darunter fallen z.B. der
35 Sportstättenausbau, die Förderung von Ehrenämtern und die Unterstützung des
36 Schulsports.

37

38 Weiterleitungen:

- 39 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen
- 40 • Landeskongress der Jusos Niedersachsen
- 41 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen
- 42 • Landesparteitag der SPD Niedersachsen

1 **A15: Weinanbau im Norden**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern, den Anbau von Qualitätswein privat sowie landwirtschaftlich auch in
5 Niedersachsen zu erlauben.

6

7 Begründung:

8 Der Weinanbau in Deutschland ist streng geregelt: Sowohl was die Züchtung als auch
9 den Anbau an sich betrifft. So dürfen nur veredelte Sorten verkauft und gepflanzt
10 werden aus Schutz vor der Reblaus die um die Jahrhundertwende 19/20. Jahrhundert
11 ganze Weinberge in Deutschland vernichtet hatte. Aber auch der Anbau ist
12 sanktioniert: Zum Schutz der Qualität ist der Weinanbau für Qualitätswein in
13 Deutschland auf Weinanbauregion beschränkt. Diese Regionen wurden jedoch in
14 einer Zeit festgelegt als es noch keinen Klimawandel gab und nur sehr wenige
15 Rebsorten existierten die auch im Norden gedeihen konnten.

16 Heute ist die Lage anders: Neue Züchtungen erlauben Weinanbau sogar in
17 Skandinavien, dazu hat sich das Klima in den letzten 150 Jahren bereits erwärmt und
18 kalte Winter sind bei uns selten geworden. Und auch wenn die
19 Klimaschutzmaßnahmen der Regierung Früchte tragen sollten-es wird noch weiter
20 wärmer werden. Qualitätswein darf in Deutschland nur in Weinanbaugebieten
21 gepflanzt und vermarktet werden. Niedersachsen besitzt keine Weinanbauregionen.

22 Seit 2016 darf Wein zwar auch in Niedersachsen angebaut werden-aber nur als
23 qualitativ minderwertiger Tafelwein. Für Hobbywinzer*innen ist zudem die Fläche auf

24 maximal 0,1 Hektar zum Eigenverbrauch limitiert. Und selbst kommerziell gibt es ein
25 Bundesrecht das stark limitiert: Um max. 0,3 Prozent vom Bestand darf erweitert
26 werden. Damit sind Ausweisungen größerer neuer Flächen nur sehr schwer
27 umsetzbar. Wer kommerziell anbauen möchte muss sich die Genehmigung bei der
28 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung einholen. Das Land Niedersachsen
29 kontrolliert dann diesen Anbau und die Umsetzung des Rechts in Bezug auf die
30 genehmigte Fläche. Eine Landesverordnung zur Durchführung des Weinrechts
31 existiert derzeit in Niedersachsen dabei aber noch nicht.

32 Auch wenn der Weinanbau in Niedersachsen in den letzten Jahren langsam wächst:
33 Weinanbaugebiete sind überholt. Auch in Niedersachsen sollte Qualitätswein
34 hergestellt werden dürfen und die Hürden der Genehmigungsverfahren müssen für
35 Anbauer gesenkt werden. Tradition darf kein Argument zum Schutz privilegierter alter
36 Regionen sein. 2020 wurde auf Bundesebene bereits das Gesetz novelliert. Nach der
37 Herkunftspyramide behalten damit auch die alten Regionen ihren traditionellen Status
38 den ihnen auch niemand nehmen will-aber wieso sollten Prädikatsweine nicht auch in
39 Niedersachsen angebaut werden?

40 Wir fordern daher den Weinanbau auf Bundesebene zu entbürokratisieren,
41 Qualitätswein auch in Niedersachsen zu erlauben, die strengen Grenzen zur
42 Ausweisung neuer Flächen zu überarbeiten, die Weinanbauregion in bisheriger Form
43 abzuschaffen und fordern die niedersächsische Landesregierung auf, eine
44 Verordnung zur Durchführung des Weinrechts zu erlassen.

45

46 Weiterleitungen:

- 47 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen
- 48 • Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen
- 49 • Juso-Bundeskongress
- 50 • Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen
- 51 • Landesparteitag der SPD Niedersachsen
- 52 • SPD-Bundesparteitag

1 **A17: "Niedersachsenverbot für Markus Söder"**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern die Einführung eines "Niedersachsenverbots für Markus Söder I." (NDS-
5 Verbot) in die niedersächsische Landesverfassung.

6

7 Begründung:

8 Jeden Tag wächst das Ego des bayerischen Ministerpräsidenten und selbsternannten
9 König Markus Söder I. ein Stück weiter über die bayerischen Landesgrenzen hinaus
10 und verursacht dort, wo es die Landschaften und Gewässer berührt, einen Schaden
11 unermesslicher Natur. Aber nicht nur landschaftliche Missgunst fällt über die Republik,
12 sondern auch gesellschaftlicher Aufruhr.

13 Als Fahne im Wind (Windräder dürfen nur unter speziellen Auflagen gebaut werden)
14 richtet sich Söder I. stets nach Unruhe, er sehnt sich danach. Es ist anzunehmen, dass
15 es ihn in einen halb-erotisierenden Zustand versetzt, sobald er die Möglichkeit
16 bekommt, sich über ein Thema zu äußern. Kalkuliert für Chaos sorgend.

17 Schon zu lange schauen wir nur zu, wie die Gefahr rasant wächst und gedeiht - auf
18 Kosten aller anderen. Dieser Zustand hat sich im Laufe der Zeit auch an die
19 Landesgrenzen Niedersachsens herangewagt.

20 Wir müssen jetzt handeln.

21 Mithilfe der Einführung des NDS-Verbots kann das krakelende Monstrum eines Egos
22 aufgehalten werden. Mit Inkrafttreten des NDS-Verbots, welches per einfacher

23 Mehrheit vom niedersächsischen Landesparlament in Hannover ausgesprochen
24 werden kann, gilt Markus Söder I. als unerwünschte Person und kann bei
25 Zuwiderhandlungen - das unerlaubte Betreten der nieders. Landesgrenze zum
26 Beispiel - festgenommen und in Arrest gestellt werden. Ein Ausbreiten des Egos
27 innerhalb Niedersachsen ist somit verhindert.

28 Das NDS-Verbot kann nach Inkrafttreten ausgeweitet werden auf folgende Faktoren:

- 29 - Die sprachliche/schriftliche Anwendung von Begriffen mit dem Bezug zu
30 Niedersachsen.
 - 31 - Gedankliche Traumreisen über Niedersachsen.
 - 32 - Die Aufnahme niedersächsischer Nahrungsmittel (auch Heidehonig).
 - 33 - Die Benutzung niedersächsischer Produkte allgemein.
 - 34 - Die rein potenziell mögliche Bezugnahme auf Niedersachsen.
- 35 ● Mit Einbezug dieser Punkte, wird es uns möglich sein uns vor der im Geiste
36 Söder I. inhärenten Gefahr zu schützen - deshalb ist das unsere Forderung.

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 **A18: Der Wert der Arbeit hängt nicht vom Alter ab – Auch** 2 **Minderjährige verdienen den Mindestlohn!**

3

4 Der Mikrozensus 2022 hat ergeben, dass in Deutschland zu dieser Zeit 1,1 Millionen
5 Menschen, die zwischen 15 und 19 Jahren alt waren, erwerbstätig gewesen sind.
6 Darunter fallen neben den Auszubildenden und den volljährigen Schüler*innen, die
7 neben der Schule oder in den Ferien arbeiten, auch die Minderjährigen, die in
8 Deutschland erwerbstätig sind. Sie leisten die gleiche wichtige Arbeit an den Kassen
9 der Supermärkte, im Service in Restaurants und Gaststätten, in der Küchen der
10 Altenheime und Krankenhäuser und an ganz vielen anderen Stellen. Bei der Arbeit,
11 die den minderjährigen Erwerbstätigen zugeteilt wird, wird selten darauf geachtet, ob
12 sie voll- oder minderjährig sind. Geht es um ihr Gehalt, wird an genau dieser
13 Altersgrenze ein Unterschied festgemacht.

14 Deshalb fordern wir:

- 15 • Das der gesetzliche Mindestlohn zukünftig auch für minderjährige
16 Schüler*innen gilt, die neben der Schule oder in den Ferien erwerbstätig sind.

17 Begründung:

18 Durch den Mindestlohn wird beschrieben, wie viele eine gearbeitete Stunde
19 mindestens wert sein muss. Aktuell liegt der Mindestlohn bei 12 Euro pro gearbeiteter
20 Stunde. Stellen wir uns vor, dass ein*e 18 Jahre alte*r Schüler*in sich auf einen Minijob
21 neben der Schule bewirbt. Es soll eine Stelle im lokalen Supermarkt sein, der pro
22 Stunde 12 Euro Mindestlohn bezahlt. Zu den Aufgaben zählen Schichten an der
23 Kasse, das Befüllen von Regalen und ein Blick auf das Leergut-Lager zu haben. Auf
24 eine vergleichbare Stelle bewirbt sich ein*e Schüler*in aus einer niedrigeren

25 Jahrgangsstufe. Auch wenn die Aufgaben die gleichen bleiben, soll sie/er jedoch nur
26 9,50 Euro pro Stunde erhalten. Das bedeutet weniger Lohn für die gleiche
27 Arbeitsleistung. Dass das möglich ist, ist unfair und muss sich ändern!

28 Noch ist dieser Lohnunterschied begründbar, weil der Mindestlohn erst ab dem 18.
29 Lebensjahr verpflichtend zu zahlen ist. So werden Minderjährige zu günstigen
30 Arbeitskräften, denn in der Regel erledigen sie dieselben Arbeiten wie ihre volljährigen
31 Kolleg*innen. Die Arbeitgeber*innen können nach wie vor ohne wirkliche Vorgaben
32 bestimmen, was Ihre minderjährigen Arbeitskräfte verdienen. Deshalb ist es wichtig,
33 dass der gesetzliche Mindestlohn für minderjährige Personen eingeführt und geltend
34 gemacht wird. Es darf nicht länger erlaubt sein, dass Minderjährige häufig einen
35 geringeren Stundenlohn erhalten als ihre volljährigen Kolleg*innen.

36

37 Weiterleitungen:

- 38 • Bundeskongress
- 39 • Landeskonferenz

1 **A19: Die Wissenschaft muss feministischer werden – Mehr**

2 **Forschung für und durch FINTA**

3

4 Im Jahr 2021 betrug der Anteil der FINTA im Bereich der deutschen Forschung knapp
5 28 Prozent. Im Vergleich zu den 25 Prozent im Jahr 2009 ist das lediglich ein Anstieg
6 von drei Prozent. Es braucht eine Attraktivitätssteigerung der MINT-Berufe für FINTA.
7 Nach dem Ende der Schullaufbahn oder nach einem abgeschlossenen Studium
8 müssen Anreize für einen Weg in die Forschung geschaffen werden.

9 Deshalb fordern wir:

- 10 • Die Schaffung, den Ausbau und die bessere finanzielle Ausstattung von
11 Programmen, die FINTA während der gesamten Schulzeit und des Studiums
12 an die MINT-Berufe heranführen, in diesem Bereich existierende
13 geschlechtsspezifische Stereotype aufbrechen und berufliche Perspektiven
14 aufzeigen.
- 15 • Die Schaffung von Standards, die FINTA einen fairen und
16 diskriminierungsfreien Einstieg in die forschungsbasierten Berufe ermöglicht.
- 17 • Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Forschungsbereich, um
18 FINTA, die häufig den größten Teil der Care-Arbeit übernehmen, das
19 Fortsetzen ihrer Arbeit zu ermöglichen.
- 20 • Eine gleiche Bezahlung von FINTA und Männern in der Forschung.
- 21 • Die verbindliche Verpflichtung von Forschungseinrichtungen und Hochschulen
22 zur Umsetzung von Maßnahmen zur nachweislichen Steigerung des FINTA-
23 Anteils in Bereichen, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind.

24 FINTA sind nicht nur in Forschung strukturell schlechter vertreten, auch werden die
25 Krankheiten, die FINTA spezifisch betreffen, weniger erforscht. Gleichzeitig werden
26 der männliche Körper und männliche Normen in der Regel, auch heute noch, als

27 Forschungsgrundlage für Krankheiten und neue Medikamente genutzt, weshalb
28 geschlechtsspezifische Erkrankungen von FINTA häufig viel zu spät erkannt werden.
29 Dieses System geschlechtsspezifischer Diskriminierung in der Forschung und die
30 Kontinuität der patriarchalen Prägung der Forschung müssen endlich enden!

31 Deshalb fordern wir:

- 32 • Das Ende der Priorisierung männlicher Normen als Grundlage der Forschung
33 und die Forcierung einer geschlechtergerechten Forschung.
- 34 • Die bessere finanzielle, personelle und infrastrukturelle Ausstattung der
35 Forschung an Krankheiten, von denen FINTA spezifisch betroffen sind.
- 36 • Die Überprüfung der empfohlenen Dosierung von Medikamenten für FINTA, um
37 sicherzugehen, dass die Empfehlung nicht auf den durch männliche Probanden
38 gesammelten Daten basieren und dementsprechend unzutreffend sind. Bei
39 einer erwiesenermaßen falschen Empfehlung der Dosierung muss diese
40 umgehend und verpflichtend angepasst werden.
- 41 • Die Aufnahme geschlechtersensibler Inhalte als prüfungsrelevanten Bestandteil
42 in die Ausbildung und das Studium von Ärzt*innen.

43 Begründung:

44 Die Forschung in Deutschland und in fast allen anderen Ländern der Welt ist noch
45 heute patriarchal geprägt und berücksichtigt in weiten Teilen die männliche
46 Perspektive. Der Zugang für FINTA zu Berufen, die im wissenschaftlichen Bereich
47 verortet sind, ist nach wie vor strukturell erschwert. Es herrschen in abgeschwächter
48 Weise noch immer das, durch gesellschaftliche reproduzierte Stereotype
49 fortbestehende, Bild vor, dass die MINT-Berufe etwas für Männer seien. Gleichzeitig
50 wird FINTA der Einstieg in die Forschung strukturell erschwert und benötigte
51 Rahmenbedingungen werden nicht oder zu langsam geschaffen. Deshalb braucht es
52 die Verpflichtung für Forschungseinrichtungen und Hochschulen, den Anteil der
53 forschenden FINTA zu steigern und der geringeren Präsenz von FINTA gezielt
54 entgegenzuwirken. Zusätzlich müssen Programme neu geschaffen oder durch erhöhte
55 finanzielle und personelle Ausstattung ausgebaut werden, die die MINT-Berufe für
56 FINTA sichtbarer machen. Für die politischen Akteur*innen sowie wissenschaftliche
57 Institutionen, Organisationen und Verbände muss es zum erklärten Ziel werden, dass
58 die geschlechtsspezifischen Stereotype, die im Kontext von FINTA in der Forschung

59 existieren, nachhaltig aufgebrochen werden und die wissenschaftliche Arbeit für
60 FINTA attraktiver wird. Dieser Prozess muss durch Empowerment während der
61 Schulzeit und dem Studium begonnen werden und durch eine Angleichung der
62 Bezahlung von FINTA und Männern in der Forschung, der Schaffung besserer
63 Einstiegsmöglichkeiten für FINTA in wissenschaftliche Berufe und der besseren
64 Vereinbarkeit von Beruf und Familie im wissenschaftlichen Kontext fortgesetzt werden.
65 Parität in der Forschung ist lange überfällig!

66 Ein Wandel und Umdenken braucht es jedoch nicht nur in der durch FINTA
67 praktizierten Forschung, sondern auch im Kontext der Erforschung von Erkrankungen,
68 die FINTA geschlechtsspezifisch betreffen und der Grundlage auf der Forschung heute
69 stattfindet. Der Maßstab der meisten medizinischen Studien ist ein 75 Kilogramm
70 schwerer Mann. Das führt nachweislich dazu, dass die empfohlene Dosierung von
71 Medikamenten für FINTA häufig auf den Ergebnissen von Studien basieren, die mit
72 Männern durchgeführt wurden und dementsprechend zu hoch sein kann. Gleichzeitig
73 wurde festgestellt, dass die Immuntherapie gegen Krebs bei Männern besser
74 anschlägt als bei FINTA, weil die Immuntherapie basierend auf männlichen Normen
75 entwickelt wurde. Es wird deutlich, dass die patriarchalen Strukturen in der
76 praktizierten Forschung aufgebrochen werden müssen und die Forschung endlich
77 geschlechtergerecht werden muss. Männliche Körper und männliche Körpernormen
78 dürfen nicht weiter als Grundlage der medizinischen Forschung verwendet werden,
79 um die Gesundheit von FINTA, durch falsche oder unwirksame Medikation und nicht
80 erforschte Krankheiten, nicht weiter zu gefährden. Gleichzeitig müssen ebendiese
81 Erkrankungen, die FINTA geschlechtsspezifisch betreffen, deutlich besser erforscht
82 werden. Es darf nicht sein, dass FINTA die einen Herzinfarkt haben, noch immer bis
83 zu einer halben Stunde später in das Krankenhaus kommen, weil die Symptome zu
84 wenig erforscht sind oder dass FINTA die an Endometriose erkrankt sind,
85 durchschnittlich zehn Jahre auf eine Diagnose warten müssen. Die Forschung in
86 diesem Bereich muss personell, infrastrukturell und finanziell eindeutig besser
87 ausgestattet werden. Das Bewusstsein für diese geschlechterbasierten Unterschiede
88 muss bereits in der Ausbildung von angehenden Ärzt*innen sichtbar und durch
89 geschlechtssensible Inhalte in den Prüfungen verankert werden. Die medizinische
90 Forschung muss allen Menschen in der Gesellschaft zugutekommen und darf durch

91 noch immer vorherrschende patriarchale Strukturen eine Hälfte der Bevölkerung nicht
92 länger strukturell benachteiligen und gefährden.

93

94 Weiterleitungen:

- 95 • Landeskonzferenz
- 96 • Bundeskongress

1 **A20: Erweiterung des dritten Artikels des Grundgesetzes um den**
2 **Aspekt der sexuellen Orientierung**

3
4 Forderung:

5 Wir fordern die Erweiterung des dritten Artikels des Grundgesetzes um den Aspekt der
6 sexuellen Identität. Dies soll wie folgt lauten: „Niemand darf wegen seines
7 Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und
8 Herkunft, seiner sexuellen Identität, seines Glaubens, seiner religiösen oder
9 politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen
10 seiner Behinderung benachteiligt werden.“

11 Begründung:

12 In einer respektvollen und modernen Gesellschaft, wie die Jusos sie als progressive
13 Kraft anstreben, müssen gerade verletzte Minderheiten gesetzliche
14 Rückendeckung erfahren. Zu diesen Minderheiten gehören auch heute noch queere
15 Personen, welche von der heterosexuellen Norm abweichen. Traurigerweise ergab die
16 am 09.05.2023, vom Bundesinnenministerium veröffentlichte Statistik zu politisch
17 motivierten Gewalttaten, dass 1.005 Straftaten im Unterthemenfeld „Sexuelle
18 Orientierung“ erfasst wurden. Dies entspricht einer Steigerung von 15,52% zum
19 Vorjahr. In 213 Fällen wurden Körperverletzungen registriert. Diese öffentlichen Zahlen
20 repräsentieren allerdings bei weitem nicht die gesamte Hasskriminalität, welche
21 queere Menschen in der Bundesrepublik Deutschland erfahren. Die Dunkelziffer der
22 Gewalttaten wird schätzungsweise noch deutlich höher sein, da Gewaltopfer sich
23 oftmals schämen oder so sehr eingeschüchtert sind, dass sie sich nicht an die Polizei
24 oder anderweitige Hilfestellen wenden.

25 Die Gewaltstraftaten gegenüber queeren Menschen nehmen also zu, weshalb dieser
26 Antrag unter anderem als dringendes Anliegen an die Bundespolitik betrachtet werden
27 muss. Daher muss der dritte Artikel des Grundgesetzes und dessen dritter Absatz, um
28 den Aspekt der sexuellen Orientierung erweitert werden. In Zukunft muss dieser wie
29 folgt lauten: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner
30 Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen Identität, seines
31 Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder
32 bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“
33 Die Jusos und die SPD, müssen Phänomenen wie der Homophobie und der
34 Queerfeindlichkeit weiterhin standhaft entgegenwirken. Als politische Kraft haben wir
35 die Verantwortung, hierbei auch eine juristische Rückendeckung herbeizuführen.

36 Weiterleitungen:

- 37 • SPD-Bezirksparteitag
- 38 • SPD-Landesparteitag
- 39 • SPD-Bundesparteitag
- 40 • Juso-Bezirksdelegiertenkonferenz
- 41 • Juso-Landeskonferenz
- 42 • Juso-Bundeskongress

1 **A21: Atommüllendlager in Markus Söders Vorgarten**

2

3 Forderung:

4 Wir Jusos fordern die Prüfung, ob sich nicht Mittelfranken für ein solches Endlager
5 eignet, und im positiven Falle, die Errichtung eines Atommüllendlagers, sowie fraking
6 in Markus Söders Vorgarten!

7

8 Begründung:

9 Deutschland hat am 15. April 2023 endlich die letzten drei Atommeiler abgeschaltet.
10 Damit ist ein großes Ereignis in der Energiewende vollzogen worden.

11 Was bleibt, ist die Suche nach einem Atommüllendlager, wo der radioaktive Atommüll
12 über die nächsten Jahrmlionen verweilen kann. Weltweit gibt es noch kein einziges
13 solches Lager und es gibt auch noch keine sonderlich konkreten Pläne dazu.

14 Trotzdem setzt sich der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) erfolgreich
15 zur Wehr! Er möchte mit aller Kraft durchsetzen, dass sein Atomkraftwerk „ISAR 2“ im
16 schönen Bayern weiterläuft. Komme was wolle! Der Fakt, dass das Atomkraftwerk eine
17 neue Sicherheitsüberprüfung benötigt, die mehrere Jahre dauern kann und das neue
18 Brennelemente erst beschafft und aufbereitet werden müssen, weiß Markus Söder
19 natürlich auch. Er ignoriert es trotzdem konsequent.

20 Das gleiche gilt für die Windenergie: Die Stromtrasse „Südlink“, die saubere
21 klimaschonende Windenergie nach Süddeutschland transportieren soll, wurde von
22 Markus Söder seit 2015 bekämpft. Heute ist natürlich die Ampel Schuld daran, dass
23 die Trasse noch nicht fertiggestellt wurde. (Einfach mal „Südlink Markus Söder“

24 Googlen. Comedy Gold!) Ein Atommüllendlager schließt Herr Söder in Bayern
25 natürlich kategorisch aus.

26 So eine konsequente Haltung muss belohnt werden! Wer jahrelang gegen die
27 Energiewende kämpft und sich dann populistisch gegen eben diese wehrt, hat ein
28 Atommüllendlager verdient! Am besten in seinem eigenen Vorgarten, damit er sich
29 jeden Morgen an diesem Anblick erfreuen kann.

30 Fußnote: Dieser Antrag könnte Spuren von Ironie und Sarkasmus enthalten.

1 A22: Geldautomaten gegen Sprengungen absichern

2

3 Forderung:

4 Wir fordern, dass Banken und Sparkassen mit dazu verpflichtet werden, ihre
5 Bankautomaten entsprechend gegen Geldautomaten Sprengungen abzusichern, um
6 das Gefahrenpotential für Anwohner*innen und Betroffene zu verhindern, dass diese
7 gesprengt werden. Hier sollte sich an Modellen und Taktiken aus Ländern orientiert
8 werden, die die Zahlen der Sprengungen vermindert haben, wie beispielsweise in den
9 Niederlanden oder Belgien. Dies kann entweder durch bessere Panzerung, die
10 beispielsweise das Aufbrechen oder Einführen von Gas verhindert, oder durch
11 sogenannte Farbkassetten erfolgen, die das Geld im Nachhinein unbrauchbar
12 machen. Es ist wichtig, dass die Banken und Sparkassen hier nicht alleine in die Pflicht
13 genommen werden. Die politischen Zuständigkeiten sollten weitere Hilfsmittel
14 diskutieren und einführen.

15

16 Begründung:

17 Seit mehreren Jahren verbreitet sich insbesondere im Nordwesten Deutschlands das
18 Automaten-Sprengen aus. Das Vorgehen der Täter*innen ist dabei häufig das
19 Folgende:

20 Kriminelle Banden, häufig aus den Niederlanden, suchen sich nachts einen
21 abgelegenen Geldautomaten aus. Dieser wird dann entweder mit Gas gefüllt oder mit
22 Sprengstoff versehen und anschließend unkontrolliert in die Luft gesprengt.
23 Anschließend werden die Geldkassetten aus dem Automaten entwendet und die

24 Täter*innen fliehen in einem Auto noch bevor die Polizei eintreffen kann. All dies dauert
25 meistens unter fünf Minuten.

26 2020 gab es in Deutschland 414 Fälle (Das sind 1,13 Sprengungen pro Tag), 2021
27 392 Taten, die so oder so ähnlich abliefen. *1 Zurück bleibt eine zerstörte Bankfiliale,
28 zerstörte benachbarte Ladengeschäfte, verwüstete Straßenzüge und
29 einsturzgefährdete Gebäude, in denen oft auch Familien über oder neben der
30 Bankfiliale leben. Anwohner*innen, auch Kinder, werden durch eine gewaltige
31 Explosion aus dem Schlaf gerissen und können von solch einem Ereignis psychische
32 und physische Schäden davontragen.

33 Aber warum kommen die Banden von den Niederlanden, wo dieses Vorgehen noch
34 vor ein paar Jahren ein massives Problem war, nach Deutschland? Der Grund ist
35 simpel: Die Banken in den Niederlanden müssen ihre Bankautomaten gegenüber
36 diesen Attacken absichern. Zum Beispiel indem sich in den Bankautomaten kein Gas
37 sammeln kann, die Bankautomaten mit gestärktem Stahl verstärkt wurden oder die
38 Geldscheine bei einer Explosion kontrolliert mit Farbe und Klebstoff unbrauchbar
39 gemacht werden. Dies funktioniert auch bei alten Bankautomaten.

40 * 1(Quelle hierzu: [https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/geldautomaten-
sprengungen-gefahr-banken-kriminalitaet-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/geldautomaten-
41 sprengungen-gefahr-banken-kriminalitaet-100.html))

42

43

44 Weiterleitung:

- 45 • SPD-Bezirksparteitag
- 46 • SPD-Bundesparteitag
- 47 • Juso Bezirksdelegiertenkonferenz
- 48 • Juso Bundeskongress

1 A23: Deutschlandticket am Automaten in Bar kaufen können

2

3 Forderung:

4 Wir Jusos fordern, dass das Deutschlandticket nicht nur per Smartphone-App gekauft
5 werden kann, sondern auch, ohne Abo-Modell, mit Bargeld und Karte an
6 Fahrkartenautomaten.

7

8 Begründung:

9 Mit dem 49 Euro Ticket, auch Deutschlandticket genannt, haben wir endlich einen
10 Nachfolger für das 9 Euro Ticket. Ein wirklicher Nachfolger ist dieses Ticket aber nicht.

11 Neben dem Kritikpunkt, dass 49 Euro zu teuer ist, muss beachtet werden, wie man
12 das Deutschlandticket kaufen kann: Kund*innen benötigen ein Smartphone mit
13 Android oder iOS Betriebssystem (Bei iOS muss die Version höher sein als 13.0), es
14 muss sich die DB Navigator App heruntergeladen werden, dann muss ein Account
15 erstellt werden, man muss eine Strecke suchen und das Deutschlandticket in den
16 Warenkorb legen. Wenn man dann denkt, dass man am Ziel angekommen ist, irrt man
17 sich aber gewaltig: Es muss beim Bezahlen eine Bankverbindung eingegeben werden.
18 Selbst dann, wenn im Account schon eine Bankverbindung hinterlegt ist. Andere
19 Zahlungsarten, die bei Einzelticketkäufen funktionieren (PayPal, Giropay und
20 Kreditkarte) können nicht ausgewählt werden.

21 Dann ist der Kauf getätigt. Das Ticket bekommt man aber noch immer nicht. Dazu
22 muss noch eine „Bearbeitungszeit“ abgewartet werden. Diese kann schon mal drei
23 Tage dauern. Teilweise ist diese aber auch an einem Sonntag nachts um drei Uhr nur
24 20 Minuten lang. Offensichtlich kann also gar nichts bearbeitet werden.

25

26 Wenn man das Deutschlandticket endlich sein Eigen nennen darf, ist der Zug, mit dem
27 man fahren wollte, schon längst weggefahren. Trotz 20-Minütiger Verspätung.

28 Zudem ist das Verfahren noch weiter unnötig kompliziert: Das Deutschlandticket ist ein
29 Abo-Modell. Wenn es nicht gekündigt wird, verlängert es sich automatisch.
30 Kündigungsfrist ist hier der 10. eines jeden Monats.

31

32 Entscheidet sich nun jemand, spontan am 11. eines Monats, die Verwandten im
33 anderen Teil von Deutschland zu besuchen oder das Deutschlandticket mal
34 auszuprobieren, kommt man erst zum Monatsende des darauffolgenden Monats
35 kündigen. Effektiv zahlt man statt 49€ also 98 €.

36

37 Des Weiteren ist das Deutschlandticket nicht für jeden: Ein neueres Smartphone wird
38 benötigt. Wer sein Smartphone länger nutzt, nicht die finanziellen Möglichkeiten hat,
39 sich ein neues Modell mit Datentarif zu kaufen oder dessen Lebensweise kein
40 Smartphone zulässt, bekommt auch kein Deutschlandticket. Nach Angaben von
41 Statista haben in Deutschland ca. 20 Millionen Menschen kein Smartphone. Das
42 entspricht der Einwohner von Nordrhein-Westfalen und Thüringen
43 zusammengerechnet. Das Gleiche gilt für Personen ohne Konto: Nach Angaben von
44 Kontofinder.de haben 500.000 Menschen in Deutschland kein Girokonto. Das
45 entspricht einer Stadt, die ungefähr so groß ist wie Nürnberg oder Duisburg.

46

47 Das Deutschlandticket ist damit unglaublich kompliziert und vor allem eins: Unfair!

48 Unfair gegenüber denjenigen, die kein Bankkonto haben, mit Technik überfordert sind,
49 kein Smartphone besitzen oder schlicht in finanzieller Not leben.

50 Deshalb sollte das Deutschlandticket auch an Fahrkartenautomaten zu kaufen sein!
51 Ohne Abo! Damit wirklich jede*r mitfahren kann!

52

53 Weiterleitung:

- 54 • SPD-Bezirksparteitag
- 55 • SPD-Bundesparteitag
- 56 • Juso Bezirksdelegiertenkonferenz
- 57 • Juso Bundeskongress

1 A24: Elternschutz bei Fehlgeburt(en)

2

3 Forderung:

- 4 - Das bedingungslose Recht auf Elternschutzzeit nach Fehlgeburten.
5 - Diese Elternschutzzeit muss derselben finanziellen Vergütung entsprechen, wie
6 der der gesetzlichen geregelten Elternzeit.

7 Begründung

8 Im Jahr 2021 wurden in Deutschland 795.500 Kinder geboren. Davon sind 3420 Kinder
9 nicht lebendig auf die Welt gekommen.

10 Eine Fehlgeburt liegt rechtlich gesehen dann vor, wenn sich nach der Geburt
11 außerhalb des Mutterleibs keine Lebensmerkmale gezeigt haben, das Gewicht
12 weniger, als 500 Gramm beträgt und die Geburt vor der 24. Schwangerschaftswoche
13 erfolgt ist.

14 Im Falle einer Fehlgeburt werden für gewöhnlich keine elternschutzrechtlichen
15 Maßnahmen ergriffen. Kurz gesagt, wer die Nachricht bekommt, dass das eigene Kind
16 tot ist, muss sich für die Verarbeitungszeit dieser möglicherweise traumatisierenden
17 Nachricht erstmal Urlaub nehmen. 6840 Elternteile waren im Jahr 2021 davon
18 betroffen. Für Frauen* gilt lediglich ein besonderer Kündigungsschutz, sollte sie* eine
19 Fehlgeburt nach der 12 Schwangerschaftswoche erleiden. Für Väter gelten keinerlei
20 Schutzmaßnahmen.

21 Laut dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gelten im
22 Falle einer Fehlgeburt oder eines Schwangerschaftsabbruchs die Regelungen über

23 die Endgeldfortzahlung, die sich auf den Krankheitsfall beziehen. Diese werden über
24 die gesetzliche Krankenversicherung geregelt. Frauen* haben ein Recht auf ärztliche
25 Betreuung und Behandlung. Im Falle von seelischen und körperlichen Belastungen,
26 die eine Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, muss dies Ärztlich bescheinigt werden.

27 Menschen, die diese emotional aufwühlende Erfahrung durchmachen müssen,
28 verlieren nicht automatisch das Gefühl vom Eltern-Sein. Diesen Menschen muss eine
29 vernünftige Zeit für den Verarbeitungsprozess und die individuelle Trauerbewältigung,
30 unabhängig von körperlichen und seelischen Schäden, gegeben werden. Dieses
31 Recht sollte jeder Person zustehen.

32 Weiterleitung:

- 33 • SPD-Bezirksparteitag
- 34 • SPD-Bundesparteitag
- 35 • Juso Bezirksdelegiertenkonferenz
- 36 • Juso Bundeskongress

1 **A25: Feedback verpflichtend - Schüler*innen müssen anonymes**

2 **Feedback geben können**

3

4 Forderung:

- 5 - Pro Halbjahr eine anonyme, verpflichtende Feedbackrunde, wobei es darum
6 gehen soll, wie der Unterricht verbessert werden kann, von der 4. - 13.
7 Jahrgangsstufe, die bevorzugt online, beziehungsweise digital durchgeführt
8 werden soll. Sollte es auf dem digitalen Weg nicht möglich sein, füllen die
9 Schüler*innen die Feedbackbögen handschriftlich auf Papier aus und geben sie
10 im Sekretariat ab, wo sie digitalisiert und somit anonym an die zuständige
11 Lehrkraft weitergegeben werden sollen. Das Ergebnis davon sollte der
12 jeweiligen Lehrkraft zukommen, sowie einer weiteren Kontrollinstanz, wie zum
13 Beispiel der Schulleitung. Ein allgemeingültiges, überall identisches Feedback
14 Formular, um besser vergleichen zu können.

15 Begründung:

16 Die Schulzeit ist maßgeblich für unsere weiterführende Zukunft. Nicht umsonst werden
17 wir in unserer Schulzeit besonders geprägt. Wir verbringen viele Stunden unserer Zeit
18 damit, im Unterricht zu sitzen und den Lehrpersonen zu lauschen oder im Unterricht
19 mitzuarbeiten.

20 Doch was heißt es eigentlich, wenn der Unterricht nicht genug vermittelt, man nichts
21 versteht oder nichts behalten kann, weil es einfach zu langweilig ist? Es wird nichts
22 aus dem Unterricht mitgenommen, man behält vielleicht auch essentielle Sachen nicht
23 für die eigene Zukunft und ärgert sich im Nachhinein, so schlecht über ein Fach

24 Bescheid zu wissen. Selten geht jemand auf eine*n Lehrer*in zu und übt Kritik an dem
25 Lehrstil oder dem Unterricht im Allgemeinen.

26 Als Schüler*in bekommt man ständig Feedback und Bewertungen, also warum nicht
27 die Lehrpersonen? Auch für sie ist es wichtig zu wissen, was sie verbessern könnten.
28 Hier kann man also gegensteuern mit regelmäßigem anonymem Feedback. Die
29 Schüler*innen sollten keine Angst vor Konsequenzen haben, wenn ihr Feedback
30 ehrlich ausfällt und auch für die Lehrpersonen ist es zum Vorteil. Sie können ihren
31 Unterricht maßgeblich verbessern, ihre Methoden ändern, denn auch ihr Anspruch ist
32 es ja, eine gute lehrreiche Atmosphäre zu schaffen und den jungen Menschen
33 möglichst wichtige Dinge für ihre Zukunft mitzugeben. Ein positives Feedback der
34 Schüler*innenschaft kann durchaus motivierend wirken, ebenso wie ein nicht so gutes
35 Ergebnis, um herauszufinden, wo genau das Problem liegt. Das Feedback sollte einer
36 Kontrollinstanz vorgelegt werden, um sicher zu stellen, dass die Lehrkräfte, die
37 mehrfach und plausibel kritisiert werden, aber keinen Eigenantrieb haben, die Kritik
38 umzusetzen, von dieser Kontrollinstanz dazu bewegt werden, etwas zu verändern.
39 Diese Feedbackrunde könnte vieles am Unterricht positiv verändern.

40

41 Weiterleitung:

- 42 • Juso-Landeskonferenz
- 43 • SPD-Landesparteitag

1 **A26: Verpflichtende Nutzung aller Netzbetreiber von**
2 **Mobilfunkmasten“ durch „Mobilfunk für alle zugänglich machen**

3
4 Forderung:

5 Mobilfunkmasten müssen in Deutschland allen Netzanbietern gegen eine
6 Netznutzungsgebühr zur Verfügung stehen.

7
8 Begründung

9 Deutschland hat eines der schlechtesten Mobilfunknetze Europas. Dieses hat neben
10 einer geringen Netzabdeckung auch einen sehr hohen Preis und eine sehr geringe
11 Datenrate. Einer der Gründe hierfür ist, dass es in Deutschland drei verschiedene
12 Netzanbieter gibt, die alle ein eigenes Mobilfunknetz betreiben, und ihre Funkmasten
13 nicht untereinander teilen. Mit dem Kauf der LTE-Frequenzen 2010, welche in
14 Deutschland versteigert werden, verpflichteten sich die Telekom, Vodafone und die
15 Telefónica bis 2016 90% der Haushalte mit LTE zu versorgen. Dies klingt im ersten
16 Moment viel, diese Zielzahl hat allerdings nicht pro Netzanbieter gegolten, sondern
17 zusammen! Das bedeutet, wenn man in Deutschland, einem modernen, wirtschaftlich
18 starken, europäischen Land vernünftig und flächendeckend LTE nutzen will, muss man
19 drei verschiedene Netzanbieter benutzen. Dazu kommen kleinere Gemeinden oder
20 Hauptverkehrsrouten wie Bahnschienen oder Bundesstraßen, an denen Surfen oft nur
21 mit einem der drei Netzanbieter möglich ist.

22 In anderen europäischen Ländern wie in Frankreich oder in der Schweiz ist das mobile
23 Internet deutlich besser als in Deutschland und das obwohl es dort genauso viele oder

24 mehr Netzanbieter gibt. Grund hierfür ist, dass dort die Netzanbieter untereinander
25 verpflichtet sind, ihre Mobilfunkmasten zu teilen. Dieses Modell würde in Deutschland
26 auch zu einer deutlichen Verbesserung des mobilen Internets beitragen.

1 **A27: Den Nutzen von Straßenlaternen vielseitiger ausschöpfen -**
2 **Wahrheit unter das Licht bringen**

3
4 Forderung:

5 Wir fordern, dass neugebaute Straßenlaternen eine kegelförmige Form haben, um das
6 Plakatieren dieser Umwelt und Nutzerfreundlicher zu gestalten.

7 Begründung:

8 Straßenlaternen sind hauptsächlich wegen ihrer Beleuchtung existent. Doch werden
9 Straßenlaterne auch anderweitig genutzt. Wer durch Dörfer läuft oder durch Städte
10 fährt, sieht nicht allzu selten plakatierte Straßenlaternen. Plakate halten an
11 Straßenlaternen unterschiedlich gut. Dabei spielt die Form der Laterne eine wichtige
12 Rolle. Zylinderförmige Laternen haben den Nachteil, dass die Plakate nach einiger Zeit
13 herunter rutschen und dann auf dem Grund der Laterne vermodern und, falls
14 vorhanden, dem unterliegenden Rasenboden damit auch schaden. Außerdem erfüllt
15 dieses Plakat nicht mehr der gewünschte Form, denn es wird weniger gut gesehen.
16 Es gibt allerdings eine weitere, in dem Fall bessere, Möglichkeit: Die kegelförmige
17 Straßenlaterne. Der Unterschied ist, dass ein Plakat, nach dem Festbinden an der
18 Laterne, nicht herunter rutschen kann, da der Durchmesser nach unten hin immer
19 größer wird. Deshalb ist es so wichtig, dass zukünftig neugebaute Straßenlaternen
20 nutzerfreundlicher und vor allem auch umweltfreundlicher werden.

21
22 Weiterleitung:

- 23
 - SPD-Landesparteitag

A28

**Bezirksdelegierten-
konferenz 08.07.2023**

Antragsteller:
UB Osterholz

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A28: Verbot der Anbringung von Wahlplakaten an Bäumen**

2

3 Forderung:

4 Wir fordern, dass das Anbringen von Wahlplakaten an Bäumen zukünftig untersagt ist.

5 Begründung:

6 Dieser Antrag erfolgt auf Basis einer bereits von der Stadt Düsseldorf ergriffenen
7 Maßnahme, zum Verbot von Wahlplakaten an Bäumen. Die Stadt Düsseldorf hat
8 bereits zur Bundestagswahl 2021 das Befestigen von Wahlplakaten an Bäumen
9 verboten. Die Vorkehrungen der Stadt Düsseldorf wurden auf Anraten des Garten-,
10 Friedhofs- und Forstamtes ergriffen, um eine Gefährdung des Baumbestandes durch
11 genutzte und nicht entfernte Kabelbinder auszuschließen. Darüber hinaus wurde
12 während der Plakatierungszeiten, die Überprüfung der Bäume auf Krankheitsbefall
13 oder Standsicherheit, teilweise behindert. Kabelbinder besitzen durchaus das
14 Potenzial dazu, den jeweiligen Baum nachhaltig zu schädigen. So können diese bei
15 einer zu festen Anbringung und einer nicht erfolgten Entfernung in die Rinde
16 hineinwachsen. So haben auch die Wermelskirchener Grünen bereits auf dieses
17 Problem aufmerksam gemacht. Der Schutz der natürlichen Umwelt bietet die
18 Grundlage für eine nachhaltige Welt, aus diesem Grund sollten sich auch die Jusos für
19 ein Verbot der Anbringung von Wahlplakaten an Bäumen einsetzen.

A29

**Bezirksdelegierten-
konferenz
08.07.2023**

Antragsteller:
UB Rotenburg
(Wümme)

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A29: Rettet die Kommunen!**

2

3 Begründung:

4 Unsere Kommunen sind die Hauptschnittstelle zwischen Bürgern und Staat und bilden
5 den Kern der öffentlichen Daseinsvorsorge.

6 Ämter, Verwaltung, Kitas, Schulen, ÖPNV, Parkanlagen, Abfallwirtschaft, öffentliche
7 Bäder, Sportanlagen, Jugendheime usw.

8 Für all diese Dinge sind Kommunen vollständig oder zumindest teilweise zuständig.

9 Um all die ihnen teils gesetzlich auferlegten Aufgaben der öffentlichen
10 Daseinsvorsorge zu erfüllen, müssen die Kommunen sich irgendwie finanzieren. Die
11 Haupteinnahmequelle bildet die Gewerbesteuer sowie 15% aller anfallenden
12 Einkommenssteuer. Einen weiteren großen Punkt bilden Zuweisungen von Bund und
13 Ländern. Als nebensächliche Einnahmequelle sind noch Beitragszahlungen und
14 Gebühren zu nennen. Außerdem können Kommunen sich bei
15 Finanzierungsengpässen auch am Finanzmarkt verschulden um anstehende
16 Ausgaben zu finanzieren. Alle sonstigen Einnahmen werden hier der Vereinfachung
17 halber weggelassen.

18 **Wo liegt das Problem?**

19 Die Einnahmen der Kommunen sind abhängig von der aktuellen Wirtschaftslage.
20 Wenn in einer Rezession Betriebe schießen, Personal entlassen und weniger Gewinn
21 erwirtschaftet wird, bedeutet dies Einbußen bei den kommunalen Einnahmen.
22 Allerdings müssen die gesetzlichen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge
23 weiterhin ausgeführt werden. Die Ausgaben in einer Rezession steigen sogar, weil

24 eine Kommune sich auch an sozialen Kosten beteiligen muss. Maßgeblich sind hier
25 Zuschüsse zur Grundsicherung bei den Kosten der Unterkunft zu nennen. Vor der
26 Coronakrise mussten Kommunen hier 50% der Kosten tragen.

27 Diese gegensätzliche Dynamik in der Ausgabe und -Einnahmesituation zwingt
28 Kommunen dazu, sich die fehlenden finanziellen Mittel zur Erhaltung der öffentlichen
29 Daseinsvorsorge in Form von Krediten am Finanzmarkt zu beschaffen, was die
30 Verschuldung zwangsläufig ansteigen lässt

31 Allerdings sind auch die Kommunen zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet,
32 weshalb die Kommunalaufsicht der Länder Kommunen mit steigenden Schulden zur
33 Haushaltskonsolidierung zwingt. Hinter diesem furchtbar komplizierten Wort stecken
34 noch furchtbarere Folgen für die betroffenen Kommunen. Es bedeutet eine Starke
35 Einschränkung der Selbstverwaltung durch vom Land erzwungene Kürzungen bei
36 Ausgaben. was weniger Investitionen, höhere Gebührensätze, höhere Hundesteuern,
37 Personalabbau und Privatisierungen zur Folge hat.

38 Das Ergebnis aus dieser Politik ist laut dem Kommunalpanel 2022 der KfW ein
39 Investitionsstau von 159 Mrd. Euro, welcher kontinuierlich ansteigt. Die größten Anteile
40 entfallen erneut auf Schulen (28,6 %), Straßen (24,6 %) und Verwaltungsgebäude
41 (12,3 %). Die größten Zuwächse sind bei Straßen (+5,7 Mrd. EUR),
42 Katastrophenschutz (+3,8 Mrd. EUR) und Verwaltungsgebäuden (+3,3 Mrd. EUR). Die
43 öffentliche Infrastruktur verfällt und die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge
44 verschlechtert sich. Die Kommunen weisen im Schnitt negative Investitionen aus, mit
45 der Folge, dass der Wert der öffentlichen Infrastruktur auf kommunaler Ebene heute
46 selbst Inflationsbereinigt geringer ist als vor der Jahrtausendwende.

47 **Was muss passieren?**

48 Ein Schuldenschnitt für besonders stark belastete Kommunen steht bereits im
49 Koalitionsvertrag. Christian Lindner hat den Kommunen mit hoher Altschuldenlast
50 allerdings ein vergiftetes Angebot unterbreitet. Im Gegenzug zur Übernahme der
51 Altschulden sollen die Kommunen sich zu einer harten Schuldenbremse verpflichten
52 und einen rigorosen Sparkurs verfolgen. Häufig sind gerade diese Kommunen von
53 hoher Arbeitslosigkeit und struktureller Schwäche geplagt. Gerade in solchen Fällen
54 sind Investitionen Notwendig um den Problemen zu begegnen. Statt die Handlungs-

55 und Investitionsfähigkeit der Kommunen durch das Übernehmen der Altschuldlasten
56 zu stärken, schränkt der zusätzlich vom Bund verordnete Sparkurs wird, die
57 Kommunen wieder ein und wird ihnen statt zu helfen mittel bis langfristig massiv
58 schaden.

59 Die SPD ist aktuell die stärkste Regierungspartei sowohl im Land als auch im Bund
60 und es muss schnell und ambitioniert gehandelt werden, um den Kommunen wieder
61 auf die Beine zu helfen statt ihnen wie geplant noch ein weiteres zu stellen.

62 Wir müssen uns dringend neue Regeln für die Finanzierung der Kommunen geben,
63 um diesem desolaten Zustand zu entkommen.

64 Der erste abstraktere Schritt muss eine endgültige Abkehr von der Ideologie einer
65 ausgeglichenen Haushaltspolitik auf Bund und Landesebene sein. Dadurch, dass
66 diese Haushalte ausgeglichen sein müssen, ist der Anreiz, zusätzliches Geld für
67 Kommunen auszugeben relativ klein, der Anreiz Aufgaben und Kosten an Kommunen
68 abzugeben jedoch relativ groß.

69 Die Frage ist aber nicht, ob wir uns gut ausgestattete Kommunen leisten können,
70 sondern nach welchen Regeln wir unsere Gesellschaft gestalten und unsere
71 vorhandenen Ressourcen einsetzen und verteilen möchten. Starke und gut
72 ausgestattete Kommunen sind ein Grundpfeiler für eine funktionierende
73 demokratische Gesellschaft und die finanziellen Mittel dafür sind da, wenn der
74 politische Wille da ist. Das konnte auch besonders am Anfang der Coronakrise wieder
75 deutlich beobachten werden, als Olaf Scholz plötzlich die neoliberale schwarze Null
76 hinter sich gelassen und "die Bazooka" ausgepackt hat, um die Kiese nach
77 keynesianischem Ansatz durch erhöhte Staatsausgaben fiskalpolitisch abzumildern
78 oder letztes Jahr bei dem Beschluss für die 100 Mrd.€ Sondervermögen zur
79 Ausstattung der Bundeswehr bzw. den 200 Mrd € „Doppelwums“ zur Bekämpfung der
80 Energiekrise, all dieses Geld wurde schnell und unbürokratisch zur Verfügung
81 gestellt, ohne das vorher eine vorgeschobene Finanzierungsdebatte erfolgen musste.

82 Es macht aber einen großen Unterschied, welche staatliche bzw. öffentliche Institution
83 Kredite aufnimmt bzw. Anleihen emittiert.

84 Wenn eine Kommune einen Kredit aufnimmt, muss sie relativ hohe Zins Zahlungen
85 leisten, was zusätzliche Ausgaben bedeutet, welche wiederum Kürzungsdruck
86 erzeugen.

87 Länder und Bund können sich hingegen zu wesentlich günstigeren Zins Konditionen
88 verschulden.

89 NRW hat beispielsweise in der Coronakrise eine 100-jährige Anleihe mit 1%
90 Verzinsung ausgegeben. Der Bund hat die stärkste finanzielle Tragkraft und kann sich
91 zum günstigsten Zinssatz Verschulden. Allein deshalb sollte der Bund seine
92 Kommunen entschulden. Die Schuldenbremse muss dafür allerdings nicht nur
93 ausgesetzt, sondern endgültig aus der Verfassung gestrichen werden und eine
94 Finanzierung der Kommunen auch durch Bundesmittel ermöglicht werden.

95 Durch die Umsetzung der folgenden Reformen könnte ein ganz neues
96 Finanzierungsmodell für Kommunen umgesetzt werden.

97 Die Einnahmesituation der Kommunen ist aktuell konjunkturabhängig. Außerdem
98 machen sich Kommunen gegenseitig mit niedrigen Gewerbesteuerätzen Konkurrenz
99 und weisen immer mehr Gewerbeflächen aus, um attraktiver für Unternehmen zu
100 werden.

101 Dem entgegen steht eine Ausgabensituation, welche permanente Aufgaben erfüllen
102 muss. Sinnvoll wäre es also, die Einnahmesituation anders zu gestalten.

103 Konjunkturabhängige Einnahmen, wie die Gewerbesteuer, könnten auf Bund oder
104 Landesebene verschoben und dadurch vereinheitlicht werden. Als Nebeneffekt würden
105 dadurch auch Steueroasen für Unternehmen innerhalb Deutschlands verhindert
106 werden. Die Kommunen ständen nicht mehr miteinander im Wettbewerb und müssten
107 sich bei der Gewerbesteuer nicht mehr gegenseitig unterbieten, um Unternehmen zu
108 halten oder abzuwerben.

109 Stattdessen könnte bspw. ein Pro-Kopf-Transfer von Bund und Ländern an die
110 Kommunen fließen.

111 Mit diesem Modell hätten Kommunen, welche mehr Einwohner haben, auch mehr
112 Finanzmittel, mit welchen sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Zudem bietet
113 es mehr Planungssicherheit für ihre permanenten Aufgaben.

114 Aber auch gesellschaftlich bietet es Vorteile, wenn die Einwohneranzahl für
115 Kommunen die Haupteinnahmequelle bildet. Dadurch verschiebt sich Fokus der
116 Kommunen darauf, attraktiv für Menschen im Allgemeinen, statt vorrangig für
117 Unternehmen oder Wohlhabende zu werden. Regional ansässige Unternehmen
118 bleiben weiterhin ein relevanter Faktor für die Kommunen, da sie Arbeitsplätze für die
119 Region bieten, allerdings wäre ihr wirtschaftlich und politischer Einfluss auf die
120 Kommunen nicht mehr so übermäßig stark wie er es aktuell ist.

121 **Forderung:**

122 Deshalb fordern wir einen bedingungslosen Altschuldenschnitt für alle Kommunen,
123 sowie die Umsetzung eines bedarfsorientierten Konzepts zur dauerhaften vollständigen
124 Ausfinanzierung kommunaler Haushalte durch Länder und Bund, ohne
125 Abhängigkeiten von konjunkturellen Schwankungen, um eine erstklassige öffentliche
126 Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Bevorzugt durch einen Transfer pro Kopf Modell.

127 Aber auch abseits solch weitreichenden Reformen gibt es Wege, die Kommunen
128 schnell finanziell zu unterstützen bzw. zu entlasten. Deshalb fordern wir ebenfalls
129 folgendes: Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, vollständige Übernahme der
130 Grundsicherung und ähnlicher Transferleistungen durch den Bund, sowie die
131 Fortführung des Gewerbesteuerausgleichs aus der Pandemie.

132

133 Weiterleitungen:

- 134 • Landeskonzferenz
- 135 • SPD Landesparteitag
- 136 • Bezirksdelegiertenkonferenz
- 137 • Unterbezirkskonferenz

1 A30: Antizionismus und Antisemitismus: eine untrennbare Realität

2

3 Forderung:

4 Wir fordern, dass wir Jusos feststellen, dass Antizionismus antisemitisch ist.

5

6 Begründung:

7 Zionismus ist eine politische Bewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts entstand und
8 vertritt die Idee, dass die Jüdinnen*Juden ein Recht auf Selbstbestimmung und ein
9 eigenes souveränes Land haben, in dem sie vor Verfolgung und Diskriminierung
10 geschützt sind. Der Name Zionismus stammt vom Berg Zion in Jerusalem, der in der
11 jüdischen Tradition als Symbol für das Heiligtum und den Nationalstaat Israels gilt.

12 Die zionistische Bewegung wurde als Antwort auf den wachsenden Antisemitismus in
13 aller Welt gegründet und hatte zum Ziel, einen jüdischen Staat in Palästina zu
14 errichten. Diese existierte zwar schon vorher eine geraume Zeit bis der österreichische
15 Schriftsteller Theodor Herzl und der ukrainische Journalist Chaim Weizmann in ihr
16 aktiv wurden, politisiert durch die Dreyfus-Affäre in Frankreich setzten sich dafür ein,
17 dass Jüdinnen*Juden aus aller Welt nach Palästina auswandern sollten, um dort eine
18 jüdische Gemeinschaft aufzubauen und den jüdischen Staat zu gründen. Zu Beginn
19 dieser Bewegung gab es auch eine Opposition, gegen die von ihr dargelegten Ziele
20 und diese wurden innerhalb der jüdischen Gesellschaft kontrovers diskutiert.
21 Bürgerliche Jüdinnen*Juden bevorzugten eine Assimilation in die jeweiligen Staaten,
22 in denen sie lebten und erhofften sich gleichberechtigte Bürger*innen eben jener
23 Staaten zu werden. Währenddessen erhofften sich sozialistische Jüdinnen*Juden sich

24 durch eine kommende sozialistische Revolution ein Ende der Ausgrenzung und
25 Verfolgung.

26 Mit der Shoah jedoch setzte sich mehrheitlich die Einsicht durch, dass es notwendig
27 sei, einen souveränen Staat zu gründen, der als Schutzraum für Jüdinnen*Juden vor
28 jedwedem Antisemitismus dient. So wurden auch in Polen, als die Kupa-Synagoge
29 angezündet wurde, jüdische Einrichtungen verwüstet und Häuser geplündert wurden.
30 Es kamen mehrere Jüdinnen*Juden ums Leben. 1946 wurden beim Pogrom von
31 Kielce 42 Juden ermordet. Zwischen 1944 und 1947 kamen so 1.500 bis 2.000
32 Jüdinnen*Juden ums Leben, in Folge verließ die Mehrheit der polnischen
33 Jüdinnen*Juden das Land. Solche Verfolgungen und Angriffe waren keine Einzelfälle,
34 zum Beispiel fanden im Irak ebenfalls Pogrome ähnlich diesem statt. Aber auch nach
35 all diesen Verfolgungen waren Jüdinnen*Juden noch bedroht, auch nach dem Zweiten
36 Weltkrieg fanden in Europa, Asien und dem Nahen Osten noch Pogrome und
37 Judenverfolgungen statt. 1948 wurde dann der Staat Israel gegründet und viele dieser
38 Jüdinnen*Juden, von denen viele auch Überlebende von Konzentrationslagern waren,
39 suchten daraufhin Schutz in Israel.

40 Mit dieser Gründung ändert sich ebenfalls das Verhältnis von Antisemitismus und
41 Antizionismus. Nach der Shoah Antizionist zu sein, bedeutet dem einzig existierenden
42 Schutzraum für Jüdinnen*Juden seine Legitimität abzuspochen. "Das Aberkennen
43 des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung,
44 die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen." wird zurecht durch
45 die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance
46 Alliance als antisemitisch bewertet. Diese Denkweisen finden sich ebenfalls in
47 vermeintlich progressiven Lagern. Hier wird oft zurecht der Fokus auf koloniale
48 Unterdrückungsverhältnisse mehr Aufmerksamkeit gelegt, jedoch enden diese
49 Sichtweisen oft in einer antisemitischen Delegitimierung Israels.

50 So war dies auch bei der Documenta 15 zu erkennen. Aber auch vermeintliche Linke
51 beteiligen sich an Demonstrationen, auf denen das Existenzrecht Israels angezweifelt
52 wird. Aber auch klerikale Diktaturen wie der Iran betreiben in Europa aktiv Arbeit
53 Ressentiments gegen den Staat Israel zu schüren, so zum Beispiel mit der
54 Unterstützung des Al-Quds-Tags oder auch über vermeintlich religiöse
55 Organisationen, die in Deutschland tätig sind. So werden auch "die Zionist*innen" für

56 die feministischen Proteste im Iran verantwortlich gemacht und auch von einer
57 Steuerung durch den Staat Israel fabuliert.

58 Diese Spielart des Antisemitismus passt genau so in die historische Kontinuität des
59 modernen Antisemitismus. Der Begriff des Zionismus verkommt hier offensichtlich zu
60 einer antisemitischen Chiffre. In der Praxis sehen wir also, dass der Begriff des
61 Antizionismus seine ursprüngliche Bedeutung innerjüdischer Ablehnung eines
62 jüdischen Staates über die Zeit verloren hat und heutzutage hauptsächlich als
63 antisemitischer Code verwendet wird, um das Existenzrecht Israels zu leugnen, den
64 Staat Israel zu dämonisieren und Jüdinnen*Juden kollektiv für das Handeln des
65 Staates Israel verantwortlich zu machen.

66 Dass das der Fall ist, würden die Täter*innen anzweifeln und sagen, es sei legitime
67 Israelkritik. Doch legitime Kritik funktioniert nicht über die Bedrohung eines ganzen
68 Staates, Dämonisierung und latenten Antisemitismus. Deswegen müssen wir
69 anerkennen, dass der heutige sogenannte Antizionismus nichts anderes als
70 Antisemitismus ist.

71 Weiterleitungen:

72 - keine

1 **A32: Kein Comeback von Assad! Wir stellen uns gegen die Rückkehr**
2 **von Assad auf die internationale Bühne**

3

4 Anfang Mai hat die Arabische Liga, eine internationale Organisation arabischer
5 Staaten, die Wiederaufnahme von dem durch Diktator Assad regierten Syrien
6 beschlossen. Wir als Jusos verurteilen die Aufnahme Syriens in die Arabische Liga
7 aufs aller Schärfste und fordern von der Bundesregierung, ein diplomatisches
8 „Comeback“ Assads auf internationaler Bühne zu verhindern. Die Wiederaufnahme
9 Syriens in die Arabische Liga darf unter keinen Umständen zu einer Art Startschuss
10 werden, die Menschenrechtsverletzungen Assads zu enttabuisieren.

11 Wir als Jusos bekennen uns zu den demokratischen Kräften Syriens. Auch wenn
12 Assad in den letzten Jahren seiner brutalen Herrschaft alles dafür getan hat,
13 demokratische Widersacher in seinem Land zu beerdigen, darf uns das niemals davon
14 abhalten. Wir fordern von der Bundesregierung, weiterhin mit allen ihr zu Macht
15 stehenden Mitteln die demokratischen Kräfte in Syrien zu unterstützen. Gleichzeitig
16 muss den im Exil lebenden syrischen Oppositionellen eine Stimme verschafft werden,
17 um auch den außerhalb Syriens lebenden Menschen klarzumachen: Wir halten zu
18 euch!

19 Begründung:

20 Wir als Jusos sollten die Aufnahme Syriens in die Arabische Liga aus vielen Gründen
21 verurteilen. Einer der Hauptgründe ist unser Bekenntnis zu den demokratischen
22 Kräften Syriens. Syrien hat in den letzten Jahren eine lange und blutige Geschichte
23 der Unterdrückung, des autoritären Regimes und der Menschenrechtsverletzungen
24 erlebt. Die syrischen Bürger*innen haben für Freiheit, Demokratie und

25 Menschenrechte gekämpft und viele haben dabei ihr Leben verloren oder sind zu
26 Flüchtlingen geworden.

27 Die Aufnahme Syriens in die Arabische Liga sendet ein falsches Signal und stellt eine
28 Verletzung aller demokratischen Prinzipien dar. Die Liga sollte eine Gemeinschaft von
29 Staaten sein, die sich für die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und
30 rechtsstaatlichen Grundsätzen einsetzt. Durch die Aufnahme Syriens, ein Land, das
31 von einem autoritären Regime kontrolliert wird und in dem fundamentale
32 Menschenrechte missachtet werden, wird dieses Prinzip untergraben.

33 Wir sind fest davon überzeugt, dass die Aufnahme Syriens in die Arabische Liga die
34 demokratischen Kräfte in Syrien schwächt und ihre Bemühungen um Veränderungen
35 und Reformen entmutigt. Statt Syrien zu belohnen, sollte die Arabische Liga den Druck
36 auf das Regime erhöhen, um echte politische Reformen zu fordern, die zu einer
37 demokratischen Regierungsführung führen.

38 Als Jusos setzen wir uns für eine solidarische und gerechte Welt ein, in der Demokratie
39 und Menschenrechte geachtet werden. Wir fordern daher, dass die Arabische Liga ihre
40 Entscheidung überdenkt und sich stattdessen für den Schutz der demokratischen
41 Kräfte in Syrien einsetzt. Nur durch eine klare Ablehnung des syrischen Regimes
42 können wir eine positive Veränderung unterstützen und denjenigen, die für Freiheit und
43 Gerechtigkeit kämpfen, unsere Solidarität zeigen.

44 Darüber hinaus würden wir mit der Aufnahme Syriens in die Arabische Liga die
45 internationale Gemeinschaft dazu ermutigen, ihre Bemühungen zur Unterstützung der
46 syrischen Flüchtlinge möglicherweise zu verringern.

47 Ist es uns als Jusos nicht ein wichtiges Anliegen, den Schutz und die Rechte der
48 syrischen Geflüchteten zu gewährleisten und ihnen eine sichere Rückkehr in ein
49 demokratisches und stabiles Syrien zu ermöglichen?

50 Die Aufnahme Syriens in die Arabische Liga könnte die Stabilität in der gesamten
51 Region gefährden. Das syrische Regime, das durch seine brutalen
52 Unterdrückungsmaßnahmen und andauernden Konflikte gekennzeichnet ist, könnte
53 seine Position in der Liga nutzen, um seine eigenen Interessen zu verfolgen und
54 potenziell destabilisierende Aktionen in der Region zu unterstützen. Wir streben jedoch
55 eine regionale Stabilität an, die auf dem Respekt für demokratische Prinzipien und den
56 Schutz der Menschenrechte basiert.

57 Die Aufnahme Syriens in die Arabische Liga sendet ein gefährliches Signal an andere
58 autoritäre Regime. Es vermittelt ihnen den Eindruck, dass ihr repressives Verhalten
59 akzeptiert wird. Als Jusos sind wir fest entschlossen, gegen jede Form von
60 Menschenrechtsverletzungen einzutreten und setzen uns dafür ein, dass autoritäre
61 Regime zur Rechenschaft gezogen werden.

1 **A33: Landesschulmittelförderung - für mehr Chancen- und**
2 **Bildungsgerechtigkeit**

3

Forderung:

4 Diese Initiative soll ein Programm umfassen, welches Schulen finanziell unterstützt,
5 unterrichtliche Maßnahmen (insbesondere Exkursionen, Fahrten, Material für offenes
6 Lernen) umsetzen zu können. Die Mittel aus dieser Initiative sollen ausschließlich für
7 schulinterne Ausgaben mit unterrichtlichem Bezug eingesetzt werden dürfen. Eine
8 Bezuschussung von Investitionen, die bei der jeweiligen Schulträgerschaft liegen, ist
9 nicht vorgesehen.

10 Begründung:

11 Bildung ist eine der Grundlagen für Fortschritt und Weiterentwicklung von Gesellschaft
12 und Demokratie. In Etatbeschlüssen kommt dieses Ressort aus unserer Sicht viel zu
13 kurz. Um die Herausforderungen der Spannungsverhältnisse (bspw. „Krieg & Frieden“
14 oder „soziale Gerechtigkeit & Umweltbewusstsein“) bewältigen zu können, sind
15 moderne Lernansätze in der Schule nötig, die uns die Bildungsforschung liefert.
16 Offenes Lernen, das individuelle Fördern einzelner Kompetenzen soll aus unserer
17 Sicht einen maximal qualitativen Umsetzungsgrad annehmen. Durch eine
18 „Bundesinitiative Landesschulmittelförderung“ kann zusätzlich die soziale Ungleichheit
19 aufgrund unterschiedlicher ökonomischer Voraussetzungen entkräftet werden. Viel zu
20 häufig kommt es schließlich vor, dass Eltern sich die Klassenfahrt des Kindes oder das
21 neue Tablet für den Unterricht nicht leisten können. Es darf nicht sein, dass sie hierbei
22 allein gelassen werden. Maßnahmen wie ein Bildungspaket sind unser Ansicht hier

23 nicht ausreichend. Es braucht eine bundesweite Initiative, welche auch Kinder, dessen
24 Eltern keinen Anspruch auf Bildungspakete haben, miteinbezieht. Nur so kann
25 gewährleistet werden, dass allen Kinder und Jugendlichen die gleichen
26 Voraussetzungen in der Schule haben. Die Aufgabe, dafür zu sorgen, darf nicht an
27 den Türen der Landkreise oder Kommunen halt machen.

28

29 Weiterleitungen:

- 30
- Juso-Landeskonferenz

A34

Bezirksdelegierten- konferenz 08.07.2023

Antragsteller:
KV Verden,
UB Rotenburg
(Wümme), KV Osterholz

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A34: Preiswerte Mobilität darf an keinen Grenzen halt machen– wir** 2 **fordern die Einführung eines Europatickets!**

3

4 Wir Jusos fordern bereits seit Langem einen kostenlosen ÖPNV in ganz Deutschland.
5 Auch nach Einführung des 49€-Tickets werden wir nicht müde, das fahrscheinlose und
6 kostenlose Fahren in Deutschland voranzutreiben. Denn Mobilität darf nicht vom
7 Geldbeutel abhängen: Wer klimaschonend von A nach B kommen will, muss dabei
8 unterstützt werden. Ohne attraktiven ÖPNV keine Klimapolitik!

9 Im Zuge der anstehenden Europawahl 2024 wird es Zeit, dass wir Mobilität endlich
10 europaweit denken. Mobilität macht nicht an nationalen Grenzen Halt. Die zahlreichen
11 Menschen, welche täglich einen transnationalen Arbeitsweg auf sich nehmen gehören
12 genauso unterstützt wie junge Menschen, die nach dem Schulabschluss das erste Mal
13 die EU bereisen möchten.

14 Denn insbesondere nach der Schule, während des Studiums oder der Ausbildung
15 reisen viele junge Menschen durch die Länder Europas – doch der Preis eines „Interrail
16 Global Pass“ für drei Monate mit 711,00€ ist und bleibt einfach zu hoch! Außerdem
17 sind das beim Interrail-Pass leider nicht die einzigen Kosten. Zuzüglich entstehen
18 durch etwaige Reservierungen oder sonstige Zusatzleistungen Kosten in einer Höhe,
19 die für sozial benachteiligte Personen eine erhebliche Finanzierungsherausforderung
20 bedeutet. Junge Menschen aus sozial-benachteiligten Elternhäusern können sich dies
21 nicht leisten!

22 Wir wollen das ändern. Die Verkaufszahlen des Deutschland-Tickets sprechen für
23 sich: Verkehrsverbünde sind out und werden kaum benötigt. Stattdessen fahren die

24 Menschen in Deutschland lieber mit einem deutschlandweiten Ticket für 49,00€, mit
25 dem sie einfach in jeden Regio, jeden Bus und (fast) jede Fähre einsteigen können
26 und die Fahrt ohne Zusatzkosten genießen können. Mit einem europaweiten,
27 bezahlbaren Ticket für junge Menschen soll die Reisebereitschaft der jungen
28 Menschen in unserem Alter erhöht werden.

29 Vor allem sollen jedoch innereuropäische Flüge so gut wie möglich verhindert werden.
30 Die Mitgliedstaaten der EU haben sich schließlich durch die Aufstellung der Strategie
31 für nachhaltige und intelligente Mobilität (siehe SWD 2020, 331/202, 789) selbst dazu
32 bekannt, Reiseanreize durch nachhaltige Tourismus- und Klimapolitik zu schaffen. Wir
33 finden: Es wird Zeit, das in die Tat umzusetzen.

34 Denn die Studienlage ist eindeutig. Die Studie „Was junge Menschen bewegt“ (Maike
35 Gossen und Gerd Scholl, 2017 am iöw zusammen mit dem BMUB) zeigt, dass immer
36 mehr junge Menschen ein größeres, umweltfreundliches Mobilitätsverhalten
37 entwickeln. 57% der jungen Menschen bewegen sich laut Studie mit den öffentlichen
38 Verkehrsmitteln (Regios, Bus, Fähren, usw.), immer mehr Menschen verzichten auf
39 einen motorisierten Individualverkehr. Das müssen wir fördern und diese extrem hohe
40 Nachfrage bündeln. Denn die EU braucht mehr Projekte, von denen alle Menschen
41 spürbar profitieren. Das Europaticket ist so ein Projekt.

42

43 Forderung:

44 Wir fordern deshalb, dass ein EU-weites Ticket für junge Menschen bis 35 Jahren
45 eingeführt wird. Der Erwerb eines solchen Tickets soll einerseits unkompliziert erfolgen
46 und andererseits den bürokratischen Aufwand maximal reduzieren. Durch das
47 Europaticket sollen so z.B. bisherige Reservierungspflichten innerhalb Europas für
48 transnationale Tickets aufgehoben werden und der Vergangenheit angehören. Um das
49 Ticket für möglichst viele potenzielle Kund*innen attraktiv zu machen, sollte es zudem
50 Wahlfreiheit geben zwischen Tickets mit Gültigkeit für die komplette EU sowie
51 kostengünstige Abotickets für einzelne Strecken.

52 Das Europaticket soll auf solidarische Art und Weise durch die Mitgliedstaaten der EU
53 finanziert werden, bis hin zu einem für junge Menschen erschwinglichen Ticketpreis.

54 Nur so wird die Reisebereitschaft auch nachhaltig auf die Bahn umgelenkt und sich
55 erhöhen.

56 Um den Ausbau der Schieneninfrastruktur in ganz Europa zu fördern und attraktiv zu
57 machen, sollen Staaten mit einem gut ausgebauten Schienennetz einen höheren
58 Anteil zahlen als Staaten mit einer ausbaufähigen Schieneninfrastruktur. Das
59 Europaticket wird so auch für Mitgliedstaaten mit schwächerer Infrastruktur als Anreiz
60 dienen, in diese zu investieren.

61 Wir fordern die Bundesregierung auf, die Idee eines europaweiten Tickets im EU-
62 Gesetzgebungsprozess anzustoßen und sich bei der konkreten Ausgestaltung intensiv
63 und auf Augenhöhe mit den anderen Staaten zu beteiligen. Gleichzeitig fordern wir die
64 SPD Mitglieder der Socialists and Democrats-Fraktion im europäischen Parlament auf,
65 sich im parlamentarischen Prozess für das Europaticket stark zu machen und unsere
66 Forderung in die gesamte S&D Fraktion zu tragen.

67

68 Weiterleitungen:

- 69 ● SPD-Bezirksparteitag
- 70 ● Juso Bundeskongress
- 71 ● SPD-Gruppe im Europäischen Parlament e.V. (EUROPA-SPD)
- 72 ● Socialists and Democrats-Fraktion (Fraktion der Progressiven Allianz der
73 Sozialdemokrat*innen) im Europäischen Parlament

Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde
Die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
Nun mit Macht zum Durchbruch dringt
Reinen Tisch macht mit den Bedrängern!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger
Alles zu werden, strömt zuhauf!

Völker, hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'eres Wesen
Kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
Können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte!
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte
Duldet die Schmach nun länger nicht!

Völker, hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute
Wir sind die stärkste der Partei'n
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muss unser sein!

Unser Blut sei nicht mehr der Raben
Und der nächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben
Dann scheint die Sonn' ohn Unterlass!

Völker, hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!

Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!